REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 493 · 18.3.2005

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Keine Angst vor der Revolution! - Jean-Paul Sartre
2. Hegemonie und Konsens bei Antonio Gramsci. Anmerkungen zu den Theoriedebatten in Fantômas - Michael Jäger
3. Getagt, aber nicht getanzt. NATO-Sicherheitskonferenz fand unter massiven Protesten statt - AK Internationalismus, München
4. Getrennt marschieren - getrennt schlagen. Schröders NATO-Kritik verweist auf tiefer greifende Differenzen im Bündnis - Gerhard Piper
5. Verweigerung, Ächtung, Sabotage. "Wiederentwaffnung jetzt!" will der Bundeswehr die Geburtstagsfeier versauen - Initiative
6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen
7. Probelauf für die "nationale Volksfront". NPD und "Freie Kameradschaften" vor der Landtagswahl in NRW - Pierre Briegert und Jan Spreuk
8. Kleines Land, große Chuzpe. Nordkoreas Regime ärgert die USA - Rainer Werning
9. Humanitäre Hilfe hier, Friedensverhandlungen dort. Aceh, Indonesien: Schwieriger Wiederaufbau nach Tsunami und Krieg - Alex Flor
10. Antikapitalistisches Potenzial geteilt. Portugal: Stimmengewinne für alte und neue Linke - Henning Böke
11. "Unser Bündnis besteht aus Überlebenden." Kolumbien: Opposition formiert sich gegen Uribe - Raul Zelik
12. Sturmtruppen des Faschismus. Italienische Naziskins terrorisieren Linke - Js.
13. Genauso rassistisch und antisemitisch wie Männer. Immer mehr rechte Frauen organisieren sich - Kirsten Döhring, Renate Feldmann
14. "Rechte Frauen sind keine eingeschüchterten Mäuschen." Interview mit Renate Bitzan über Andockstellen zwischen Rassismus und Antisexismus - Interview: Nicole Vrenegor
15. Rechte Musikerinnen - Rechte Frauenpublikationen - Kirsten Döhring, Renate Feldmann
16. Die Definition des "Anderen": Die Frau und der Jude. Das Verhältnis zwischen Sexismus und Antisemitismus im völkischen Weltbild - Cordelia Heß
17. Kampfrhetorik eingestellt. DGB-Vorsitzender Sommer akzeptiert die Agenda 2010 - Georg Wissmeier
18. Handreichungen zum Klassenkampf. Geiz ist geil: Gewinne rauf, Steuern runter - dk
19. Haar-Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit - dk
20. Der Bolkestein-Hammer. Die EU macht Ernst mit der Dienstleistungsliberalisierung - Stephan Lindner
21. Prügel zum Frauentag. Istanbul: Polizei zerschlägt Frauenkundgebung - Peter Nowak
22. gender troubles aktuell
23. Auf der anderen Seite des Ozeans andocken. Surfin' the queer underground - Interview mit dem elekronischen Magazin etuxx - Ulf Treger
24. Ohren-Propaganda - DSe
25. Die Was-wäre-wenn-Maschine. KickOff-Lit lässt interventionistische Praxen literarisch werden - KickOff-Lit
26. Genozid und Versöhnung. Eindrücke von den Afrika-Filmen der Berlinale - Maria Pins
27. Fakten gegen Legenden. Frederick Taylor über die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 - Js.
28. Die letzten Tage des Gettos von Lodz - Raphaela Kula
29. Der Humanismus des Absurden. Vor einhundert Jahren wurde der Schriftstellerphilosoph Jean-Paul Sartre geboren - Roger Behrens
30. Mayday Hamburg, Mayday Hamburg, Mayday Hamburg
31. Gedenk-Kampf. Am 8. Mai demonstriert die Linke gegen Nazis - und gegen die offizielle Gedenkpolitik - Vera Garbo, ALB
32. Das Phantom der Einheit. Die DKP rauft sich zusammen - Henning Böke
33. Debord als Antideutscher? Eine Tagung zur Situationistischen Internationale in Wien - Jens Kastner
34. AUFGEBLÄTTERT

35. LESERINNENBRIEFE
36. KALENDER
37. Da geht noch was!
38. EDITORIAL
39. Rechte Musikerinnen
40. Das Thema: Rechte Frauen

1. Keine Angst vor der Revolution!

Von Jean-Paul Sartre

Autor: Jean-Paul Sartre · Rubrik: Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:41

Vor hundert Jahren, am 21. Juni 1905, wurde Jean-Paul Sartre geboren; vor 25 Jahren, am 15. April 1980, starb er. Der Trauerzug wurde zu einer Demonstration, an der sich 50.000 Menschen beteiligten. Aus Anlass des Sartre-Jahres dokumentieren wir Auszüge aus Interviews von Le Nouvel Observateur und IIManifesto aus den Jahren 1968/69. Thema: der"neue Gedanke" der Pariser Revolte vom Mai 1968.

Die alte Triebkraft für Revolutionen, die nackte Not, wird in der Tat abgelöst durch eine neue Forderung, die nach Freiheit. Es gab eine Zeit, in der das Problem vor allem die kollektive Aneignung der Produktionsmittel war, weil Besitz und Leitung eines Unternehmens identisch waren. Das war in der Zeit von den Anfängen des "Familienkapitalismus" bis zum Entstehen der Aktiengesellschaften und der Monopole. In dieser Zeit sind die großen sozialistischen Theorien entstanden. Sie beruhten alle darauf, dass Besitz Voraussetzung für Verfügungsgewalt ist.

Heute hat sich die Mittelschicht gewandelt, da Besitz und Unternehmensführung nicht mehr identisch sind. Das ist die Herrschaft der Technokratie: Die Eigentümer delegieren # unter der Bedingung, dass sie Dividenden erhalten # die Aufgabe der Unternehmensführung an Spezialisten, an ein qualifiziertes Management. Damit hat sich auch der Charakter der Forderungen gewandelt: Nicht mehr die Frage des Eigentums steht im Vordergrund # natürlich wird sie später wieder auftauchen, weil sie fundamental bleibt #, sondern die der Macht. In der Konsumgesellschaft will man nicht in erster Linie besitzen, sondern am Entscheidungs- und Kontrollprozess teilnehmen.

Alle, die die Studenten beschimpft haben, haben nicht gesehen, dass die Studenten eine neue Forderung, nämlich die nach Souveränität, erhoben. In einer Demokratie müssen alle Menschen souverän sein, das heißt über ihr Tun entscheiden können, nicht einzeln, jeder in seinem Winkel, sondern gemeinsam. In den westlichen Ländern existiert diese Souveränität nur auf dem Papier: Alle Amerikaner, die Schwarzen eingeschlossen, sind souverän, weil sie das Wahlrecht haben. Aber de facto wird ihnen die Souveränität vorenthalten, und so entsteht die Forderung nach einer "Macht" # einer Black Power, einer Studentenmacht, einer Arbeitermacht. (...)

Die Hauptsache ist, so viel wie möglich von der großen Bewegung des Mai zu bewahren. Che Guevara hat gesagt: "Wenn auf der Straße außergewöhnliche Dinge passieren # ist das Revolution." Bei uns hat es keine Revolution gegeben, aber außergewöhnliche Dinge haben sich ereignet; wir müssen versuchen, sie zu verteidigen. Man muss die von den Machthabern geplante Vernichtung all dessen, was im Mai begonnen hat, verhindern. Die Repression wird heimtückisch und hart zugleich sein: Man wird versuchen, diejenigen zu isolieren, zu zerschlagen, zu eliminieren, von denen die Revolte ausging, insbesondere die Studenten. Wichtig ist, dass sie sich nicht allein gelassen fühlen, dass wir entschlossen sind, ihnen zu helfen, sie zu verteidigen. (...)

Das Element, das den Kampf vereint hat, ist nach meiner Ansicht etwas, das von weit her kommt. Es ist eine Idee, die zu uns aus Vietnam kommt und die die Studenten mit der Formel "L$imagination au pouvoir" ("Die Fantasie an die Macht!") ausgedrückt haben. In anderen Worten: Das Feld des Möglichen ist sehr viel weiter, als die herrschenden Klassen uns zu glauben angewöhnt haben. Wer hätte gedacht, dass 14 Millionen Bauern sich erfolgreich der größten Industrie- und Militärmacht der Welt entgegen stellen können? Und dennoch war es möglich. Vietnam hat uns gelehrt, dass das Feld des Möglichen unermesslich ist, dass man nicht resignieren muss.

Jean-Paul Sartre

Zum Sartre-Jahr

Der Humanismus des Absurden. Über Leben und Werk des Schriftstellerphilosophen Jean Paul Sartre Seite 26

Sartre zur Einführung. Seite 27

2. Hegemonie und Konsens bei Antonio Gramsci. Anmerkungen zu den Theoriedebatten in Fantômas

Autor: Michael Jäger · Rubrik: Theorie; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:12

Im Freitag vom 10. Dezember 2004 stellte Michael Jäger das ak-Magazin Fantômas vor. Auf Anfrage der ak-Redaktion hat er seine sehr positive, aber allzu knappe Besprechung nun um einige weitergehende Überlegungen ergänzt.

Revolutionäre Macht kann sich nur in dem Maß konstituieren, wie eine neue kohärente Sprache entsteht, in der immer mehr Menschen ihre kämpferische Überzeugung klären und artikulieren, artikulieren und klären. Die Kräfte für diese neue Kohärenz müssen der alten vorhandenen Kohärenz abgerungen werden. Man ist im Kampf mit einer Sprache und Überzeugung immer schon konfrontiert, nicht nur bei anderen, sondern auch bei sich selbst, und es kommt darauf an, sie zu begreifen und zu verändern. Kurz: Man hat es mit einem Konsens zu tun und bekämpft ihn dadurch, dass man ihn in einen neuen Konsens verwandelt. Das ist es, was Antonio Gramsci, der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens, unter hegemonialem Kampf verstand. Ich möchte seinen Ansatz hier skizzieren, weil mir beim Lesen der Zeitschrift Fantômas aufgefallen ist, dass die Kategorie Hegemonie in den dort geführten Theoriedebatten unterbelichtet bleibt. Wenn sie überhaupt einmal genannt wird, dann nur in der Bedeutung, dass die Hegemonie der Herrschenden gebrochen werden muss. Hegemonie erscheint auf der Objektseite, man selber ist von der theoretischen Betrachtung ausgenommen.

Kampf um die richtigen Fragen

Gramscis Ausgangspunkt war, dass er fragte, wie der eigene Kampf entsteht. Das fragte er mit Marx, er ging nämlich vom berühmten Marxschen "Leitfaden" in der Einleitung der Kritik der politischen Ökonomie aus und zwar von der mittleren Passage, die die Entstehung des Überbaus aus der ökonomischen Basis behandelt. Die in der Basis zu Tage tretenden Widersprüche, sagt Marx, werden im Überbau "bewusst" und dort auch "ausgefochten". Dies hat Gramsci nicht bloß so gelesen, dass allem vorhandenen Bewusstsein die ökonomische Herkunft diagnostiziert werden kann, sondern als Aussage darüber, wie es zu dem für die eigenen Kampfziele notwendigen Bewusstsein kommt. Seine Leistung ist es, den Sachverhalt der "Bewusstwerdung" geklärt und in sich differenziert zu haben. Er hat dadurch den Denk- und Handelsspielraum gleichsam "zwischen" Basis und Überbau ausgeleuchtet. Man darf nämlich bei der Einsicht, dass sich in der Bewusstwerdung die Basis geltend macht, nicht stehen bleiben, sonst landet man im "Ökonomismus". Der hat zum Beispiel vorgegaukelt, es wäre immer schon klar, worin "das Klassenbewusstsein" besteht. Georg Lukacz meinte, Klassenbewusstsein sei das Bewusstsein der Klasse von ihrer historischen Mission. Es sei geworden und erreicht, sobald die Klasse angenommen hat, was die marxistische Partei ihr zuschreibt. Daran ist nicht nur der Begriff der Klasse und der Partei, sondern auch die Vorstellung vom Bewusstsein zu einfach.

Gramscis elementarste Begriffe für den Bewusstwerdungsprozess lauten "politische Leidenschaft" und "Kollektivwille". Das ist zunächst nur der bekannte Unterschied von spontaner, deshalb auch nur partieller Bewusstheit und universell gewordener, deshalb planmäßiger Bewusstheit. Aber beide Seiten sind von vornherein als Wille gedacht. Das heißt, Gramsci denkt "Bewusstwerden" von vornherein als Element des "Ausfechtens"; es ist von demjenigen Denkprozess die Rede, der immer schon praktische Ziele hat oder nach solchen sucht. Gramsci sagt durchaus nicht, dass das Denken, weil ein Aspekt des Willens, nur eine Funktion desselben sei. Im Gegenteil, Aufgabe des Denkens ist es, mit der Realität der Ökonomie übereinzustimmen, und das garantiert der umgreifende Wille nicht. Er kann das Denken genauso in die Irre führen wie befeuern. Aber natürlich gilt auch, dass nur ein Denken sich realisieren kann, das einen Willen steuert. Bloßes Rechthaben wäre nicht genug.

Das elementarste denkende Wollen ist die spontane politische Leidenschaft. Schon sie ist Wille und Bewusstheit, aber sie hat keine Dauer oder kann als bloßer ökonomischer Reflex, somit als bloß gewerkschaftliche Haltung stillgestellt werden, wenn es nicht gelingt, sie zum Kollektivwillen weiterzuentwickeln. Der Kollektivwillen gibt sich Dauer, indem er sich organisiert; das bedeutet für Gramsci, er differenziert sich in Führen und Geführtwerden. Führung und Gefolgschaft stimmen im Konsens über die gemeinsam gewollten Ziele, eben im Kollektivwillen überein. Gramsci versteht unter Führern nicht einzelne Personen: Der "moderne" Führer, sagt er, ist die Partei. Damit haben wir die Ebene des Hegemoniebegriffs

erreicht. Hegemonie ist Führung im Konsens, ein Weg also, dem man freiwillig folgt. Da der elementare Charakter hegemonialer Führung der Konsens ist, in dem sie nur eine arbeitsteilige Funktion ausübt, ist Gramscis Parteibegriff sehr weit. Ein Kollektivwille ist ein so kohärenter wie dauerhafter Zusammenhang gemeinsamer Überzeugungen. Eine Partei besteht aus denen, die sie artikulieren, entwickeln und aufrechterhalten. Sie kann Mitgliedschaftsrituale pflegen und sich eines "Apparats" bedienen, der Parteibegriff als solcher, wie er hier gebraucht wird, macht aber beides nicht zwingend. Wichtiger sind die Organe der Überzeugungsbildung, etwa Zeitungen, überhaupt die "Medien".

Gramsci tut nicht so, als ob es nur eine einzige Partei, "die Partei" gäbe, neben der andere sogenannte Parteien nur bourgeoise Täuschungsmanöver sind. Immer ausgehend von der Beobachtung des Übergangs von der Basis zum Überbau, unterstellt er vielmehr, dass alle Parteien von den Massen selbst gebildet werden. Jedes Mal verdanken sie sich dem erfolgreichen Übergang einer politischen Leidenschaft in einen universalistisch orientierten Kollektivwillen. Die Bourgeoisie ist keine Masse; sie ist zu klein, um eine Partei bilden zu können. Sie herrscht aber dadurch, sagt Gramsci, dass sie die vorhandenen Parteien - und er hat schon die beiden modernen Großparteien, Konservative und Sozialdemokraten, vor Augen - abwechselnd unterstützt, also ein Gleichgewicht der Kräfte und damit auch eine Spaltung des Volkes, eine Selbstblockade der "subalternen Klassen" herstellt. Die kommunistische Partei ist diesen Parteien des Gleichgewichts gegenüber die dritte Kraft, die von der Bourgeoisie niemals unterstützt wird und sich ihrerseits dem bourgeoisen Gleichgewicht nicht ein- und unterordnet.

Hier erst kann der Hegemoniebegriff umfassend bestimmt werden. Denn hegemonial ist nicht eine einzelne Partei, sondern ein Staat: Den stellt sich der kommunistische Demokrat Gramsci in jedem Fall, also auch im Fall des bürgerlichen Staats als von Parteien getragen vor. Es gibt demnach zwei Hegemonien, die miteinander ringen: die Hegemonie, die von den Parteien des bourgeois gewollten Gleichgewichts ausgeht, und die in Entstehung begriffene Hegemonie der "dritten" Partei, die, wenn sie sich durchgesetzt hat, einen anderen Staat tragen wird. Dies alles ist im Kontext des Übergangs von der Basis zum Überbau zu denken, und so läuft es darauf hinaus, dass die dritte Partei sich aus den beiden anderen erst herausentwickeln, ihr Hegemoniekonzept der Hegemonie der anderen erst geistig abringen muss.

Politische Leidenschaft und Kollektivwille

Aber wenn der Hegemoniebegriff sich auf den Staatsbegriff bezieht, fällt er mit diesem doch nicht zusammen: Staat, so Gramsci, ist "Zwang und Konsens", ist also nicht nur Hegemonie, obgleich er ohne Hegemonie nicht bestehen könnte. Gramsci denkt auch das Zwangsmoment von dessen Gegenpol, dem Hegemoniemoment her, denn er denkt es nicht einfach als Macht, die aus den Gewehrläufen kommt, sondern als den Bereich von Befehl und Gehorsam. Hinter dem Gehorsam steckt sicher die ihn erzwingende Gewalt. Aber wenn nichts weiter dahinter steckte, gäbe es ihn gar nicht. Er muss in der Regel freiwillig geleistet werden. Nur der polizeiliche Ausnahmefall darf sich als Zwangsvollstreckung zeigen. So ist er also selbst nur der Grenzbegriff des Konsenses.

Befehl und Gehorsam sind Phänomene der Sprache. Gramsci betont sehr, dass jene gemeinsame Überzeugung, die einen Kollektivwillen ausmacht, nur zustande kommt, wenn sie sich der vorhandenen Sprache bedienen oder sie ihren Zielen gemäß umformen kann. Dies kann man sich nicht als einen Prozess vorstellen, bei dem einige befehlen und andere gehorchen. Befehlen und gehorchen ist das Sprachspiel des Zwangs; was wäre das Sprachspiel des Kampfs um den Konsens? Obwohl Gramsci sich darüber nicht äußert, glaube ich seiner Intention gerecht zu werden, wenn ich sage: Fragen und Antworten ist das hegemoniale Sprachspiel. Hegemonie übt diejenige Partei aus, deren Fragen von allen oder den meisten freiwillig anerkannt werden, was sich darin zeigt, dass diese meisten immerzu Antworten auf eben diese Fragen geben - Antworten, die in der Regel kontrovers sind, was aber am hegemonialen Sachverhalt nichts ändert. Solche Fragen kann man von freiwillig befolgten Befehlen gar nicht unterscheiden. Davon ist der Fall zu unterscheiden, dass die Fragen in Zwangsbefehle verwandelt werden, sobald die Massen sie nicht mehr beantworten können und wollen. Jedenfalls erkennt man die hegemoniale Gegenkraft daran, dass sie den Fragen nicht folgt, vielmehr selber welche aufwirft. Wie macht man das? So, dass man die vorhandene Hegemonie auf ihren "Kitt", das sind ihre Fragen, zurückführt und darin die konfusen Frage-Voraussetzungen entdeckt, theoretisch und praktisch kommuniziert und öffentlich auflöst. In dieser Tätigkeit besteht der hegemoniale Kampf.

Der Sprung in die politische Gegenwart ist leicht. Dass die Parteien des bourgeois gewollten Gleichgewichts durch ihre gemeinsamen falschen Fragen herrschen, scheint mir evident. Sie können (noch) demokratisch herrschen: Demokratie heißt, dass nahezu alle sich begnügen, verschiedene Antworten gegeneinander zu stellen, ohne die Fragen selber zu hinterfragen, ja ohne überhaupt zu sehen, dass das, was sie gegeneinander stellen, Antworten sind und nicht Aussagen ohne Herkunft. Nun wäre es gewiss einseitig, so ein Verhalten als pur freiwilliges zu beschreiben. Es steckt viel Verdrängung darin. Viele mögen die Falschheit der Fragen recht gut ahnen. Und die Verdrängung ist sicher eine Folge von Gewaltverhältnissen. Doch so viel ist wahr, dass die Gewalt es heute (noch) gar nicht nötig hat, sich zu zeigen, und auch, dass eine Ordnung am Ende wäre, die sich auf gezeigte Gewalt stützen müsste - in der aus unsichtbaren Fragen offene Zwangsbefehle geworden wären. Also muss der hegemoniale Kampf der "dritten" Kraft darauf abzielen, den Kampf der Antworten im bourgeoisen Gleichgewichtssystem erstens auf die ihm zu Grunde liegenden falschen Fragen zurückzuführen, zweitens diesen Fragen überzeugend zu widersprechen.

Rechthaben ist nicht genug

Wir haben kein gesellschaftliches Gegenmilieu zu errichten, sondern die Gesellschaft in ihrer Mitte, eben in ihren Fragen aufzusuchen und umzuwenden.

Oft beobachtet man, dass oppositionelle Gruppen ihre ganze Energie darin verbrauchen, sich selbst oder sich zusammen nur mit den engsten Bündnispartnern zu möglichst großer und tiefer Klarheit im Oppositionsdenken zu führen. Da kann die Frage entstehen, ob zum Beispiel Attac überhaupt noch ein hinreichend enger Bündnispartner ist oder einer, bei dem die erstrebte Klarheit von vornherein unerreichbar scheint. Im letzten Fall geht man vielleicht trotzdem hinein, aber nur zum Zweck der Abwerbung. Dieser Weg ist der nichthegemoniale. Er entsteht dadurch, dass man bei Partnern, Gegnern und sich selbst nur auf die Aussagen schaut und diese in falsche, richtige und den richtigen ähnliche unterteilt. Es ist der Weg des bloßen Rechthabens. Hegemonial ist es demgegenüber, in den Aussagen Antworten zu sehen und die Kommunikation mit Menschen, bei denen wir vielleicht nur einzelne Antworten finden, die lediglich einzelnen eigenen Antworten ähnlich sind, immer mehr auszuweiten bis tief ins Gebiet des Gegners, ja bis in dessen eigene Mitte hinein. Denn es kommt stets nur darauf an, Gelegenheit zur Kommunikation über die Fragen zu bekommen, aus denen die Antworten gespeist sind. Um Klarheit als Bündniskriterium geht es erst dann, wenn auf diesem Weg das Ziel erreicht ist, dass nicht bloß ein Teil der Gesellschaft, sondern sie selbst im Ganzen über die Fragen gestolpert ist, die wirklich die tiefsten sind.

Michael Jäger

3. Getagt, aber nicht getanzt. NATO-Sicherheitskonferenz fand unter massiven Protesten statt

Autor: AK Internationalismus, München · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:31

Zum 41. Mal trafen sich vom 11. bis zum 13. Februar Militär- und Sicherheitsexperten, Manager von Rüstungskonzernen und internationale Spitzenpolitiker auf der "Konferenz für Sicherheitspolitik" (Siko) in München. Die ehemalige Wehrkundetagung sei, so der Veranstalter und Ex-Kanzlerberater Horst Teltschik, "in Wirklichkeit eine Friedenskonferenz." Nur die berühmt-berüchtigten Ewiggestrigen könnten etwas anderes behaupten - und das taten sie auch.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Siko standen die Zukunft des Irak und das gemeinsame Vorgehen von NATO, USA und EU gegen den Iran. Darüber hinaus wurden relativ offen die europäischen Expansionspläne Richtung Osten diskutiert. Das Einflussgebiet der EU soll auf die Ukraine, Weißrussland und Georgien ausgedehnt werden. Zweierlei steht fest: Erstens werden die USA und Europa die "Differenzen hinter sich lassen" und gemeinsam Druck auf den Iran ausüben. Zweitens profiliert sich Deutschland vehementer denn je als Führungsmacht sowohl innerhalb der NATO als auch innerhalb der EU. Verteidigungsminister Struck wiederholte die Forderung Deutschlands nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und kritisierte die Struktur der NATO. "Aus der Mitverantwortung folgt auch Mitsprache", sagte Struck.

Transatlantisches Networking ...

Parallel zur NATO-Sicherheitskonferenz hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband deutscher Banken (BdB) am 11. Februar eine "Finanzierungskonferenz Nordafrika Mittelost" organisiert. Motto der Veranstaltung: "Mehr Sicherheit durch Investitionen". Auf der Tagung standen die Durchsetzung des Freihandelsabkommens der EU mit den Mittelmeerstaaten sowie konkrete Finanzierungsschritte. Dass beide Tagungen parallel stattfanden, war kein Zufall. So hatte Außenminister Fischer bereits auf der letzten Siko ein stärkeres "Engagement" der NATO in der Region gefordert und ein Gebertreffen für die Mittelmeerstaaten angeregt. Die Initiative Fischers ist somit exemplarisch für die politische Dynamik, die aus der Siko entsteht.

... und antimilitaristisches Störfeuer

Wie schon in den letzten drei Jahren gab es auch diesmal massiven Protest, auch wenn dieses Jahr am Samstag "nur" 5.000 Menschen auf die Straße gegangen waren. Das hinderte Staatsschutz und Polizei nicht, an der Eskalationsschraube zu drehen. Mehr als 4.250 PolizistInnen waren im Einsatz. Die AnmelderInnen wurden schon bei den Kooperationsgesprächen abgefilmt und während der Demonstrationen selbst massiv von Staatsschutzbeamten bedrängt. Die Auftaktkundgebung am Freitag konnte nur in verkürzter Form stattfinden, da Anmelder- und RednerInnen zuvor in Polizeikontrollen festhingen und die Polizei anschließend mit gewaltsamer Auflösung drohte. Neu waren auch die Drohungen der Polizei, insbesondere beim Tragen von Seitentransparenten mit aller Härte einzugreifen. Ein Polizeispalier während der Demonstration hingegen gab es bereits in den letzten Jahren. Neben Seitentransparenten wurden auch Schilder, Front- und Hochtransparente während der gesamten Demonstration von der Polizei gewaltsam entfernt. Insgesamt beurteilten jedoch alle Beteiligten die Demonstration als sehr positiv. Das lag vor allem an der extrem guten Stimmung, der offensiven Wirkung "nach innen" und dem solidarischen Verhalten untereinander. Der Demonstrationszug blieb bis zum Schluss geschlossen; Angriffe der Polizei - insbesondere auf den internationalistischen Block - wurden offensiv beantwortet. Die Polizei musste mehrere Kesselversuche erfolglos abbrechen.

Das Pressecho auf die Proteste war hingegen katastrophal. Daran war allerdings nicht nur die unzureichende Außenwirkung der Demonstrationen schuld, sondern vor allem die Tendenz der bürgerlichen Medien, kritische Inhalte generell auszublenden. Pressemitteilungen des "Aktionsbündnisses" sowie der Roten Hilfe wurden kategorisch ignoriert und dafür die Sichtweise der Polizei nahezu unverändert übernommen. Weder das

gewalttätige Verhalten der Polizei noch die hohe Zahl der festgenommenen (46) und verletzten (18) DemonstrantInnen wurden thematisiert.

Dabei waren die Protestformen in diesem Jahr noch kreativer als früher. Bereits Wochen vor der Konferenz kursierte ein gefälschter Aufruf der Polizei, in dem diese ein generelles Parkverbot in der Innenstadt verhängte und die AnwohnerInnen aufforderte, sich bei den Polizeidienststellen für Ausweichparkplätze anzumelden. Einige Tage später titelten an Zeitungskästen befestigte Werbeplakate mehrerer Boulevard-Blätter: "Sicherheitskonferenz abgesagt - NATO pleite". Am Mittwoch vor der Siko sorgte schließlich ein Radio-Ballett für Verwirrung. Verteilt in der Münchner Fußgängerzone imitierten etwa 200 TeilnehmerInnen Ausweiskontrollen und Kriegsszenen. Am Freitag selbst wurden mehrere Hauptverkehrsstraßen durch eine subversive Fahrrad-Karawane, durch über die Straßen gespannte Transparente sowie durch Hunderte verschütteter Orangen bzw. Tennis- und Plastikbälle blockiert. Auch Münchner Konzerne und Kriegsprofiteure wurden auf unfreundliche Art und Weise besucht. All diese Aktionen machen deutlich, wie groß der Handlungsspielraum trotz massiver Polizeipräsenz ist. Doch auch hier war das größte Problem die geringe Medienwirksamkeit bzw. die nur eingeschränkte öffentliche Wahrnehmung.

Trotz der in manchen Punkten recht unterschiedlichen politischen Positionen und Aktionskonzepte verlief die Zusammenarbeit in den Bündnissen insgesamt konstruktiv. Unserer Meinung nach ist es wichtig, verschiedene Mobilisierungen und Kämpfe noch stärker miteinander zu verknüpfen: antimilitaristische Mobilisierungen, Antifa-Aktionen, wie gegen den Naziaufmarsch in München am 2. April 2005 und die Mobilisierung gegen das G8-Treffen Ende Juni 2005 bei Edinburgh/ Schottland, um nur einige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus erschöpft sich emanzipatorische Politik nicht in der Vernetzung einzelner Kampagnen, sondern muss integraler Bestandteil unseres Alltags sein. Auch Rom wurde nicht an einem Tag zerstört.

AK Internationalismus, München

4. Getrennt marschieren - getrennt schlagen. Schröders NATO-Kritik verweist auf tiefer greifende Differenzen im Bündnis

Autor: Gerhard Piper · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:33

Auf der "Konferenz für Sicherheitspolitik" in München ließ der erkrankte Bundeskanzler am 12. Februar seinen Redebeitrag durch Verteidigungsminister Peter Struck vortragen. Was auf den ersten Blick eine stinknormale Politikerrede war, verursachte kurzfristig internationale Verstimmungen, um am Ende von allen Seiten mit Lob ertränkt zu werden.

Eigentlich war es keine Rede, die in die Geschichtsbücher eingehen wird. Dafür hielt sich Schröder zu sehr an Allgemeinplätze. Was er als Bedrohungsszenarien ausmachte, hatte die NATO schon vor Jahren in ihrem letzten Strategiepapier ähnlich formuliert: Es gehe um "die neuen globalen Risiken", also "Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Instabilitäten und zerfallende staatliche Strukturen". Darüber hinaus seien Armut und Unterentwicklung der "Nährboden für den internationalen Terrorismus". Auch Schröders Forderung, man müsse sich "mit ihren Ursachen auseinander setzen", war nicht ganz neu. Nicht zuletzt war die Erkenntnis des Kanzlers, die strategischen Herausforderungen "erfordern primär keine militärischen Antworten", uralt. Ein ebenso tiefer Griff in die Mottenkiste der deutsch-amerikanischen Freundschaft war Schröders Empfehlung, "dass die transatlantische Partnerschaft ... Veränderungen Rechnung tragen muss".

Angesichts dieser Plattitüden stellt sich die Frage, warum die Rede so viel Aufregung verursachte. In seinem Fieberwahn hatte der deutsche Bundeskanzler einen provokanten Satz zur Rolle der NATO eingeflochten: "Sie ist jedoch nicht mehr der primäre Ort, an dem die transatlantischen Partner ihre strategischen Vorstellungen konsultieren und koordinieren." Dabei unterließ es Schröder klar zu benennen, welche Institution heute dieser "primäre Ort" sei. Der in der Rede folgende Satz enthält immerhin eine Andeutung: "Dasselbe gilt für den Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten, der in seiner heutigen Form weder dem wachsenden Gewicht der Union noch den neuen Anforderungen transatlantischer Zusammenarbeit entspricht." Die EU als Alternative zur NATO?

Die NATO-Apologeten sahen in der Äußerung eine deutsche Drohung zur Auflösung des Bündnisses. NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer wies denn auch die Kritik zurück und betonte die Konsultationsfunktion der Allianz: "Das war so, ist so und sollte meiner Meinung nach auch so bleiben." Auch dessen Amtsvorgänger Javier Solana beharrte darauf, die NATO habe "nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt." Im NATO-Hauptquartier in Brüssel verursachte der kranke Schröder tagelanges Kopfschütteln. Ein NATO-Diplomat erklärte: "Was Schröder vorschwebt, ist entweder eine ganz neue NATO mit neuen Strukturen und anderen Mitgliedern oder eine neue Organisation neben der NATO. Das ist ein tot geborenes Kind." In der Bundesrepublik nutzte die Opposition die Kritik aus dem Ausland zum üblichen Parteiengezänk. CDU-Chefin Angela Merkel warf dem Bundeskanzler vor, er habe außenpolitischen Schaden angerichtet; CSU-Chef Edmund Stoiber sah in dessen Bemerkungen "ein schlimmes diplomatisches Eigentor", und FDP-Chef Guido Westerwelle monierte: "Man kann nicht eine bewährte Struktur in Frage stellen, bevor man nicht etwas Besseres hat."

Doch ebenso schnell, wie der Streit entstanden war, wurde er beigelegt. Ein paar Tage später hieß es, Schröder habe ein wichtiges Problem berechtigterweise angesprochen, nur seine Intention nicht richtig deutlich gemacht. Diejenigen, die zuvor noch ihren Protest massiv vorgetragen hatten, stimmten jetzt dem Kanzler zu oder schwiegen: Hoop Scheffer betonte, er habe schon vor Schröder gefordert, die Allianz müsse politischer werden. Und Javier Solana freute sich mit einem Male über die Münchner Kanzlerrede. "Die Initiative hat effizientere transatlantische Beziehungen zum Ziel, und das wollen wir alle." Die Aufregung hatte viel von einem Sturm im Wasserglas, zumal Schröder mit seinen Münchener Ausführungen überhaupt nichts Konkretes zur Reform der NATO anbieten konnte. Stattdessen schlug er vor, die EU und die USA sollten "ein hochrangiges Panel unabhängiger Persönlichkeiten von beiden Seiten des Atlantiks einberufen, das uns bei dieser Lösung hilft". Dieser Vorschlag wird aber von allen Kritikern abgelehnt.

Geht es dem deutschen Bundeskanzler also gar nicht um die angeblich geforderte NATO-Reform? Schaut man sich die Rede genauer an, gilt Schröders Interesse nicht der Erneuerung des Bündnisses, sondern der Stärkung der EU. Dies ist ein Affront gegenüber den USA, für die die NATO die einzige Organisation ist, um auf die Sicherheitspolitik in Europa direkten Einfluss auszuüben. Ihre militärische Überlegenheit hatte den USA die Dominanz innerhalb der NATO gesichert, zumal die europäischen Staaten untereinander zerstritten waren. Mit der EU konnten die Europäer erstmals ein Gremium aufbauen, um mit einer Stimme zu sprechen. Schröder will dies nutzen. Die EU soll zum europäischen Sprachrohr in den transatlantischen Beziehungen aufgebaut werden, um ein geschlossenes Gegenwicht zu den USA zu schaffen. Doch jede Stärkung der EU bedeutet zugleich eine Stärkung der Bundesrepublik, was in anderen europäischen Staaten (Polen, Italien etc.) mit Skepsis betrachtet wird.

Bröckeliges Bündnis

Zu lange haben die USA die NATO als Manipuliermasse in den Beziehungen zu den Europäern eingesetzt. Mal benutzten sie die Bündnispartner als willfährige Hilfspolizisten, mal degradierten sie sie zu "schmarotzenden Nutznießern" amerikanischer Stärke und Entschlossenheit. Schon bei ihrem ersten Krieg im Kosovo 1999 zeigte sich, dass die europäischen NATO-Mitglieder nicht einmal auf dem eigenen Kontinent einen militärischen Beitrag leisten konnten. Die US-Streitkräfte mussten weitgehend allein operieren. Als 2001 die Bush-Regierung antrat, machte sie aus den militärtechnischen Gegebenheiten ein politisches Programm. Statt gemeinsames Agieren im etablierten Bündnisrahmen bestimmten fortan unilaterale Alleingänge bzw. spontane "Koalitionen der Willigen" die US-Außenpolitik. Zusätzlich hatte die US-Regierung das "neue Europa" in Form der pro-amerikanischen NATO-Erweiterungsländer aus Osteuropa gegen das "alte Europa" mit den aufmüpfigen NATO-Gründungsmitgliedern gegeneinander ausgespielt.

Die Folgen waren unvermeidlich: Als die NATO im September 2001 ihren ersten Bündnisfall ausrief, entpuppte sich dieser als militärische Seifenblase. Beim Feldzug in Afghanistan spielte die NATO zunächst keine Rolle. Aber während die US-Regierung mit den Kriegen in Afghanistan und Irak beschäftigt war, trieben die Europäer ihr Projekt einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik voran.

Weil die Bush-Administration mittlerweile aus ihren Fehlern gelernt hat, darf die EU heute ihre eigenen Militäreinsätze in Bosnien (Operation Althea) und Makedonien (Operation Concordia) durchführen, und die NATO spielt auch die Führungsrolle bei der International Security and Assistance Force (ISAF). Das freut insbesondere Verteidigungsminister Peter Struck, der seine Soldaten unbedingt bis zum Hindukusch schicken wollte. Doch die amerikanische Kehrtwendung kommt vielleicht zu spät. Mit der Aufhebung der geographischen Selbstbeschränkung der NATO kann heute jeder Konflikt weltweit innerhalb der Allianz einen Bündnisstreit auslösen: Zum einen wurde die US-Strategie präventiver Militärschläge nur von Frankreich (und Russland) übernommen; die anderen europäischen Staaten erlauben Prävention nur zur friedlichen Konfliktverhütung. Zum anderen bröckelt im Irak die Phalanx der europäischen Kriegspartner, obwohl sich die europäischen Staaten mittlerweile am Irakkonflikt beteiligen, indem sie die irakischen Sicherheitskräfte in Drittländern ausbilden. Nach Spanien ziehen sich auch die Niederlande aus dem Kriegsgebiet zurück, und selbst die Briten drängen auf einen Abzugsplan.

Zudem verfolgen die USA und die EU in der Auseinandersetzung mit der iranischen Regierung um deren vermeintliches Atomprogramm zwar weiterhin dieselben Ziele, aber eine unterschiedliche Politik. Zwar versicherte US-Präsident Bush bei seiner jüngsten Goodwill-Tour in Europa, er unterstütze den Dialog der EU mit Teheran; aber von einer aktiven Beteiligung der US-Regierung war mit keinem Wort die Rede. Last but not least erwägt die EU, ihr offizielles Waffenembargo gegen die Volksrepublik China aufzuheben, während die USA an einem Waffenembargo gegen den potenziellen Kriegsgegner festhalten. Fast scheint es, als wolle die EU hier gegen die globale US-Hegemonie eine zweite Front aufbauen. Die US-Regierung wird dies kaum verhindern können, denn trotz ihres propagierten Rüstungsboykotts betreiben die EU-Staaten längst einen regen Waffenhandel. Allein im Jahre 2003 exportierten sie Waffen für 416 Millionen Euro nach China.

Sturm im Wasserglas

Zu diesen politischen Streitfällen kommen institutionelle Wandlungsprozesse, die den Charakter der NATO grundlegend ändern. Zum ersten hat die NATO mit ihrer zweiten Erweiterungsrunde im März 2004 zehn frühere Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages in die "westliche" Allianz aufgenommen. Damit hat sie ihre

ursprüngliche Funktion als "Verteidigungsbündnis" vollständig verloren. Die gemeinsame Verteidigungsplanung unter den 26 NATO-Partnern wurde längst aufgegeben, nur die US-Streitkräfte haben weiterhin zwei Kriegspläne für einen kontinentalen Krieg in der Schublade - den konventionellen OPLAN 4999-98 Defense of Western Europe in General War und den nuklearen OPLAN 4286 für die US-Atomwaffen in Europa.

Zum Zweiten: Während sich die NATO nach Osten ausdehnt, wird sie im Westen ausgedünnt. Die US-Streitkräfte werden in den nächsten Jahren mindestens ein Drittel ihrer rund 110.000 Soldaten aus Europa abziehen. Noch in diesem Jahr trifft die US-Regierung im Rahmen des BRAC-Prozesses (Base Realignment and Closure) ihre endgültigen Entscheidungen über Standortschließungen und Truppenverschiebungen. Mit dem Truppenabzug wird Europa vom Aufmarschgebiet zur vorgeschobenen logistischen Basis heruntergestuft. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Fernbleiben der Amerikaner auf die Bündnisintegration, gemeinsame Manöver und Rüstungsbeschaffungsprogramme auswirkt.

Außerdem ist die NATO seit dem Ende des Kalten Krieges auf der Suche nach einer dauerhaften Existenzberechtigung. Propagiert wurde die "neue NATO". US-Senator Richard Lugar stellte 1993 das Bündnis vor die Wahl: entweder "out of area" oder "out of business". Mit der NATO Response Force sollen bis 2006 die organisatorisch-technischen Interventionskapazitäten geschaffen werden, bevor die EU ein Jahr später ihre eigenen Battle Groups aufstellt. Aber die Interventionspolitik der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Beteiligung der europäischen NATO-Staaten am amerikanischen "Global War on Terror" als politische Grundlage der NATO nicht ausreicht. Dennoch: Wenn die Truppen erst einmal bereitgestellt sind, fehlen nur noch die geeigneten Einsatzszenarien.

Die heftigen Reaktionen auf Schröders München-Rede verkennen, dass die Differenzen zwischen den NATO-Partnern keineswegs neu sind. Schon bei der Verabschiedung der beiden letzten Militärstrategien im November 1990 und im April 1999 konnten die Differenzen erst in letzter Minute unter den Teppich gekehrt werden. Und für eine Anpassung ihrer Strategie an die Veränderungen nach dem 11. September 2001 wäre die transatlantische Allianz ohnehin nicht konsensfähig. Dies hat Schröder in München auch gar nicht erst gefordert. Wenn er feststellt, dass die NATO nicht nur militärisch handlungsunfähig ist, sondern sich noch nicht einmal für Konsultationen eignet, drängt sich eine Konsequenz auf - auflösen!

Gerhard Piper

5. Verweigerung, Ächtung, Sabotage. "Wiederentwaffnung jetzt!" will der Bundeswehr die Geburtstagsfeier versauen

Autor: Initiative · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:15

Die Bundeswehr wird in diesem Jahr 50 Jahre alt, wahrlich kein Grund zum Feiern. Die Initiative "Wiederentwaffnung jetzt" macht daher auch einen strategischen Gegenvorschlag für eine Kampagne der Wehrkraftzersetzung.

Nur zehn Jahre nach dem 2. Weltkrieg hatte Deutschland eine neue Wehrmacht. Dass sie "Bundeswehr" genannt wurde, minderte nicht die Ungeheuerlichkeit des Projektes und verschleierte nicht den Blick derjenigen, die unter den Parolen "Nie wieder Krieg" und "Ohne mich" die deutsche Wiederbewaffnung ablehnten. Als am 8. Mai 1945 das Deutsche Reich endlich besiegt ist, waren schätzungsweise 50 Millionen Menschen infolge des faschistischen Terrors und des Krieges zu Tode gekommen. Doch schon kurz nach Ende des Krieges begannen die Vorbereitungen zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Die Adenauer-Regierung war entschlossen, erneut eine Armee aufzubauen, und von den Westmächten war die BRD als militärisch fest eingebundener Frontstaat im Kalten Krieg eingeplant. 1951 wurde der Bundesgrenzschutz (BGS) als paramilitärische Organisation eingerichtet, im Mai 1952 die BRD in die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) einbezogen. Im Oktober 1955 nahm die NATO die BRD als 15. Mitglied auf. Es dauerte dann noch bis zum 1. April 1956, bis Westdeutschland über eine reguläre Armee verfügte. Gegen diese Militarisierung gab es erheblichen Widerstand und den ersten Toten: Bei einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung am 11. Mai 1952 in Essen wurde der 21-jährige Kommunist Philipp Müller von der Polizei erschossen.

Was einmal bewaffnet wurde, kann auch wieder entwaffnet werden. Die Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!" knüpft an den antimilitaristischen Widerstand an, den es in der BRD seit Mitte der 1950er Jahre gegeben hat: Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung, gegen Atomwaffen, gegen Notstandsgesetze, gegen die Neutronenbombe, gegen öffentliche Rekrutenvereidigungen, gegen NATO-Manöver und NATO-Nachrüstungsbeschlüsse, gegen die Kriegseinsätze. Dieser Widerstand war sowohl pazifistisch als auch militant. Er reichte von Flugblattaktionen und Demonstrationen über zivilen Ungehorsam und Blockaden bis hin zum Krawall auf der Straße und bewaffneten Aktionen. In der jüngeren Vergangenheit stehen für diesen Widerstand u.a. die Proteste gegen die EU-Armee oder gegen einzelne Truppenteile der Bundeswehr, der Widerstand in Brandenburg gegen die Einrichtung eines Bombenabwurfplatzes, die jährlichen Proteste gegen die "Sicherheitskonferenz" in München und die Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald.

Die Wiederbewaffnung ist in den 1950er Jahren vom deutschen Staat durchgesetzt worden, und es wäre töricht anzunehmen, eben dieser Staat würde sein Militär auch wieder abschaffen. Im Gegenteil: Durch Modernisierung wird das Militär den Veränderungen der Kriegsführung angepasst. Das Gesicht von Kriegen hat sich in den letzten zehn Jahren stark verändert. Ließen sie sich in der Vergangenheit eher als eine Art Ausnahmezustand beschreiben, so sind sie heute längst grausame Normalität. Sowohl zeitlich als auch territorial haben Kriege keinen Anfang und kein Ende mehr. Krieg ist permanent und global. Entsprechend beschließt der Bundestag beinahe rituell jedes Jahr die Verlängerung der diversen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Anstatt mehr und mehr eine betrachtende oder beklagende Haltung einzunehmen sollte sich antimilitaristische Politik in Deutschland folgende Prämisse zu eigen machen: Was wiederbewaffnet worden ist, kann auch wieder entwaffnet werden. Was entwickelt werden muss, ist eine Strategie, die es ermöglicht einzugreifen und, um das verbotene Wort einmal zu benutzen, "Wehrkraftzersetzung" zu betreiben. Was gebraucht wird, ist eine Haltung, die die zunehmende Normalisierung des Militärischen im Alltag durchbricht, ihr alltäglichen Widerstand entgegensetzt. Solcher Art Zersetzung kann auf drei Ebenen stattfinden: erstens, indem man sich dem Militär und dem Militärischen verweigert; zweitens durch die gesellschaftliche Ächtung des Soldatischen und drittens durch die bewusst politische Sabotage. Verweigerung, Ächtung, Sabotage - das sind die drei strategischen Säulen der Zersetzung, das sind die Angelpunkte von "Wiederentwaffnung jetzt!"

50 Jahre Bundeswehr stehen für eine Zäsur in der deutschen Außenpolitik nach dem 2. Weltkrieg. Dieses Jubiläum steht dafür, dass eine deutsche Armee abermals in die Lage versetzt wurde, weltweit die Interessen der Regierenden durchzusetzen. Knapp 15 Jahre Aufrüstung, Umstrukturierung und politisches Hegemonialstreben haben ausgereicht, um die Interventionsstreitmacht zu bilden, die die Freiheit der Mächtigen auch am Hindukusch zu verteidigen in der Lage ist.

Nachdem 1989 aus BRD und DDR das Deutschland der alten und neuen Bundesländer wurde, hatte kaum jemand erwartet, dass dieses Deutschland zehn Jahre später wieder Krieg führen würde. Nach und nach wurden die Kompetenzen des deutschen Militärs ausgeweitet, Schritt für Schritt die Kriegs- und Interventionsfähigkeit erarbeitet, Stück für Stück das Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber Kriegseinsätzen durch Lügen und Täuschungen überwunden.

Die "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992 waren die Grundlage für die Aufstellung von "Krisenreaktionskräften", mit denen die Bundeswehr zu einem aktiven Instrument der deutschen Außenpolitik gerüstet werden sollte. Sie sind das verbindliche Strategiepapier der Bundeswehr, und sie lassen an den Absichten keinen Zweifel. Die Armee soll eingesetzt werden für "... die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung". An anderer Stelle heißt es: "Qualität und Quantität der (militärischen) Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können."

Schon im Sommer 1990 testete die Bundeswehr die neuen Möglichkeiten. Im so genannten 2. Irakkrieg wurden deutsche Kriegsschiffe ins Mittelmeer geschickt. Seit dem wurde jede sich bietende Gelegenheit genutzt, SoldatInnen einzusetzen und die Umstrukturierung der Bundeswehr zu forcieren: vom Somalia-Einsatz über den Aufbau von "Krisenreaktionskräften" (KRK) und dem "Kommando Spezialkräfte" (KSK); vom KSK-Einsatz 1997 in Albanien bis zur Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Angriff auf Jugoslawien 1999; vom Aufbau des ersten Generalstabes seit 1945 in Potsdam bis zum Kampfeinsatz des KSK in Afghanistan und dem Einsatz im Sudan; von der Militarisierung der EU-Außenpolitik bis zum Festschreiben von Aufrüstung und dem damit zusammenhängendem Ausbau der Rüstungsindustrie in der EU - Verfassung. Heute stellt die Bundesrepublik eines der größten Kontingente an SoldatInnen und Kriegsgerät in den Kriegen der Welt. Sie beteiligt sich als neokoloniale Protektoratsmacht an der Aufrechterhaltung einer fragilen Weltordnung, die dem Großteil der Menschheit nichts zu bieten hat außer Krieg, Zerstörung und Hungerkatastrophen. Internationale Solidarität bedeutet Antimilitarismus, 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zu viel!

Zunächst braucht Militär Personal, und es sollte daran gearbeitet werden, ihm dieses zu entziehen. Zukünftige und gegenwärtige SoldatInnen müssen aufgerufen werden, den Kriegsdienst zu verweigern. Es gilt, ihnen die dafür nötige Unterstützung zu kommen zu lassen. Vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr demnächst eher eine Berufsarmee sein wird, wird aus Verweigerung Desertion. Diese Perspektive hat eine neue Dimension. Aktive Soldaten und Soldatinnen sollen sich dem Dienst entziehen. Auch dafür muss die nötige Unterstützung organisiert werden.

Der Entzug des Personals läuft aber auch über die gesellschaftliche Ächtung des Militärs - Ächtung des Soldatenberufes, Ächtung der Uniformen, ihres Gehorsams, ihrer Tugenden, ihres Mordens. Es gilt als normal, dass deutsche SoldatInnen im Ausland eingesetzt werden. Es ist normal geworden, SoldatIn zu werden. Die Bundeswehr wird als ganz normaler Arbeitgeber angesehen. Doch das Militär ringt um die dauernde gesellschaftliche Anerkennung, die sie braucht, um Moral und Motivation der Truppe aufrecht zu erhalten. Jeder Soldat und jede Soldatin soll darum zu spüren bekommen, dass sie keinen normalen Job machen! Armeeangehörige sind im öffentlichen Raum präsent; sie stehen in "Arbeitskleidung" auf Bahnhöfen und Straßen. Sie verbringen ihre Freizeit in Discotheken und Kneipen. Sie sind Familienangehörige. An allen diesen Orten können sie angegangen werden. Die alte Teilung in Beruf und Privates, in "Dienst" und "Schnaps", muss untergraben werden. Militärs sollen nicht zur Ruhe kommen.

Militär braucht das Funktionieren des militärischen Apparates und seiner Infrastruktur. Dieses Funktionieren gilt es zu sabotieren. Dazu eignet sich das Blockieren militärischer Einrichtungen und das Reduzieren militärischen Gerätes ebenso, wie das Verhindern von Propagandaveranstaltungen. Sabotage meint den direkten Zugriff, das praktische Intervenieren gegen die Arbeit der Mordmaschinerie.

Das Jahr 2005 soll mit den gesamten Feierlichkeiten anlässlich des Jubiläums, insbesondere dem großen Zapfenstreich am 26. Oktober vor dem Reichstag, genutzt werden, um eine Strategie und Haltung der Wehrkraftzersetzung öffentlich erkennbar zu machen.

Notwendig ist es, überhaupt praktisch zu werden: von gemeinsamen Parolen und Flugblättern bis hin zu Aktionen, die der jeweiligen Situation in Stadt und Land angepasst sind. Die Proteste gegen die Jubiläumsfeiern müssen über diese hinausweisen, sonst werden sie versanden. Wenn es jedoch gelingt, eine antimilitaristische Praxis zu verankern, dann kann das auch die Proteste gegen das Jubiläum verstärken. "Wiederentwaffnung jetzt!" politische Haltung entwickeln, artikulieren und verankern. Sie will, dass Antimilitarismus zum unumgänglichen Bestandteil linker Politik wird - selbstbewusst und selbstverständlich. "Wiederentwaffnung jetzt!" erfindet das Rad der Geschichte nicht neu. Vieles von dem, was praktisch zu tun ist, ist schon gemacht worden oder wird gemacht. "Wiederentwaffnung jetzt!" will eine gemeinsame Stoßrichtung und Perspektive schaffen und damit Mut machen, auch mit kleinen und kleinsten Aktionen anzufangen. Zersetzen ist ein Weg der vielen kleinen Schritte.

Initiative "Wiederentwaffnung jetzt!"

www.wiederentwaffnung.de.vu

Termine

Folgende Termine, mit denen in diesem Jahr das 50 jährige Bestehen der Bundeswehr offiziell gefeiert werden soll, stehen bereits fest - Termine, die auch für antimilitaristische Gegenaktivitäten von Bedeutung sind.

7. Juni: Auftaktveranstaltung in Berlin mit Gottesdienst im Berliner Dom, Festakt im Deutschen Historischen Museum und Festkonzert mit einem neuen Marsch unter dem Motto "50 Jahre Bundeswehr"

13.-15. September: Informelles Treffen der NATO-Verteidigungsminister in Berlin

4. Oktober: Festakt "15 Jahre Armee der Einheit" in Erfurt

10.-11. Oktober: Kommandeurstagung in Bonn

26. Oktober: Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit großem Zapfenstreich vor dem Reichstag in Berlin

12. November: Feierliches Gelöbnis in Bordenau, dem Geburtsort des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst

Zusätzlich soll es 50 dezentrale Veranstaltungen geben (z.B. Tage der Offenen Tür). Die Vorbereitungen liegen bei einer Arbeitsgruppe unter Leitung von General Karl. H. Schreiner. Der stellt heraus, dass man mit der Bevölkerung feiern wolle.

6. Klassen-Gewitter. Nachrichten für Drinnen und Draußen

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:28

Magdeburger §129a-Prozess: 2. Runde, 1. Teil

Im Dezember 2003 endete der Magdeburger §129a-Prozess vor dem Oberlandesgericht Naumburg mit einem Freispruch sowie der Verurteilung von Daniel W. und Marco H. wegen zweier versuchter und zweier vollendeter Brandanschläge. Die Anwälte von Marco H. und Daniel W. legten gegen das Urteil Revision ein, der der Bundesgerichtshof auch stattgab. Am 22. Februar wurde nun in der Revisionsverhandlung gegen Marco H. das Urteil der Hauptverhandlung bestätigt: Der Strafsenat des Oberlandesgerichts Naumburg verurteilte ihn zu zwei Jahren und sechs Monaten, von denen Marco H. bereits ein Jahr in U-Haft abgesessen hat; d.h. er muss nun noch einmal für eineinhalb Jahre in den Knast. Im Vorfeld der Revisionsverhandlung bot der Vorsitzende Richter des Strafsenats Marco H. und Daniel W. einen Deal an. Wenn beide sich von Gewalt und Militanz im allgemeinen und konkret von den ihnen vorgeworfenen Brandanschlägen distanzieren würden, könnte die Strafe wesentlich geringer ausfallen. Parallel dazu streckte auch die Bundesanwaltschaft ihre Fühler aus und bot Marco H. an, es ließe sich über das Strafmaß in seinem Fall reden, wenn er gegen Daniel W. aussagen würde. Wie das Urteil in der Revisionsverhandlung vom 22. Februar zeigt, ließ sich keiner der beiden auf diese Angebote ein. Das Revisionsverfahren gegen Daniel W. wird voraussichtlich Ende April/Anfang Mai stattfinden. Die Revisionsverfahren laufen getrennt voneinander ab, da, anders als im Fall von Marco H., in dem es ausschließlich um das Strafmaß ging, bei Daniel W. wegen eines Verfahrensfehlers während des ersten Prozesses das gesamte Verfahren noch einmal komplett aufgerollt werden muss.

Sanktionen gegen den AStA der Uni Hamburg

Seit Mitte der 1990er Jahre wird den studentischen Interessenvertretungen die Arbeit zunehmend erschwert. Während die Verfassten Studierendenschaften in Bayern und Baden-Württemberg schon in den 1970er Jahren ganz abgeschafft wurden, stehen sie jetzt im Rest der Republik unter massivem juristischen Beschuss. Mit der Androhung von Ordnungsgeldern und Strafverfahren wegen "allgemeinpolitischer Betätigung" soll den Studierendenschaften offenkundig der Rest gegeben werden. Das jüngste Beispiel, wie den Studierendenvertretungen gerichtlich ein Maulkorb verpasst wird, kommt aus Hamburg. Vier Mitglieder des CDU-nahen Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hatten beim Verwaltungsgericht dagegen geklagt, dass der AStA sich zu "hochschulfremden" Themen äußert. Die Kläger monierten beispielsweise die Unterstützung des AStA für Demonstrationen gegen die Politik des Ex-Innensenators Ronald Schill und den Irak-Krieg, seine Beteiligung am Europäischen Sozialforum in Florenz und an Anti-Atom-Aktionen. Selbst der Einsatz für die Verwendung von Recycling-Papier auf dem Campus wurde bemängelt. Nach der Verhandlung vor dem Hamburger Verwaltungsgericht droht dem AStA der Uni Hamburg nun eine Buße von bis zu 250.000 Euro, sollte er sich allgemeinpolitisch äußern. Nach herrschender juristischer Meinung besitzen ASten kein allgemeinpolitisches Mandat und dürfen sich nur hochschulpolitisch äußern. Laut Hamburger Hochschulgesetz gehören jedoch politische Bildung, die Förderung von Toleranz, der Einsatz für Menschenrechte sowie für soziale Belange der Studierenden zu den Aufgaben der Vertretung.

Kriminalisierung der "Überflüssigen"

Den BesetzerInnen der AWO-Zentrale am Halleschen Ufer in Berlin vom Oktober 2004 droht nun ein gerichtliches Nachspiel. Beamte des Staatsschutzes suchten am 24. Februar rund 20 Personen in ihren Privatwohnungen auf, um ihnen eine Vorladung zu übergeben. Die Anzeige lautet auf "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz" und "Hausfriedensbruch". Bei der Aktion am 11. Oktober 2004 hatten zeitweilig rund 80 Personen die Räume der Arbeiterwohlfahrt in Berlin-Kreuzberg besetzt. Die Besetzung war die erste Aktion der "Überflüssigen". Sie richtete sich gegen die Einführung der 1-Euro-Jobs im Betrieb der AWO. Dem anwesenden AWO-Landeschef Hans Nisble (SPD) wurde damals die Forderung übergeben, er solle von der Einführung der 1-Euro-Jobs in seinem Landesverband Abstand nehmen. Nisble reagierte, indem er die Polizei rief und die BesetzerInnen räumen ließ. Gegen 25 Personen wurde eine Anzeige aufgenommen. Hausfriedensbruch wird nicht von Amts wegen zur Anzeige gebracht: Hans Nisble persönlich hat Anzeige erstattet. Warum die AktivistInnen in den Genuss einer persönlich überbrachten Vorladung kommen, bleibt

unklar. "Wir vermuten dahinter den weiteren Versuch, linke AktivistInnen einzuschüchtern", sagte eine Sprecherin der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB).

Vorratsdatenspeicherung

Im Kampf gegen den "Internationalen Terrorismus" setzt der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, auf verstärkte Überwachung von Telefonen, Handys und Internet. "Wir könnten wesentlich bessere Fahndungs- und Aufklärungserfolge vorweisen, wenn wir mehr über die Telekommunikation der Verdächtigen wüssten", so Ziercke gegenüber dem Focus in dessen Ausgabe vom 28. Februar. "Ich will lediglich nachvollziehen, wer sich wann wie lange ins Internet gewählt hat und wer wann mit wem telefoniert hat", sagte Ziercke. Erst im Dezember tat sich der BKA-Chef mit folgender Äußerung auf dem kommunikations- und medienpolitischen Forum des Branchenverbands Bitkom in Berlin hervor: "Das Argument, dass auch die Daten Unschuldiger gespeichert werden, interessiert mich nicht." Wie einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion zu entnehmen ist, hält mittlerweile auch Justizministerin Brigitte Zypries eine anhand bestimmter Kriterien "gezähmte" Vorratsdatenspeicherung für machbar. Nach den Anschlägen von Madrid im März 2004 forciert die EU die Einführung von Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten.

7. Probelauf für die "nationale Volksfront". NPD und "Freie Kameradschaften" vor der Landtagswahl in NRW

Autor: Pierre Briegert und Jan Spreuk · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:07

Noch nie hat es die NPD in Nordrhein-Westfalen in den Landtag geschafft. Und auch bei den anstehenden Wahlen am 22. Mai rechnet niemand damit. Dennoch verbreitet die Partei Aufbruchstimmung, motiviert durch den Wahlerfolg in Sachsen und durch die für NRW-Verhältnisse relativ erfolgreiche Teilnahme an den Kommunalwahlen im letzten Jahr. Unterstützt wird die Kandidatur von einem Teil der "Freien Kameradschaften".

Volksfront weiter gestärkt", verkündete der NPD-Wahlkampfpressesprecher, der Bochumer Claus Cremer, in einer Pressemitteilung vom 5. Dezember. Man habe soeben auf dem Landesparteitag in Essen "den Weg für einen offensiven Wahlkampf 2005" bereitet und 15 Kandidaten für die Landesliste aufgestellt. Angeführt wird sie vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, auf den Plätzen 2 bis 4 folgen der Landesvorsitzende Stephan Haase aus Lüdenscheid und zwei seiner Stellvertreter: Claus Cremer und der Iserlohner Timo Pradel. Vier Plätze weiter unten findet man den ersten Vertreter der "Freien Kameradschaften": den ehemaligen FAP-Aktivisten Christian Malcoci aus Grevenbroich. Der wegen Fortführung der verbotenen "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten" (ANS/NA) Vorbestrafte gehört bundesweit zu den erfahrensten Kadern der "Freien" und ist außerdem als Funktionär der niederländischen Neonazi-Partei "Nederlandse Volksunie" (NVU) tätig. Platz 10 belegt Daniela Wegener, Chefin der hochsauerländischen Neonazi-Szene und erst kürzlich zu ihrem Lebensgefährten Cremer nach Bochum-Wattenscheid gezogen. Ein Teil der nordrhein-westfälischen "Freien" wertet diese Nominierungen als "eindeutiges Zeichen für den praktischen Aufbau einer Volksfront von Rechts". Für den Fall, dass die NPD die Fünf-Prozent-Hürde überspringt, würden die Platzierungen für einen Einzug ins Landesparlament reichen. Auf Platz 13 steht Ralph Tegethoff aus Bad Honnef, ein weiterer Führungskader der "Freien", der pünktlich zur Sachsen-Wahl gemeinsam mit Thomas "Steiner" Wulff und Thorsten Heise der NPD beigetreten war.

Apropos "Volksfront": Ein Platz blieb auch noch für die DVU übrig, allerdings nur der letzte. Besetzen darf ihn der DVU-Ratsherr Axel Thieme aus Dortmund. Dabei hätte statt der NPD eigentlich die DVU antreten sollen, so behauptet es zumindest der "Volksfront"-Verweigerer Christian Worch aus Hamburg. DVU-Chef Gerhard Frey sei aber nicht interessiert gewesen, so Worch.

Mehr als ein Achtungserfolg ist nicht drin

Schwerpunkt des NPD-Wahlkampfes dürfte Bochum werden, wo Udo Voigt im Wahlkreis 107 (Zentralbochum) antritt. Seit dem Vorjahr traut sich die Partei immer häufiger mit Infoständen und Flugblattverteilaktionen auf die Straße, unterstützt von Aktivisten der "Freien Kameradschaften". In Vorbereitung ist wohl auch ein Aufmarsch am 1. Mai in Bochum. Am diesjährigen "Tag der deutschen Arbeit" setzt der Bundesverband der NPD angesichts des zeitnah geplanten bundesweiten Aufmarsches am 8. Mai in Berlin ("60 Jahre Befreiungslüge - Schluss mit dem Schuldkult") auf dezentrale Veranstaltungen.

Inhaltlich wird sich die NPD vor allem sozialen Themen widmen. Ergänzt wird ihre Sozialdemagogie, die an reale Probleme wie zum Beispiel den Arbeitsplatzabbau bei Opel in Bochum anknüpfen kann, durch Phrasen gegen alles "Nichtdeutsche". "Für die NPD lauten die entscheidenden Fragen auf die Probleme in unserem Land nicht ‚viel oder sehr viel Zuwanderung', sondern ob man die ursprünglichen Gastarbeiter in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland benötigt", hetzt der Münsteraner NPD-Kandidat Dennis Dormuth. Die etablierten Parteien im Landtag hätten in der Vergangenheit "eindrucksvoll bewiesen, dass sie nicht den Interessen der Deutschen in NRW, sondern nur denen der ausländischen Bevölkerung und denen der Großkapitalisten dienen", erklärt sein "Kamerad" Markus Pohl aus dem Nachbarwahlkreis. Sprüche gegen die Etablierten, garniert mit einem "antikapitalistischen" Jargon, das Ganze auf einer kräftigen rassistischen Grundlage serviert - diese Mischung soll der Partei Stimmen zuführen. "Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit und Überfremdung haben bei den Bürgerinnen und Bürgern deutliche Spuren hinterlassen", bilanzierte die

NPD-Ortsgruppe Recklinghausen nach einem Infostand: "So konnten die Aktivisten viel Zustimmung für ihre Arbeit ernten."

Dass dies reichen wird, darf bezweifelt werden. Hinzu kommt ein überwiegend zweit- bis drittklassiges Personal sowie überwiegend schwache Parteistrukturen. Und auch auf die uneingeschränkte Unterstützung durch die "Freien" kann die NPD nicht bauen. Der Worch-Flügel der NRW-"Kameradschaften" hätte statt Malcoci oder Wegener lieber Axel Reitz vom "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) auf der Landesliste gesehen. Auch verlangte man einen "angemessenen Teil der Wahlkampfkostenerstattung" als Gegenleistung für eine Unterstützung der NPD. Noch gibt es keine Reaktion der NPD auf diese Forderung - und im Gegenzug keine Unterstützung. Und den 1. Mai wird der Worch-Flügel ohnehin nicht in NRW verbringen, sondern auf einer eigenen Demonstration in Leipzig.

Realistisch erscheint für die NPD unter diesen Voraussetzungen höchstens ein Achtungserfolg mit ein bis zwei Prozent - wobei es ihr wichtig sein dürfte, zumindest besser abzuschneiden als die "Republikaner", die in Konkurrenz zur NPD antreten.

Pierre Briegert und Jan Spreuk

Mehr Informationen in LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, Nr. 18, Herbst 2004, und 19 Winter 2004/2005, www.free.de/lotta

8. Kleines Land, große Chuzpe. Nordkoreas Regime ärgert die USA

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord); USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:24

2002 von US-Präsident Bush als Teil einer "Achse des Bösen" geschmäht, setzt Nordkoreas Regime mit Beginn der zweiten Amtszeit seines Erzrivalen ebenfalls auf Stärke und den Besitz von Atomwaffen.

So weit sind die führenden PolitikerInnen und DiplomatInnen der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) bislang noch nicht gegangen. Beharrte Pjöngjang zuvor lediglich auf seinem Recht, auch über eine - so wörtlich - "militärische Abschreckungskraft" zu verfügen, so erklärte das nordkoreanische Außenministerium in einer am 10. Februar von der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA verbreiteten Stellungnahme: "Wir haben Nuklearwaffen zur Selbstverteidigung hergestellt, um mit der immer unverhohleneren Politik der Bush-Regierung zur Isolierung und Erstickung (Nordkoreas) fertig zu werden ... Die gegenwärtige Realität beweist, dass nur mächtige Stärke Gerechtigkeit und Wahrheit schützen kann." Zugleich gab die Regierung der Volksrepublik bekannt, der so genannten Sechser-Runde, den von Beijing initiierten und seit 2003 in der chinesischen Hauptstadt stattfindenden internationalen Verhandlungen, über Nordkoreas Atomprogramm fern zu bleiben. Neben Nordkorea und der VR China nahmen an den Gesprächen in Beijing auch Südkorea, Japan, Russland und die USA teil.

Seit dem 10. Februar ist somit der - aus westlicher Perspektive - dritte Atomkonflikt auf der koreanischen Halbinsel eingeläutet. Unabhängig davon, ob Nordkorea nunmehr tatsächlich im Besitz von Atombomben und technisch ausgereiften Trägersystemen ist, was selbst Siegfried Hecker, einst Direktor des US-Atomwaffenlabors in Los Alamos nach einem Besuch des nordkoreanischen Reaktorkomplexes Yongbyon im vergangenen Jahr bezweifelte, pokert Pjöngjang diesmal hoch.

Der erste Atomkonflikt (1993/94) war durch die Vermittlung des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter beigelegt worden. Im Oktober 1994 vereinbarten die USA und Nordkorea in Genf das Agreed Framework. Gemäß diesem Rahmenabkommen verzichtete Pjöngjang auf sein laufendes Nuklearprogramm. Als Gegenleistung sicherten die USA zu, den Nordkoreanern bis zur Fertigstellung zweier Leichtwasserreaktoren zwecks ziviler Nutzung im Jahre 2003 jährlich 500.000 Tonnen Schweröl zu liefern und die Souveränität des Landes anzuerkennen. Eine Sicherheitsgarantie also, was Nordkorea als Vorstufe einer möglichen friedensvertraglichen Regelung mit den USA werten konnte. Denn seit dem Ende des Koreakrieges (1950-53) existiert lediglich ein Waffenstillstands-, jedoch kein Friedensabkommen für die koreanische Halbinsel.

Zur Umsetzung des Agreed Framework wurde eigens im März 1995 von den USA, Südkorea und Japan die Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO) gegründet, an der sich auch die EU von 1996 bis 2000 mit rund 150 Millionen DM beteiligte. Auf Grund dieser Vereinbarung kehrte Nordkorea wieder vollumgänglich unter das Kontrollsystem der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien zurück. Und die Normalisierung zwischen beiden Ländern verlief auf einmal so reibungslos, dass sich US-Außenministerin Madeleine Albright und General Cho Myoung-Rok, damals die Nummer drei in der Nomenklatur der Volksrepublik, gegenseitige Besuche in Pjöngjang und Washington abstatteten.

Eins, zwei, drei Atomkonflikte

Seitdem George W. Bush ins Weiße Haus einzog, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Washington und Pjöngjang ebenso rasch wie tief greifend. Bushs Ende Januar 2002 erstmalig aufgestellte Behauptung, Nordkorea sei Teil einer "Achse des Bösen", erboste die politische Führung in Pjöngjang. Dort fuhr man derbe Retourkutschen, schimpfte den US-Präsidenten einen "Schurkenbandenchef" und warf den USA vor, von "moralischer Lepra" befallen zu sein. Der zweite Atomkonflikt war vorprogrammiert, als der Abteilungsleiter für Ostasien-Angelegenheiten im US-Außenministerium, James A. Kelly, im Oktober 2002 Pjöngjang besuchte. Entgegen den Erwartungen der Gastgeber, sein Besuch könnte endlich eine Wende in den bilateralen Beziehungen einleiten, hinterließ das Treffen zwischen Kelly und dem stellvertretenden Außenminister Kang Suk-Ju einen Scherbenhaufen. Kelly legte "Beweise" vor, die angeblich das heimliche Atombombenprojekt in Nordkorea belegten. Diesen Vorwurf wies Kang scharf zurück und warf Kelly einen "arroganten Verhandlungsstil" vor.

Nach dem Treffen im Oktober 2002 forderten die USA Nordkorea zum sofortigen Stopp des Nuklearprogramms auf. Im Dezember 2002 kappte Washington seine zugesicherten Heizöllieferungen an Pjöngjang, was dessen Führung im Gegenzug bewog, am 10. Januar 2003 endgültig die Zusammenarbeit mit der IAEA aufzukündigen und deren Mitarbeiter des Landes zu verweisen. Dies focht Pjöngjang nicht an; schließlich hatten Pakistan und Indien (beide Nichtunterzeichner des Atomwaffensperrvertrags) zuvor erklärt, Atomwaffen zu besitzen, und zeigten neben der De-facto-Atommacht Israel auch andere Staaten nukleare Ambitionen. Während die USA selektiv ihren Druck auf den Irak ständig erhöhten, kochte die Bush-Administration ihren Konflikt mit Nordkorea zwischenzeitlich auf Sparflamme, obgleich Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die USA in der Lage wähnte, zwei Kriege - im Irak und gegen Nordkorea - gleichzeitig führen und gewinnen zu können.

Im Sommer 2003 konstatierte ein Autorenkollektiv des (staatlichen) Instituts für die Wiedervereinigung des Vaterlandes in Pjöngjang: "Die USA verprügeln wie ein Straßenräuber rücksichtslos schwache Gegner im Kosovo, in Afghanistan und im Irak, nur gegenüber Nordkorea vermeiden sie den ‚Präventivschlag'. Dies geschieht nicht etwa aus Gnade, sondern auf Grund des Besitzes militärischer Abschreckungskraft durch Nordkorea. Im übrigen garantiert dies Eigenständigkeit und den Frieden auf der koreanischen Halbinsel und widerspricht auch nicht der von Nord- und Südkorea 1992 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung zur Denuklearisierung, die ja ihrerseits den vollständigen Abzug der in Südkorea dislozierten US-amerikanischen Atomwaffen zur Voraussetzung hat."

Angst vor Straßenräubern ...

Als der "Präventivschlag" gemäß der seit September 2002 gültigen National Security Strategy (NSS) gegen den Irak näher rückte, vertraten die "Falken" in den USA lautstark das Argument, Nordkorea sei für den Weltfrieden weitaus bedrohlicher als der Irak. Einige Hardliner im Pentagon und in den Medien (z.B. das Wall Street Journal) befürworteten gar eine totale Seeblockade Nordkoreas sowie einen "chirurgischen Eingriff" in die umstrittene Atomanlage in Yongbyon. Doch: Nordkorea besitzt keine Erdölvorkommen wie der Irak und zu dem Zeitpunkt waren gut 37.000 GIs in Südkorea stationiert, die sich - gemeinsam mit den BewohnerInnen der nur knapp 50 Kilometer von der Demarkationslinie entfernt gelegenen Metropole Seoul - in Reichweite nordkoreanischen Artilleriefeuers befunden hätten. Gary E. Luck, einst kommandierender General der US-Streitkräfte in Südkorea, äußerte in Hearings des US-Kongresses und -Senats die Befürchtung, dass im Falle einer Irak-ähnlichen Operation gegen Nordkorea mit Hunderttausenden Toten gerechnet werden müsste.

Ein solches Risiko war der Bush-Regierung dann doch zu hoch. Selbst deren Verbündete in Tokio und Seoul zeigten sich alarmiert. In Südkorea setzt die politische Führung des Landes seit 1998 auf intensiven Dialog mit dem Norden und profitiert wirtschaftlich von einer regulierten Kooperation auf Staatsebene. Der Architekt dieser so genannten Sonnenscheinpolitik, Südkoreas Ex-Präsident Kim Dae-Jung, hatte noch im Sommer 2003 unverblümt erklärt, dass sich Nordkoreas Atomwaffen, besäße es sie denn tatsächlich, im Vergleich zum US-amerikanischen Atomwaffenarsenal wie Spielzeuge ausnähmen. Und der in Pjöngjang für Südkorea-Fragen zuständige ranghohe Parteikader Ahn Byung-Ho hat mehrfach und deutlich die Position seines Landes bekräftigt, in dem Moment endgültig und definitiv aus dem Atomwaffenprogramm auszusteigen, sobald die USA das Existenzrecht Nordkoreas mit einem "Nichtangriffsabkommen" garantierten. Diese Position bezeichneten die chinesischen Gastgeber der Sechser-Gespräche in Beijing noch Anfang 2004 als "neues mutiges Angebot".

Was also steckt hinter der weit reichenden Erklärung des nordkoreanischen Außenministeriums? Warum wurde sie zu diesem Zeitpunkt lanciert? Beabsichtigt Pjöngjang, den von Beijing gesponserten Sechser-Gesprächen tatsächlich fern zu bleiben?

Zeitpunkt und Inhalt der Erklärung stehen in direktem Zusammenhang mit Präsident Bushs zweiter Amtszeit. Wenngleich er in seiner Antrittsrede direkte Attacken gegen Nordkorea vermied, nährten seine weiteren Ausführungen, "die Fackel der Freiheit in alle Winkel der Welt zu tragen", in Pjöngjang die Auffassung, dass Washington auf Kontinuität setzt, direkte bilaterale Verhandlungen kategorisch ablehnt und auch in den kommenden vier Jahren an seiner kompromisslosen Politik gegenüber "Schurkenstaaten" festhält. Schließlich bezeichnete die neue US-Außenministerin Condoleezza Rice Nordkorea als einen "Vorposten der Tyrannei".

Spekulierten die USA lange Zeit auf das Zusammenbrechen oder eine Implosion der Volksrepublik, vergleichbar den Prozessen in der DDR und anderen realsozialistischen Regimes, so arbeitet die Bush-Regierung entsprechend ihrem Postulat des "Systemwechsels" weiterhin aktiv auf den Bruch der "Achse des Bösen" hin. Der Besitz oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist da, wie im Irak eindeutig demonstriert, von untergeordneter Bedeutung. Wäre Nordkorea militärisch so schwach wie der Irak, hätte bereits vor dem Irak ein Krieg auf der koreanischen Halbinsel stattgefunden. Dass den unilateral handelnden USA weder mit Logik, Bitten, Goodwill, Reaktorinspektionen und internationalem Recht beizukommen ist, bestärkt das ohne militärische Schutzmacht und ohne "atomaren Schutzschild" allein dastehende Regime in Pjöngjang in seinem Kalkül, unter allen Umständen anzustreben, mit den USA auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln. Und das schließt die Drohung mit beziehungsweise den (tatsächlichen oder vermeintlichen) Besitz von "starker militärischer Abschreckungskraft" ein.

Auch innenpolitisch verfehlt die Strategie des Pjöngjanger Außenministeriums ihre Wirkung nicht. Erklärtes Ziel ist seit Jahren die Politik des "starken Staates" und das Postulat "Die Armee zuerst!" Im Interessenkonflikt zwischen militärischer Stärkung des Landes und der Verbesserung der regional desolaten Lebenssituation der Bevölkerung hat sich die Führung eindeutig für die erste Option entschieden. Obgleich die Volksrepublik einen exorbitanten Anteil - etwa 30 Prozent - ihres Bruttoinlandprodukts in den Militärsektor investiert, entspricht diese Summe gerade mal einem Drittel der entsprechenden Ausgaben in Südkorea, wo überdies noch mit modernsten Waffen ausgerüstete 37.000 GIs stationiert sind.

... und einem erzwungenen Regimewechsel

Atomare Abschreckungsmittel hätten aus Pjöngjanger Sicht den Vorteil, weitaus kostengünstiger als konventionelle Waffen zu sein. So könnten Ressourcen verstärkt für die Wiederbelebung der Wirtschaft mobilisiert werden. Weil es dazu auf die Erdöllieferungen aus der VR China angewiesen ist, wird sich Nordkorea (notfalls) politisch-diplomatischem Druck aus Beijing nicht verschließen (können), dorthin erneut an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Pjöngjang weiß letztlich nur zu gut, dass es momentan keinen besseren Vermittler zwischen den USA und Nordkorea gibt als den "älteren Bruder" China.

Rainer Werning

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender des Korea-Verbandes e.V. und Ko-Herausgeber des Buches "Wohin steuert Nordkorea? Soziale Verhältnisse, Entwicklungstendenzen und Perspektiven" (Köln 2004: PapyRossa Verlag).

9. Humanitäre Hilfe hier, Friedensverhandlungen dort. Aceh, Indonesien: Schwieriger Wiederaufbau nach Tsunami und Krieg

Autor: Alex Flor · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:18

"Die Flut geht. Wir bleiben." Mit diesem Slogan wirbt das Deutsche Rote Kreuz derzeit bundesweit für weitere Spenden zum Wiederaufbau der vom Tsunami zerstörten Regionen. Nach der Spendenflut Anfang des Jahres bedarf es allerdings einiger Anstrengungen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, warum noch immer Spenden benötigt werden. Einige der Hilfsorganisationen riefen sogar zu einem Spendenstopp auf, da sie sich nicht mehr in der Lage sahen, das viele Geld in sinnvolle Projekte zu kanalisieren.

Der scheinbare Widerspruch ist dadurch zu erklären, dass ein großer Teil der Spenden an Organisationen gegeben wurde, die auf Nothilfe spezialisiert sind. Sie versorgten die Flutopfer mit dem Lebenswichtigsten, stellten Zelte zur Verfügung, leisteten ärztliche Hilfe für Verletzte und andere Soforthilfemaßnahmen. Diese Phase ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Man befindet sich nun im Übergang zum langfristigen Wiederaufbau. Allein in Aceh, wo nach letzten Zählungen ca. 250.000 Menschen durch die Flutwelle getötet wurden, sind zurzeit 450.000 Menschen in Notunterkünften untergebracht. Zehntausende weitere Opfer, die alles verloren haben, sind bei Verwandten oder Bekannten untergekommen und werden von der offiziellen Statistik nicht erfasst. Häuser, Schulen, Straßen und Brücken müssen neu gebaut werden. Das Fischereiwesen liegt völlig danieder, denn neben den Häusern der Fischer sind auch Boote, Häfen, Lagereinrichtungen und Transportmittel zerstört. Auch der Reisanbau ist beeinträchtigt, denn viele tiefer gelegene Felder sind von Salzwasser und Schlamm überschwemmt. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern.

Völlig zu Recht bekräftigen daher Politiker und Hilfsorganisationen den Willen und die Notwendigkeit eines langfristigen Engagements. Bundeskanzler Schröder regte das Programm der Partnerschaftsinitiativen an, welches inzwischen von Christine Rau, der Frau des ehemaligen Bundespräsidenten, geleitet wird. Auch Außenminister Joschka Fischer betonte in Indonesien mit Nachdruck die Bereitschaft Deutschlands, sich beim Wiederaufbau in den Katastrophengebieten "langfristig zu engagieren". Deutsche Soldaten blieben so lange "es Sinn macht" und "die Regierung (in Jakarta) es wünscht", so Fischer weiter.

Die Soldaten. Sie waren der indonesischen Staatsmacht - insbesondere ihren Streitkräften - von Anbeginn ein Dorn im Auge. Bis Ende Dezember 2004 war Aceh, das seit 1976 unter dem bewaffneten Konflikt zwischen der Unabhängigkeitsbewegung GAM (Bewegung Freies Aceh) und den indonesischen Streitkräften leidet, fest im Griff des Militärs. Von Mai 2003 bis Mai 2004 herrschte Kriegsrecht, seitdem steht Aceh unter zivilem Notstand. Ausländern war der Zugang in die Provinz seither verwehrt. Doch der Tsunami stellte alles auf den Kopf. Wenige Tage nach der Katastrophe lag ein amerikanischer Flugzeugträgerverband vor der Küste Acehs und versorgte in pausenlosen Einsätzen die Bevölkerung mit Lebensmitteln und Trinkwasser. Hinzu kamen Soldaten aus Australien, Japan, Singapur, Malaysia, Deutschland und einer Reihe weiterer Staaten. Hilflos mussten Indonesiens Militärs zusehen, wie fremde Truppen Sympathiepunkte sammelten, während sie selbst nicht über genügend einsatzfähiges Fluggerät verfügten - nicht zuletzt aufgrund eines amerikanischen Waffenembargos. Während Indonesiens Hardliner ihre Souveränität dahinschwinden sahen, machte die GAM keinen Versuch, ihre Freude zu verbergen. "Thank you world!", war eine ihrer Presseerklärungen betitelt. Seit Jahren verfolgt die GAM das Ziel der Internationalisierung des Konfliktes nach dem Muster Osttimors und erhoffte sich - bislang vergeblich - den Einsatz fremder Truppen und die Durchführung eines Referendums.

Indonesien fügte sich ins Unvermeidliche, drängte aber gleichzeitig auf baldigen Abzug der Truppen: "Drei Monate sind genug, aber je eher sie gehen, desto besser", sagte Vizepräsident Kalla. Das Ausland reagierte verstört, vor allem da nicht klar war, ob sich Indonesien im gleichen Atemzuge auch der vielen zivilen Hilfsorganisationen entledigen wollte. Deren Bewegungsfreiheit wurde nämlich gleichzeitig mit dem Ultimatum massiv eingeschränkt. Alle Helfer müssen sich nun beim Militär registrieren lassen und dürfen sich nur noch in Begleitung des Militärs außerhalb der beiden besonders schwer getroffenen Städte Banda Aceh und Meulaboh bewegen. Begründet wurde dies mit angeblich drohenden Anschlägen auf das Hilfspersonal. Immerhin konnten die indonesischen Militärs so ihr Selbstwertgefühl wieder etwas verbessern.

Bauzaun- mentalität und Bauernfrühstück

Kurz vor Ablauf des Ultimatums am 26. März sind die meisten Einsätze ausländischer Militärs beendet. Der Flugzeugträgerverband Abraham Lincoln hat Aceh längst den Rücken gekehrt, die Japaner verließen diese Woche das Land, und auch die Einsätze der australischen und deutschen Soldaten gehen ihrem Ende entgegen. Keiner der betroffenen Staaten hat sich gegenüber Jakarta offensiv für einen längeren Verbleib der Truppen eingesetzt. Dafür bestand von der Sache her auch wenig Anlass. Tatsächlich hat sich die Lage inzwischen so weit entschärft, dass zivile Organisationen die Aufgaben übernehmen können. Die Menschen müssen inzwischen nicht mehr aus der Luft mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden.

Dennoch sorgen die Muskelspiele der indonesischen Regierung für Verunsicherung bei den zivilen Hilfsorganisationen. MitarbeiterInnen fragen sich, wie eine langfristige Hilfe möglich sein soll, wenn sie ihre Visa nur um jeweils 14 Tage verlängern können? Gerade erst wurde dem australischen Wissenschaftler Edward Aspinall, einem der weltweit führenden Aceh-Experten, trotz gültigen Visums die Einreise nach Indonesien verwehrt. Aspinall war erst kürzlich als Übersetzer in Aceh gewesen. Möglicherweise ist die Verweigerung der Wiedereinreise eine Reaktion der indonesischen Behörden darauf, dass ein anderer australischer Aceh-Experte, Damien Kingsbury, in der Zwischenzeit als Berater der GAM bei den Friedensverhandlungen tätig geworden ist.

Wie ein Damoklesschwert hängt die beständige Drohung über allen Projekten, der militärische Ausnahmezustand könnte wieder hergestellt werden und alle AusländerInnen müssten das Land verlassen. Ende letzter Woche forderte Polizeichef T. Ashikin das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und die International Organization of Migration (IOM) auf, bis zum 26. März das Land zu verlassen. Über die Gründe kann derzeit nur spekuliert werden. Ashikins haarspalterische Erklärung lautete, die Aufgaben beider Werke lägen ja in der Flüchtlingshilfe. In Aceh jedoch gebe es keine Flüchtlinge aus einem Nachbarstaat, sondern vielmehr IDPs (internally displaced people; zu Deutsch: Binnenflüchtlinge), für die UNHCR und IOM nicht zuständig seien.

Die Obdachlosen waren freilich bis dato dankbar für die von UNHCR und IOM geleistete Hilfe, und die Organisationen selbst schienen kein Problem mit deren Status zu haben. Sollte der feine juristische Unterschied zwischen Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen die bereits angesprochenen Empfindlichkeiten Indonesiens in punkto Internationalisierung des Konfliktes getroffen haben? Oder nahm das Militär, das zurzeit die Flüchtlinge in mehreren - auch von deutschen Hilfswerken kritisierten - Großlagern unterbringen möchte, die beiden Organisationen als störende Konkurrenz wahr? Gibt es einen Zusammenhang mit dem für den 25. März von der Regierung angekündigten Masterplan zum Wiederaufbau Acehs? Waren es vielleicht die Warnungen der IOM, Hilfsgelder könnten durch staatliche Stellen korrumpiert werden? Oder war es letztlich nur ein willkürliches Exempel zur Warnung an alle noch in Aceh verbleibenden Organisationen?

"Thank you, world!"

Ein Großteil der Hilfsorganisationen benötigt derlei Warnungen nicht, denn nur die wenigsten hegen den Anspruch, über ihr konkretes Projekt hinaus auch einen Beitrag zur politisch-gesellschaftlichen Lage in Aceh oder gar zur Lösung des bewaffneten Konfliktes zu leisten. Mit großer Effizienz und eisernem Willen bauen sie Verschläge, legen Trinkwasserleitungen oder dergleichen. Dabei kommen sie kaum in Kontakt mit Einheimischen. Mit "Bauzaunmentalität" beschreibt ein Mitarbeiter vor Ort die Situation. Nicht einmal der in Deutschland übliche kulinarische Kontakt zur fremden Kultur durch den Verzehr von Pizza beim Italiener oder Döner beim Türken findet statt. Gegessen wird Mitgebrachtes von zu Hause: "Bauernfrühstück und so", wie besagter Mitarbeiter berichtet.

Die Hilfe der Bundesregierung macht hier keine Ausnahme. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) konzentriert sich auf den Wiederaufbau des zentralen Krankenhauses in Banda Aceh, das von der Flut schwer getroffen wurde. Nicht ohne Stolz erklärte ein Mitarbeiter, man sei schnell genug zur Stelle gewesen, um sich eine "Rosine aus dem Projektkuchen" herauspicken zu können. Der Aufbau und die Wiederinbetriebnahme des Krankenhauses ist ein gleichermaßen nützliches wie medienwirksames Projekt. Und da das Krankenhaus in der Provinzhauptstadt liegt, bleiben logistische Probleme und mögliche politische Verwicklungen auf einem Minimum. Eingeschränkte Bewegungsfreiheit beispielsweise ist nur ein Problem für diejenigen, die außerhalb Banda Acehs Projekte durchführen wollen. In spätestens fünf Jahren soll die

"langfristige Hilfe" des BMZ abgeschlossen sein, hieß es beim Ländergespräch zur Flutkatastrophe im Ministerium.

Drohung mit dem Ausnahmezustand

Bleibt die viel diskutierte Chance auf einen Neuanfang, die der Naturkatastrophe zugeschrieben wurde, also ein Mythos? Nicht ganz. Denn tatsächlich kommt auch auf politischer Ebene einiges in Bewegung. Unter Vermittlung des ehemaligen Präsidenten von Finnland, Martti Ahtisaari, nahmen Ende Januar die Kontrahenten GAM und die indonesische Regierung neue Verhandlungen auf. Indonesien schickte die im Rahmen solcher Gespräche bislang höchstrangigste Delegation, und beide Seiten gaben sich nach den ersten beiden Verhandlungsrunden vorsichtig optimistisch. Über Details der Gespräche ist freilich wenig bekannt. Wie bei den gescheiterten Gesprächsrunden vor zwei Jahren, die in der Verhängung des Kriegsrechts endeten, drängte Jakarta zunächst auf Anerkennung des Einheitsstaates Indonesien und auf eine Sonderautonomie für Aceh als Verhandlungsgrundlage - eine für die nach völliger Unabhängigkeit strebende GAM in dieser Form nicht akzeptable Lösung. Ohne sich dadurch in der Sache näher gekommen zu sein, fand man schließlich mit dem nicht näher definierten Wort "Selbstregierung" eine Begrifflichkeit, mit der beide Seiten leben können, und bewahrte somit die Verhandlungen zunächst vor einem neuerlichen Scheitern. Berichten der indonesischen Seite zufolge, wonach die GAM das Ziel der Unabhängigkeit habe fallen lassen, wurden seitens der GAM dementiert. Im April will man sich zu einer dritten Gesprächsrunde in Helsinki versammeln.

Möglicherweise werden zur nächsten Verhandlungsrunde sogar VertreterInnen der Zivilgesellschaft in Aceh mit an den Tisch gebeten. Dies wäre ein begrüßenswertes Novum, denn bislang scherten sich beide Konfliktparteien wenig um die Ansichten und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung. Dennoch bleibt fraglich, welches Gewicht zivilgesellschaftliche Kräfte am Verhandlungstisch in die Waagschale werfen können. Im bewaffneten Konflikt sind sie ein zu vernachlässigender Faktor, für eine Friedenslösung ist die Beteiligung die Zivilgesellschaft jedoch unverzichtbar.

Doch bislang ist die Zivilgesellschaft Acehs zu schwach, um hier eine tragende Rolle spielen zu können. Sie braucht Stärkung und politische Rückendeckung von außen. Die Fluthilfe- und Partnerschaftsprojekte in Aceh böten hierfür einen hervorragenden Ansatzpunkt. Doch die wenigsten Projekte sind darauf ausgerichtet, diese Chance wahrzunehmen. So wird es voraussichtlich bei der derzeitigen Aufgabenteilung bleiben: hier die humanitäre Hilfe, in Helsinki die Friedensverhandlungen.

Alex Flor, Watch Indonesia!

http://home.snafu.de/watchin/

10. Antikapitalistisches Potenzial geteilt. Portugal: Stimmengewinne für alte und neue Linke

Autor: Henning Böke · Rubrik: Portugal · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:03

Von einem "Linksruck" in Portugal war in verschiedenen Kommentaren zum Ausgang der vorgezogenen Parlamentswahl am 20. Februar die Rede. Den triumphalen Sieg der Sozialistischen Partei PS wird man kaum als solchen bezeichnen können - ihr Chef José Sócrates ist ein Bewunderer von Tony Blair, von dem ihn bloß die Ablehnung des Irakkriegs unterscheidet. Der eigentliche Linksruck bestand in den Stimmengewinnen der beiden linksaußen angesiedelten Parteien.

Die seit 2002 bestehende Koalitionsregierung aus der sich "sozialdemokratisch" nennenden, in Wirklichkeit liberal-konservativen PSD und der rechtskonservativen Volkspartei PP war Mitte 2004 umgebildet worden, als Premierminister José Manuel Durrão Barroso zur EU-Kommission wechselte. Das Kabinett seines Nachfolgers Pedro Santana Lopes war dann von Staatspräsident Jorge Sampaio (PS) nach drei Monaten wegen Unfähigkeit und Verschwendung von Staatsgeldern entlassen worden. Bei der Neuwahl erlitt die PSD erdrutschartige Verluste, und auch die PP musste Einbußen hinnehmen. Dabei unterscheidet sich das Programm der siegreichen PS, die mit 45 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit der Parlamentssitze erzielen konnte, nicht grundlegend von dem, was die Konservativen sich vorgenommen, aber nicht konsequent umgesetzt hatten.

Portugal steckt in einer schweren Wirtschaftskrise. Unter den alten EU-Ländern ist es wirtschaftlich am weitesten zurückgeblieben, aber mit arbeitsintensiver Produktion bei niedrigen Löhnen kann es gegenüber den noch billigeren "Standorten" in Osteuropa nicht konkurrieren. Die Textilindustrie im Norden des Landes leidet unter der Einfuhr billiger Produkte aus China in die EU. Die öffentlichen Dienste arbeiten bürokratisch und ineffizient. Katastrophal ist die Lage im Bildungswesen. So ist die Stimmung allgemein depressiv. Mit Privatisierungen, mehr Wettbewerb, Bürokratieabbau und vor allem technologischen Innovationen will der ehemalige Umweltminister Sócrates den Aufbruch in die "Wissensgesellschaft" managen.

Unbestreitbar ist, dass in Portugal ausgesprochen anachronistische Strukturen existieren. Zwischen Bürgerlichen und Modernisierungssozis besteht Einigkeit darin, dass nur mit neoliberalen Rezepten Abhilfe zu schaffen sei. Die Linke steht vor der Herausforderung, Alternativen zu formulieren. Zwei antikapitalistische Listen standen zur Wahl: die altkommunistische, am orthodoxen Marxismus-Leninismus festhaltende PCP und der 1999 als Dachorganisation der Ex-ML-Partei Demokratische Volksunion, der Revolutionär-Sozialistischen Partei (IV. Internationale) und einer Gruppe von Ex-KP-Intellektuellen gegründete Linksblock BE (Bloco de Esquerda). Beide Formationen traten mit Programmen an, die in vielen Punkten übereinstimmen und sich doch atmosphärisch stark unterscheiden, und beide sind jetzt annähernd gleich stark.

PCP und Linksblock jetzt fast gleich stark

Die PCP scheint nach einem zwanzig Jahre währenden Niedergang die Talsohle vorerst hinter sich zu haben: Das von ihr geführte Wahlbündnis CDU (Coligação Democrática Unitária), an dem sich als Juniorpartner die Grünen beteiligen, gewann gegenüber der Wahl von 2002 landesweit gut 50.000 Stimmen hinzu und erzielte 7,6 Prozent, womit es neuerdings als drittstärkste Kraft knapp vor der rechten PP liegt. In manchen alten kommunistischen Hochburgen, so im Alto Alentejo oder im Distrikt Setúbal, nahm die CDU jedoch trotz absoluter Stimmengewinne auf Grund der höheren Wahlbeteiligung (landesweit 65 gegenüber zuvor 62 Prozent) prozentual ab - hier ist ihr Potenzial offensichtlich ausgereizt. Die Auflösung der Sozialstrukturen, denen die PCP in diesen Regionen zweistellige Ergebnisse verdankt, wird zweifellos weitergehen. Der BE hingegen konnte seine Stimmenzahl mehr als verdoppeln und schnellte von 2,8 Prozent vor drei Jahren auf jetzt 6,4 Prozent empor. In einigen Distrikten konnte er das KP-Bündnis überholen.

Gemeinsam waren den Wahlprogrammen von PCP/CDU und BE Kernpunkte wie Ablehnung von Privatisierungen, Stärkung eines demokratisch kontrollierten öffentlichen Sektors, Forderungen nach Beschäftigungsprogrammen, Anhebung des Mindestlohns und der Renten, Kampf gegen Prekarisierung. Die PCP befürwortet auch eine Zulassung der Abtreibung, für die sich der BE besonders energisch einsetzt. Der BE tritt aber auch für die Freigabe weicher Drogen ein und verlangt die Legalisierung aller ImmigrantInnen, während die drogenpolitischen Positionen der PCP eher denen des bayrischen Gesundheitsministeriums

ähneln und ihre Haltung zur Frage der illegalen Migration auf vorsichtige Reformen zielt. Alles in allem erscheint der BE sowohl moderner als auch radikaler und visionärer als die PCP, die zwar versucht, Zugang zu Themengebieten wie neuen Technologien zu finden, aber im Gesamtbild dennoch altbacken anmutet. Der BE setzt darauf, den in Portugal eindeutig bestehenden Bedarf an Modernisierung und Innovation mit einer Perspektive der Demokratisierung zu verbinden: Internetzugang nicht als Standortfaktor, sondern als BürgerInnenrecht. Dagegen bildet den Schwerpunkt bei der PCP der "patriotische" Schutz der nationalen Wirtschaft.

Fazit: Ein Potenzial an antikapitalistischen WählerInnen von fast 15 Prozent verteilt sich in Portugal jetzt nahezu paritätisch auf eine traditionalistische KP und eine neue radikal-linksalternative Partei. In dieser Teilung drückt sich eine erhebliche soziokulturelle Differenz zwischen alten und neuen oppositionellen Milieus aus. Dass der Löwenanteil der linken Stimmengewinne dem BE zufiel, lässt darauf schließen, dass ein Wachstum des linken Protestpotenzials in erster Linie einer modernen radikalen Linken zugute kommt.

Die absolute Mehrheit der PS hat den Vorteil, dass sich das Problem einer eventuellen Mitverantwortung für deren Politik - der BE hatte vage die Möglichkeit einer bedingten Tolerierung angedeutet - nicht stellt.

Henning Böke

11. "Unser Bündnis besteht aus Überlebenden." Kolumbien: Opposition formiert sich gegen Uribe

Autor: Raul Zelik · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:13

16 Monate vor den Präsidentschaftswahlen in Kolumbien läuft die Kampagne für eine Wiederwahl von Staatschef Ivaro Uribe auf Hochtouren. Zwar sieht die kolumbianische Gesetzgebung keine zweite Amtszeit des Präsidenten vor, doch Uribes Parteigänger begründen ihre Initiative zur Verfassungsreform mit dem Verweis auf die Erfolge der Regierung in Sicherheitsfragen. Dank Uribes Politik der "Demokratischen Sicherheit" könnten hochgefährliche Überlandstraßen wieder befahren werden und selbst die städtische Kriminalität sei zurückgegangen.

In Ciudad Bolívar, in jenen Slums, die die südliche Hälfte Bogotás ausmachen, wird schnell deutlich, dass diese Aussagen nur einen begrenzten Teil der Realität beschreiben. Die Ziegel- und Kartonsiedlungen an den trockenen Rändern der Hochebene von Bogotá bilden eine von offiziellen Statistiken kaum erfasste und von den Medien ignorierte Stadt. Dabei leben vier von acht Millionen BogotanerInnen hier, in den Elendsquartieren im Süden der Hauptstadt.

Nora Jiménez betreut eine von sieben selbstorganisierten Armenküchen, die die Frauenorganisation Organización Femenina Popular (OFP) in Ciudad Bolívar unterhält. Fast beiläufig kommt sie auf die Ermordungen im Stadtteil zu sprechen. "Hier gibt es viele Paramilitärs. Bei uns sind erst vor ein paar Tagen zwei Jugendliche erschossen worden. In der Siedlung nebenan waren es vor kurzem vier. In einem anderen Barrio von Ciudad Bolívar allein seit vergangener Woche 20." Sie lacht auf. "Bei uns stirbt man nicht einzeln, sondern paarweise."

Die Frauen von der OFP, einer der wichtigsten unabhängigen Frauenorganisationen Kolumbiens, berichten, dass die Vorgehensweise der Todesschwadronen keinem eindeutigen System mehr zu folgen scheint. Die so genannten "sozialen Säuberungen" treffen ganz verschiedene Leute: Vertriebene aus Kriegsregionen, Kleinkriminelle, Homosexuelle oder Straßenhändler, denen die Angehörigen der AUC-Paramilitärs (1) ihren Verdienst abnehmen wollen. In den meisten Fällen jedoch handelt es sich bei den Opfern ganz einfach um Jugendliche, die sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufhalten. Offensichtlich zielt der Paramilitarismus darauf, ein diffuses Klima der Angst zu erzeugen. "Man versucht nicht aufzufallen und sperrt sich abends um acht zu Hause ein", sagt Nora Jiménez. "Nachts hörst du eigentlich immer irgendwo Schüsse."

Der Rundgang durchs Viertel macht klar, welches Ziel dieser blinde Terror verfolgt. Von Stadtplanern in der ganzen Welt wird Bogotá gefeiert, weil es den letzten Kommunalregierungen gelungen ist, die Verwahrlosung der Innenstadt zu stoppen. Eine neues Verkehrssystem ist eingerichtet worden, die Straßen der Altstadt laden wieder zum Ausgehen ein, die Armut scheint weniger erdrückend. In Ciudad Bolívar lässt sich jedoch die Kehrseite davon beobachten. Zwischen unverputzten Ziegelhütten entstehen täglich neue Plastikverschläge, in denen ganze Familien in einem einzigen brusthohen Raum wohnen. Auf 2.600 Meter Höhe und bei fast täglich fallendem Niederschlag sind Kleider und Decken ununterbrochen feucht. Die Aktionen der Paramilitärs sorgen dafür, dass aus diesem Elend keine Proteste erwachsen können.

So gesehen weist die Bilanz der Regierung Uribe zwei unterschiedliche Seiten auf. Es gibt weniger Entführungen, aber dafür eher mehr Verschwundene. Militär- und Polizeipräsenz haben zugenommen, doch die Morde von Ciudad Bolívar oder in den von Paramilitarismus kontrollierten Landstrichen bleiben in der Regel unregistriert. Nach zweieinhalb Jahren Politik der "Demokratischen Sicherheit" ist Kolumbien sogar hinsichtlich der Sicherheitslage sozial polarisiert wie nie zuvor.

Immer irgendwo Schüsse

Insofern ist wenig verwunderlich, dass die kolumbianischen Nichtregierungsorganisationen nichts so sehr fürchten wie eine Wiederwahl Uribes, die von der Rechten angestrebt und offensichtlich auch von Washington befürwortet wird. Trotz des "Waffenstillstands" zwischen Regierung und den AUC-Paramilitärs (s. Kasten) - ein eigenartiges Konstrukt, immerhin haben die Paramilitärs nach eigenen Aussagen noch nie gegen Armee und Polizei gekämpft - gehen die Morde an politischen Aktivisten ebenso wie die systematischen Vertreibungen der Zivilbevölkerung weiter. Mehr als 6.000 Menschen wurden in politischen Massenverhaftungen zwischen 2002

und 2004 willkürlich verhaftet und sitzen zum Teil seit Jahren ohne Beweise in Haft. Die Gesellschaft sei militarisiert, die Justiz geschwächt und das paramilitärische Projekt nicht demobilisiert, sondern in den Staatsapparat integriert worden, heißt es in einer im Februar veröffentlichten Erklärung von 83 Menschenrechtsorganisationen.

Der einzig positive Aspekt in diesem Zusammenhang scheint, dass die Uribe-Regierung eine gewisse Einigung der tief zerstrittenen kolumbianischen Opposition ermöglicht hat. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt es ernsthafte Bemühungen für eine breit getragene Oppositionskandidatur. "In ganz Lateinamerika spürt man den Wind der Veränderung", erklärt Gloria Cuartas, die mit zahlreichen Friedenspreisen ausgezeichnete ehemalige Bürgermeisterin der nordkolumbianischen Kleinstadt Apartadó. "In Venezuela, Brasilien, Argentinien und Uruguay bemüht man sich um die lateinamerikanische Einheit. In Ecuador und Bolivien stehen zwar nicht die Regierungen für diesen Trend, aber es gibt starke Basisbewegungen. Nur Kolumbien scheint eine Ausnahme zu sein."

Um das zu ändern, setzt sich Gloria Cuartas für die Kandidatur des ehemaligen Verfassungsrichters Carlos Gaviria und die von verschiedenen linken Organisationen getragene Alternativa Democrática ein. Gloria Cuartas, die aus der Unión Patriótica stammt und miterlebte, wie ihre Partei zwischen 1985 und 1997 durch Anschläge parastaatlicher Todesschwadronen mehr als 4.000 Mitglieder sowie sämtliche Präsidentschaftskandidaten und Abgeordnete verlor, macht sich dabei keine Illusionen über die Spielräume der politischen Opposition: "Unser Bündnis besteht aus den Überlebenden. Wir sind diejenigen, die dem politischen Genozid entkommen sind. Uns ist klar, dass in Kolumbien keine demokratischen Verhältnisse herrschen. Aber man muss der Politik Uribes - ich würde sie als faschistisch bezeichnen - öffentlich etwas entgegen setzen. Wir haben keine andere Wahl. Uribe verfolgt ein Projekt völliger ökonomischer, sozialer und politischer Kontrolle der Gesellschaft. Die Legalisierung und Integration der Paramilitärs in den Staat wird auf verschiedensten Ebenen ein rechtsradikales, autoritäres Regime etablieren."

Interessanterweise stößt dieser Aspekt von Uribes Politik auch in Teilen der beiden staatstragenden Parteien zunehmend auf Widerstand. Uribes Kandidatur 2002 wurde zwar von wichtigen Fraktionen der Konservativen und Liberalen unterstützt, doch als die Regierung Mitte 2003 ein Referendum zur Verschlankung von Staat und Justizwesen ansetzte und nebenbei auch wichtige Bürgerrechte beseitigen wollte, formierte sich auch in den großen Parteien Widerstand gegen den Präsidenten. Der sozialdemokratische Flügel der Liberalen Partei um die afrokolumbianische Abgeordnete Piedad Córdoba gründete gemeinsam mit GewerkschafterInnen und linken Organisationen die Gran Coalición Democrática, die "Große demokratische Koalition". Nach einem ohne mediale Unterstützung geführten Wahlkampf gelang es dem Bündnis im Oktober 2003 nicht nur, der Uribe-Regierung bei ihrem Referendum eine empfindliche Niederlage zuzufügen, sondern die Protestkoalition ebnete auch mehreren Mitte-Links-Kandidaten bei den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen den Weg. Unter anderem die Bürgermeisterposten von Bogotá, Medellín und Barrancabermeja sowie das Gouverneursamt der Region um Cali fielen an alternative Kandidaten, die zwar die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt haben, aber doch Uribes Machtposition symbolisch einschränken.

Empfindliche Niederlage zugefügt

So gesehen stehen die Chancen der Opposition, trotz der hohen Umfragewerte Uribes eine zweite Amtszeit des Präsidenten zu verhindern, gar nicht schlecht. Die entscheidende Frage lautet, wer die Opposition glaubhaft vertreten könnte. Die Führung der Liberalen Partei wird die von vielen Linken befürwortete gemeinsame Kandidatur der liberalen afrokolumbianischen Abgeordneten Piedad Córdoba mit Verfassungsrichter Carlos Gaviria sicher nicht zulassen. Dafür steht Córdoba in ihrer Partei zu weit links. Ohne die sozialdemokratischen Strömungen der Liberalen jedoch hat eine alternative Kandidatur keine großen Aussichten. Auf der Konferenz der Gran Coalición Democrática vergangenes Wochenende in Bogotá wurde deutlich, dass wohl auch die bevorstehende Kandidatenkür von jenem politischen Geschacher bestimmt sein wird, das die öffentliche Landschaft Kolumbiens seit Jahrzehnten so nachhaltig geprägt und dazu geführt hat, dass sich regelmäßig 50-70 Prozent der Bevölkerung bei Wahlen enthält.

Unverbrauchtes Gesicht gesucht

"Wir müssen weniger über Personen als über Inhalte sprechen", sagt Hector Moncayo, Mitherausgeber der kolumbianischen Ausgabe von Le Monde Diplomatique am Rand der Konferenz. "Es gibt einen wachsenden

Flügel der Rechten, die für einen ‚Uribismus ohne Uribe' plädieren. Das Image des Präsidenten hat zuletzt sehr gelitten. Die eher städtische, technokratische Rechte sucht deshalb nach einem neuen, unverbrauchten Gesicht. Uribe stützt sich hingegen zunehmend auf die ländlichen Eliten und die mit ihnen verbündeten Paramilitärs. Vor diesem Hintergrund dürfen wir uns nicht auf den Präsidenten fixieren. Es geht letztlich nicht nur um Repression, sondern um ein neoliberales Projekt, das auch von einem Politiker der Liberalen Partei oder einem vermeintlichen Sozialdemokraten fortgeführt werden kann."

Raul Zelik, Bogotá

Anmerkung:

1) Autodefensas Unidas de Colombia: Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens.

12. Sturmtruppen des Faschismus. Italienische Naziskins terrorisieren Linke

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:06

Vor zwei Jahren, am 16. März 2003, wurde Davide Cesare in Mailand von Faschisten ermordet. Davide, genannt Dax, wurde nur 26 Jahre alt. Er war Mitglied von Rifondazione Comunista (RC) und Aktivist im Sozialzentrum Orso, einem bekannten Stützpunkt des militanten Antifaschismus. (1) Der Mord war der Auftakt einer bis heute andauernden Serie faschistischer Gewalttaten gegen Linke, bei der es nur dank glücklicher Umstände keine weiteren Toten gab.

Die Behauptung der Mörder, sie hätten in Notwehr gehandelt, wurde vor Gericht eindeutig widerlegt. Davide Cesares Tod war vielmehr eine "äußerst brutale Hinrichtung", so die Tageszeitung La Repubblica (21.3.2003). Als Dax und zwei Gefährten, Alex und Antonino, am Abend des 16. März 2003 aus einer von Linken frequentierten Bar in der Via Brioschi traten, wurden sie sofort von drei Skins in schwarzen Bomberjacken mit Messern angegriffen. Die Täter, Giorgio Morbi und seine Söhne Federico und Mattia, gehören keiner Organisation an, sie sind aber offensichtlich überzeugte Nazis: In ihrer Wohnung fanden sich NS-Devotionalien und eine Mussolini-Büste, ihr Hund hört auf den Namen Rommel. (2) Dreizehn Mal stach Federico Morbi auf Dax ein, verletzte ihn am Hals und am Bauch; als sein Opfer schon am Boden lag, versetzte er ihm noch sechs Stiche in den Rücken - ganz offensichtlich in der Absicht, ihn zu töten.

Derweil verwundeten der Vater und der Bruder Dax' Begleiter ebenfalls mit Messerstichen; Alex wurde an der Lunge verletzt. Das Mailänder Strafgericht verurteilte Federico Morbi im Mai 2004 zu 16 Jahren und acht Monaten, seinen Vater zu drei Jahren und vier Monaten Haft; der minderjährige Mattia erhielt drei Jahre, musste aber nicht ins Gefängnis.

Trotz seiner schweren Verletzungen hätte Dax möglicherweise gerettet werden können. Aber die sofort gerufenen Ambulanzen wurden von der Polizei zunächst nicht durchgelassen. Nach Augenzeugenberichten, die auch von den Filmaufnahmen eines Anwohners bestätigt werden, hat die Polizei die Rettung der Schwerverletzten absichtlich behindert. Als Dax ins Krankenhaus San Paolo eingeliefert wurde, war er bereits verblutet. Leute aus dem Sozialzentrum, die im Krankenhaus etwas über den Zustand ihrer Genossen erfahren wollten, wurden von der Polizei verprügelt. Über den brutalen Polizeieinsatz in der Notfallstation schreibt das antifaschistische Ermittlungskomitee in einer Dokumentation: "Blut auf dem Boden, Verletzungen im Gesicht und am Kopf, ausgeschlagene Zähne und gebrochene Nasen, gebrochene Arme und Handgelenke, (...) Verletzte in Handschellen, deren Wunden genäht wurden, sexuelle Belästigungen, Prügel mit Baseballschlägern. Das ist die erschreckende Kontinuität zwischen dem Mord durch Faschisten und dem Polizeieinsatz, begleitet von Rufen wie ‚Scheiß-Kommunisten`, ‚Zecken` und ‚einer weniger, wie Carlo` ..."; gemeint war Carlo Giuliani, der Tote von Genua.

Die kommunistische Tageszeitung Liberazione sah in Dax auch ein erstes Opfer des Irak-Krieges - einen Tag vor seinem Tod erlebte Europa die großen Demonstrationen gegen den kurz bevorstehenden Krieg. Berlusconis Italien gehörte und gehört zur "Koalition der Willigen", die mitregierende neofaschistische Partei Alleanza Nazionale und mehr noch die außerparlamentarische extreme Rechte hetzt gegen die KriegsgegnerInnen: Das "Vaterland" befindet sich im Krieg, und Opposition ist für sie Hochverrat.

Anschläge, Überfälle, Hassparolen

Dass der Hass auf den Pazifismus und der Wille, an der Heimatfront für Ordnung zu sorgen, zu den Motiven der rechten Schläger gehört, ist offensichtlich. Mehr noch: Der Kriegsbeginn veranlasste die extreme Rechte, ihre Angriffe gegen die Linke deutlich auszuweiten. Diesen Zusammenhang sehen auch die Mailänder AntifaschistInnen in ihrem kürzlich veröffentlichten "Report über den Squadrismo der Jahre 2003/2004". (3) Das Wort Squadrismo erinnert an die Aktionen der faschistischen Stoßtrupps (squadre) der 1920er Jahre, die mit ihrem Terror gegen die Arbeiterbewegung Mussolinis faschistischem Regime den Weg ebneten. Sicherlich gibt es bedeutende Unterschiede zwischen der politischen Situation heute und vor über 80 Jahren; insbesondere handeln die faschistischen Schlägertrupps derzeit auf eigenen Rechnung und nicht, wie 1920/21, im direkten Auftrag der Herrschenden.

Dennoch ist der Verweis auf den historischen Faschismus berechtigt. Denn die Faschisten sind heute wie damals in Schlägertrupps organisiert, und sie suchen sich ihre Opfer immer öfter gezielt aus. Der Mailänder Report listet eine Vielzahl faschistischer Gewalttaten und Propagandadelikte auf, darunter Brandanschläge und Überfälle auf Sozialzentren, besetzte Häuser, Büros von Rifondazione Comunista, Linksdemokraten (DS), des Gewerkschaftsbundes CGIL oder der Partisanenvereinigung ANPI; wo es den Stoßtrupps gelingt, in die Räume einzudringen, zerstören sie Möbel und Computer; fast immer hinterlassen die Täter auch ihre politische Botschaft in Form von aufgesprühten Hakenkreuzen und Hassparolen; antisemitische und rassistische Hetze findet sich an den Mauern in vielen Stadtzentren.

Dass die Täter sich als Erben der faschistischen Vergangenheit sehen, wird an der Auswahl weiterer Angriffsziele deutlich: Dazu gehören Mahnmale für die Opfer deutscher Kriegsverbrechen oder Denkmäler für die KämpferInnen der Resistenza. Am 8. September 2003, dem 60. Jahrestag der italienischen Kapitulation, brannte mitten in Rom die Bühne, auf der Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi eine Ansprache halten sollte - zur Erinnerung an den Beginn des Befreiungskampfes gegen den Faschismus und die deutsche Besatzung.

Deutlich zugenommen haben auch die Zahl und die Brutalität tätlicher Angriffe auf gezielt ausgewählte Personen. Dazu gehören MigrantInnen, Punks, Schwule und Lesben, vor allem aber den Rechten verhasste linke AktivistInnen. Etliche Male konnten sich die Angegriffenen nur durch Flucht vor schweren Verletzungen oder Schlimmerem retten.

Im August vergangenen Jahres eskalierten die Angriffe, vor allem in der Lombardei. Am 6. August griffen Nazis das Sozialzentrum COX18 in der Via Conchetta in Mailand an und verletzten sechs Genossen, drei davon so schwer, dass sie stationär behandelt werden mussten. Auch in Bergamo wurden drei Linke von Nazis mit Messern verletzt; in Lucca (Toscana) fügten fünf Nazis einem Linken durch Schläge und Fußtritte fünf Brüche im Gesichtsbereich zu. Hinzu kamen weitere Angriffe auf Mailänder Sozialzentren, darunter ein Brandanschlag.

Nicht nur in diesen Fällen machten die Täter durch Sprechchöre oder Wandparolen deutlich, welche Ziele sie verfolgen; in Asti begleiteten sie ihren Angriff auf einen Aktivisten des Sozialzentrums mit einem brennenden Hakenkreuz. Dennoch werden in den Polizeiberichten gezielte Gewalttaten von Nazis immer wieder als Begleiterscheinungen von Streitigkeiten unter Jugendlichen oder Bandenkriegen dargestellt. Schon beim Mord an Dax hatte die Polizei gezielt Falschmeldungen verbreitet: Nicht sie, sondern die Linken hätten die Ambulanzen behindert und Sanitäter angegriffen - eine glatte Lüge. Eher als Untertreibung erscheint da die alte Parole "Polizisten schützen die Faschisten" - viele sind selber welche.

Messerattacken nehmen zu

In Teilen der Presse werden die polizeilichen Falschmeldungen oft bereitwillig übernommen, mitunter auch durch eigene Erfindungen übertroffen. So verbreiteten Zeitungen wie Il Giorno und Il Giornale gezielte Hysterie über die antifaschistische Demonstration am 2. Oktober 2004, mit der der Welle faschistischer Gewalt entgegengetreten werden solle. Il Giorno schrieb von einer "Stadt in Angst" - vor den AntifaschistInnen. Das trug mit dazu bei, dass die radikale Linke auf dieser Demo weitgehend unter sich blieb. Wenig mehr als 2.000 Menschen demonstrierten gegen den faschistischen Straßenterror, darunter auch Hardcore-Antiimps, deren tumbe Bekenntnisse zum bewaffneten irakischen "Widerstand" in der medialen Nachbereitung gegen die gesamte Demo ausgeschlachtet wurden.

Über die alltägliche faschistische Gewalt finden sich in den Mainstream-Medien allenfalls Kurzmeldungen in den Lokalteilen. Schon deshalb ist die von organisierten AntifaschistInnen geschaffene Gegenöffentlichkeit notwendig und verdienstvoll. Der schon erwähnte Report über den Squadrismo enthält nicht nur viele Fakten, er zeigt auch Verbindungslinien zwischen den Taten des faschistischen Mobs und dem politischen Klima, das solche Taten begünstigt.

"Postfaschisten" als geistige Brandstifter

Neben der vom Regierungslager betriebenen Kriegspropaganda und antilinken Hysterie kommen als drittes Element regelmäßig geschichtspolitische Vorstöße hinzu, die auf eine immer weitergehende Rehabilitierung des historischen Faschismus zielen. Jüngstes Beispiel ist ein von Alleanza Nazionale (AN) eingebrachter und von den übrigen Parteien des regierenden Rechtsblocks unterstützter Gesetzentwurf, der die rechtliche

Gleichstellung von Mussolinis Veteranen mit den KämpferInnen der Resistenza zum Ziel hat. Senator Oreste Tofani (AN), von Haus aus Geschichtslehrer, sagte zur Begründung, man wolle den Verteidigern der Sozialrepublik von Salò "ihre Würde als Menschen und Soldaten" wiedergeben - und ihnen für ihren Dienst am Vaterland eine Rente zahlen. Eine dreiste Provokation: schließlich waren die "legitimen Kämpfer" nicht nur an der blutigen Verfolgung der PartisanInnen beteiligt, sie unterstützten auch die deutschen Besatzungstruppen bei der Gefangennahme und Deportation von Jüdinnen und Juden.

Zu allem Überfluss rechtfertigen die angeblich geläuterten "Postfaschisten" ihre parlamentarischen Initiativen als Beitrag zu "nationaler Versöhnung". Dass sie vielmehr die offenen Bewunderer Mussolinis in Hochstimmung versetzen und die bewaffneten Naziskins unter ihnen zu weiteren gewalttätigen Strafexpeditionen gegen die Linke ermutigen, liegt auf der Hand.

Js.

Anmerkungen:

1) Orso bedeutet Bär; der Name ist gleichzeitig die Abkürzung für Officina della Resistenza Sociale ("Werkstatt des sozialen Widerstandes").

2) Der deutsche Feldmarschall Erwin Rommel, bis heute nicht nur von Altnazis als "Wüstenfuchs" verehrt, gab nach der italienischen Kapitulation am 8. September 1943 völkerrechtswidrige Befehle zur Unterdrückung der kriegsmüden italienischen Bevölkerung.

3) zu beziehen über orso@ecn.org

13. Genauso rassistisch und antisemitisch wie Männer. Immer mehr rechte Frauen organisieren sich

Autor: Kirsten Döhring, Renate Feldmann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:17

Am 5. Juni 2004 überfielen fünf Neonazis, davon zwei Frauen, in Frankfurt/Oder einen 23-Jährigen. Sie entführten ihn in eine Wohnung und folterten ihn dort anderthalb Tage lang durch Prügel und Schläge, durch ein heißes Bügeleisen und durch Vergewaltigungen mit Stöcken und einer Klobürste. Derzeit findet vor dem Landgericht Frankfurt/Oder der Prozess gegen die Männer wegen schwerer Körperverletzung und Vergewaltigung statt, die Frauen sind wegen Beihilfe angeklagt.

In der Kameradschaft Süd, die einen Sprengstoffanschlag gegen die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München geplant hatte, waren mindestens drei Frauen beteiligt. Eine von ihnen spionierte als Angestellte bei der Postbank die Daten von PDS und anderen linken Organisationen aus. Bei vielen Aufmärschen der Freien Kameradschaften scheint die Zeit vorbei, in der immer nur Männer die Reden halten. In letzter Zeit spricht immer wieder eine Frau namens Yvonne Mädel aus dem thüringischen Meiningen. 17 junge Frauen formieren sich im Juli 2002 in Greifswald zur so genannte 1. nationalen Frauendemo. Ihre Parolen: "Todesstrafe für Kinderschänder" und "Bessere Bildung für deutsche Kinder".

Die meisten dieser und ähnlicher Meldungen sind nicht in bekannten Tageszeitungen zu lesen, es sei denn sie sind wirklich spektakulär wie die Beispiele in München und Frankfurt/Oder. Und selbst diese haben keine Diskussion über die Rolle von Frauen innerhalb der extremen Rechten angestoßen. Dabei kann weder von einem Rückgang der extremen Rechten insgesamt noch von einer Abnahme der daran beteiligten Frauen geredet werden. Obwohl genaue statistische Erhebungen nach wie vor nicht existieren, kann davon ausgegangen werden, dass rechte Straftaten zunehmen und die Beteiligung von Frauen steigend ist. Mitte der 1990er-Jahre lag nach Auskunft eines Mitarbeiters des Bundeskriminalamtes der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen bei fremdenfeindlichen Straftaten bei 4,8 Prozent. (1) Eine Umfrage bei den Verfassungsschutzämtern der einzelnen Bundesländer ergab, dass der Frauenanteil in der gewaltbereiten extrem rechten Szene in den einzelnen Bundesländern stark unterschiedlich (zwischen 5 Prozent in Schleswig-Holstein und 20 Prozent in Hessen) eingeschätzt wird. (2) Genaue Zahlen liegen lediglich aus dem thüringischen Innenministerium vor: 10 Prozent der registrierten derartigen Straftaten im Jahr 2000 gingen von Frauen aus.

Die Mitgliederzahlen extrem rechter Parteien weisen folgende Frauenanteile auf: Von den Mitgliedern der Deutschen Volksunion sind 7 Prozent weiblich, bei den Republikanern 19 Prozent. Die Frauenanteile in den Bundes- und Landesvorständen extrem rechter Parteien liegen im Durchschnitt bei 20 Prozent. Gewählt werden diese Parteien von einem Drittel Frauen und zwei Dritteln Männern. In extrem rechten Gruppen, Cliquen und Organisationen des subkulturellen Spektrums sind schätzungsweise etwa ein Viertel bis zu einem Drittel Frauen, Tendenz steigend. Dass es zwischen Männern und Frauen kaum quantitative Unterschiede bei den Einstellungspotenzialen gibt, d.h. Frauen und Männer ähnlich rassistisch, nationalistisch und antisemitisch denken, belegen verschiedene Studien. (3) Es kann also davon ausgegangen werden, dass Frauen nicht weniger extrem rechten Positionen anhängen. Lediglich die Form, rechte Einstellungen auszuleben, ist geschlechtsdifferenziert.

Kein Anhängsel, sondern rechte Akteurin

Eine neue Entwicklung innerhalb der extremen Rechten ist die vermehrte Organisierung von Frauen in eigenständigen Frauengruppen und -organisationen. Die meisten Frauenorganisationen der extremen Rechten sind regional tätig. Sie nehmen an Demonstrationen teil, versuchen sich bundesweit über Interviews in Fanzines und über eigene Homepages bekannt zu machen. Manche versuchen sich zu vernetzen. Strukturell und inhaltlich ähneln sich die Frauengruppen. Lediglich punktuell lassen sich Unterschiede feststellen, so in der Positionierung über die Stellung der Frauen. Die meisten der Gruppen hängen traditionellen Vorstellungen von der Rolle der Frau als Mutter und als Partnerin des Mannes an. Die GDF (Gemeinschaft Deutscher Frauen) z.B. sieht "Mann und Frau (als) eine sich ergänzende Einheit. (...) Die deutsche Frau durfte einst ihrem Volk noch Mutter sein und stand gleichgeachtet neben dem Mann - in gegenseitiger Ergänzung. (...) Gebt dem

deutschen Volk seine Mütter wieder!" (4) Die erst 2004 in Erscheinung getretene Mädelgruppe der Kameradschaft Tor Berlin sagt: "Nach unseren Vorstellungen ist die Frau unentbehrliche Kameradin des Mannes. Sie ist mit ihrem Denken und Handeln verantwortlich für das Wohlergehen Ihres Volkes. Sie ist die Tochter ihres Volkes und vor allem die Mutter des Volkes. (...) Wir betonen die Verschiedenartigkeit der Geschlechter und tragen dieser Verschiedenartigkeit in unserem natürlichen Frauenbild Rechnung. (...) Jeder von beiden muss den Platz einnehmen, der ihnen von der Natur vorgegeben ist. Das ist Gleichberechtigung!" (5)

Als einzige aller extrem rechten Frauenorganisationen beziehen Die Mädelschar und die Frauen in der F.A.F. (Fränkische Aktionsfront) modernere Positionen. Die Frauen in der F.A.F. kritisieren zwar, dass Frauen oft nur als "Anhängsel der Männer bzw. auch als nicht vollwertig politische Personen von den männerdominierten Kameradschaftsabenden und Aktionen wahrgenommen worden sind". Auch wenn sie sich meist mit so genannten Frauenthemen wie "Mutterschaft, Abtreibung, Kinder und Familie" beschäftigen, bestimmen sie Frauenthemen viel weit reichender als andere Gruppen. "Wir wollen auch für uns als nationale Frauen Positionen festlegen, die sich mit Militanz, Knast, Kultur und eben allen anderen Dingen politisch auseinander setzen, die für die Männer in der F.A.F. genauso relevant sind." Ihr Idealbild ist nicht das vom "Flintenweib" und auch nicht das vom "Heimchen am Herd". Sie streben "die moderne, anständige, revolutionäre, selbstbewusste, nationale, deutsche Frau" an. (6)

Frau als Kameradin des Mannes

Die Mädelschar kritisiert die rechte Szene auch als "Männerdomäne, in welcher es die Frauen sehr schwer haben, sich zu behaupten", bezieht aber am deutlichsten Stellung für eine Geschlechteregalität. Sie will "die Kameradinnen aus dem Schatten ihrer Freunde herauslocken und aus ihnen selbstständig arbeitende Aktivistinnen machen", sieht Frauen als den Männern gleich gestellt an und unterstützt sie darin, selbstbewusste Kämpferinnen für "Volk und Vaterland" zu werden. (7) Stünde die Kritik der Mädelschar an männlicher Dominanz in der eigenen Szene nicht im völkisch-rassistischen Kontext, wären Parallelen zu linken feministischen Positionen zu erkennen.

Die seit 1999 zunehmende Organisierungswelle von extrem rechten Frauen steht in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext. Frauen sind durch den Einfluss der Frauenbewegung selbstbewusster geworden und haben vielfältigere Lebensentwürfe entwickelt. Traditionelle Entwürfe vermischen sich mit fortschrittlicheren, Kombinationen von Berufstätigkeit, Partnerschaft, politischer Aktivität und Mutterschaft sind für viele Frauen von Bedeutung. Dies trifft auch auf neonazistische Frauen zu. Hinzu kommt ein Erstarken extrem rechter Strukturen, die sich ausdifferenzieren und vernetzen.

Die Organisierung von rechten Frauen bedeutet zwar einen positiven Bezug auf bestimmte Frauen, ist aber klar abgegrenzt zu denjenigen, die nicht dazu gehören sollen. Diese "Schlampen", "Schlägermädels", "Mitläufertucken" oder "Fickhennen" werden abgewertet. Rechte Frauen schaffen sich eigenständige Strukturen, um innerhalb der Szene sichtbar zu werden. Ihre rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Aktivitäten gehen somit auf ihr Konto. Sie können als Erfolg der Frauen verbucht werden und sie bekommen Anerkennung in den eigenen Reihen. Die Frauen werten sich somit selbst auf und leisten einen Beitrag für die Szene. Sie organisieren sich nicht auf Grund von Fraueninteressen, sondern schließen sich zusammen, um extrem rechte Inhalte durchzusetzen und so allen Neonazis, auch Männern, zuzuspielen.

Rechte Frauen sind ernst zu nehmende politische Akteurinnen, die extrem rechte Ideologien mit unterschiedlichen - auch geschlechterdifferenzierten - Schwerpunkten produzieren, (mit)tragen, praktizieren und verbreiten. Und sie sind in der gemischtgeschlechtlichen Neonazi-Szene von zunehmender Bedeutung. Das wird an der Organisierung von Frauen deutlich. Frauen denken genauso rassistisch, antisemitisch und nationalistisch wie Männer und verbreiten diese Positionen. Sie sind somit genauso verantwortlich für eine gesellschaftliche Orientierung nach rechts.

Kirsten Döhring, Renate Feldmann

Unter dem Titel "Akteurinnen und Organisationen. Die Involviertheit von Frauen in der extremen Rechten" ist der Artikel in "Braune Schwestern. Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten" erschienen (Unrast-Verlag, 2005). Der Text wurde für die ak stark gekürzt und redaktionell bearbeitet. Die beiden Kästen zu rechten Frauenpublikationen und Musikerinnen sind ebenfalls dem Artikel entnommen.

Anmerkungen:

1) Vgl. Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 1 und 2/1994, S. 6

2) Vgl. Arakeljan, Jana: "Qualitatives Geschlechterverhältnis in rechtsextremistischen Zusammenhängen in den jeweiligen Bundesländern/Regionalbereichen"; unveröffentlichte Fragebogenerhebung unter Verfassungsschutzämtern, Sommer 2000

3) Vgl. u.a. Niemeyer, Oskar: "Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland", in: Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1/98

4) www.g-d-f.de, 26.7.04

5) www.maedelgruppe-kstor.tk, 28.7.04

6) Interview mit den Frauen der F.A.F., Landser, Nr. 8, S. 51-53

7) Mädelschar Deutschland, in: Feuer & Sturm, Nr. 9, 2000, S. 69-71

14. "Rechte Frauen sind keine eingeschüchterten Mäuschen." Interview mit Renate Bitzan über Andockstellen zwischen Rassismus und Antisexismus

Interview mit Renate Bitzan (Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus) über Andockstellen zwischen Rassismus und Antisexismus

Autor: Interview: Nicole Vrenegor · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:08

ak: Seit über zehn Jahren beschäftigst du dich wissenschaftlich mit dem Komplex "Rechtsextremismus und Frauen". Warum ist die frauenspezifische Perspektive auf das Thema noch aktuell?

Renate Bitzan: Es ist leider nach wie vor so, dass viele WissenschaftlerInnen, die zu Rechtsextremismus forschen und publizieren, dies nicht "geschlechtersensibel" tun. Das heißt, die meisten sprechen "allgemein" über die extreme Rechte und haben dabei aber nur Männer im Kopf. Nur wenige differenzieren und gehen überhaupt auf die Tatsache ein, dass Frauen dort mitmischen - wenn auch in der Minderheit. Und dass sie das tun, ist ja eher ein wachsendes als ein sich verringerndes Phänomen.

Der Frauenanteil in rechtsextremen Parteien liegt im Durchschnitt bei 20 Prozent, in der gewaltbereiten extremen Rechten liegt er bei etwa 5 bis 10 Prozent. Wäre es nicht sinnvoller, den "Mann" anstelle der "Frau" in den Focus der Analyse zu stellen?

Ich fände es super, wenn es mehr Forschung zu rechten Männern oder Männlichkeitskonzepten in der Rechten gäbe. Da gibt es zwar schon einiges (von Oliver Geden, Joachim Kersten, Kurt Möller oder Lothar Böhnisch zum Beispiel), aber viel zu wenig bisher. Allerdings halte ich das nicht primär für meine Aufgabe. Da sollen sich mal ruhig die Männer vordrängeln ... Perspektivisch fände ich es durchaus gut, wenn es vermehrt zu Kooperationen oder gemeinsamen Debatten käme, um gerade auch das Ineinandergreifen von Entwicklungen bei rechten Männern und Frauen, also die Verhältnisse und Prozesse mehr in den Blick zu kriegen. Ich fürchte, dass uns in Zukunft verstärkt das Phänomen der "rechten Familien" beschäftigen wird, also wo beide Elternteile entsprechend aktiv drauf sind und die nächste Generation in ihrem Sinne heranziehen. Auch dafür wird es sinnvoll sein, die Möglichkeiten sowohl der Frauen- als auch der Männerforschung zu nutzen, weiterzuentwickeln und zusammenzubringen. Dennoch denke ich nicht, dass wir aufhören sollten mit Analysen, die auch mal die Frauen ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellen.

Welchen Stellenwert haben sogenannte Frauenthemen für rechte Frauen? Welches Frauenbild haben rechte Frauen?

Für die meisten sind das nicht die Themen, über die sie sich vorrangig politisch verorten. Themen, die im direkteren Sinne mit Nationalismus und Rassismus zu tun haben, sind da ganz klar wichtiger. Sie betonen auch immer wieder, dass es für sie ganz oben steht, "der nationalen Sache zu dienen". Trotzdem gibt's etliche, die sich - quasi unterhalb dieser grundsätzlichen Zuordnung - mit sogenannten frauenspezifischen Themen befassen, sei es mit sexueller Gewalt, sei es mit Fragen der Vereinbarkeit von Mutterrolle und Berufstätigkeit, oder auch mit der Pflege "germanischen Brauchtums" (welche sie häufig als ihren speziellen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung des "Deutschtums" begreifen).

Das vertretene Frauenbild rechter Frauen ist nicht einheitlich: Die Ideale reichen von der militanten Kämpferin über die stolze "arische" Mutter bis zur begehrenswerten "Femme fatale". Aber auch das Bild der tatkräftigen, zu allen gesellschaftlichen Aufgaben befähigten, "ganzheitlichen" und gleichberechtigten Frau begegnet uns dort. Die Praxis bewegt sich meist in deutlich unspektakuläreren Dimensionen. Hier unterscheiden sich rechte Frauen und Mädchen in Lebensentwurf, Rollenvorstellungen, Outfit und Alltagspraktiken häufig kaum von anderen. In der Regel gibt es einen Mischmasch aus "traditionellen" und "emanzipierten" Anteilen.

Deine Grundthese ist, dass es zwischen den Geschlechter-Ideologien extrem rechter Frauen auf der einen Seite und feministischen Konzepten auf der anderen Seite Anknüpfungspunkte gibt. Welche sind das?

Eine potenzielle Verbindung - und diese Kritik ist ja nicht neu - sehe ich bei einer Variante der sogenannten "differenz-feministischen" Positionen, bei denen Differenz als bi-polar und tendenziell feststehend begriffen wird: hier sind die Männer, da die Frauen; dies jeweils mit bestimmten Zuschreibungen, wie zum Beispiel gewaltbereit und rationalistisch versus friedliebend und beziehungsorientiert. Da gibt's dann Nähen zu Positionen von rechten Frauen, die ebenfalls von polaren Geschlechtercharakteren ausgehen: Da der Krieger, hier die Mutter.

Aber es gibt eben auch potenzielle Anknüpfungspunkte zwischen Positionen, die eher einem Gleichheitsansatz folgen. Im feministischen Spektrum - wenn frau es denn so weit fassen möchte - gibt es ja durchaus Gleichstellungspolitiken, die faktisch vor allem weißen deutschen Mittelschichtsfrauen zugute kommen. Häufig sind z.B. Migrantinnen mit ihren zum Teil spezifischen Konditionen gar nicht mit im Blick. Der "Hauptwiderspruch" gewissermaßen wird in der ungleichen Machtverteilung zwischen Männern und Frauen gesehen. Egalität, gleiche Rechte usw. werden nur diesbezüglich eingefordert. Das kann sich, wenn auch zumeist unbeabsichtigt, meines Erachtens mit einer Haltung treffen, die von einigen rechten Frauen vertreten wird: Konsequente Gleichberechtigung als Forderung für das Geschlechterverhältnis, welches der "Natur", dem "Wesen" der sogenannten "nordischen Rasse" entspreche, aber eben nicht dem "minderwertigen" Rest der Welt. Da wird Anti-Sexismus mit Rassismus gekoppelt.

Ich sage also, dass wir uns der Heterogenität der Positionen rechter Frauen bewusst sein müssen und dass folglich nicht nur "Differenz-Feministinnen", sondern auch "Egalitäts-Feministinnen" darauf achten müssen, wo sie potenziell anschlussfähig sind nach rechts.

In den deutschen Medien wird "der Feminismus" quasi gleich gesetzt mit Alice Schwarzer, die ja eine Vertreterin eines bürgerlichen Gleichheitsansatzes ist. Gerade in den letzten Jahren wettert Schwarzer gegen eine "falsch verstandene Fremdenliebe" und warnt vor einer "schleichenden Islamisierung Europas". In einem Interview mit dem Schweizer Sonntagsblick im November 2004 sagte sie: "Ich halte die Islamisten für noch gefährlicher als die Nazis, weil sie wirklich im Weltmaßstab operieren." Wie schätzt du diese Äußerungen ein?

Tja, das ist schon ziemlich ungeheuerlich, dass sie den systematischen industriellen Massenmord des NS da "mal eben" dermaßen bagatellisiert, um ihr Feindbild rhetorisch zu verstärken. Ich war ganz schön geschockt, als ich von diesem Interview erfuhr. Obwohl es im Grunde lediglich eine neue Zuspitzung von Positionen ist, die sie schon länger propagiert. Ich erinnere nur an das anti-islamische EMMA-Dossier von 1993. Möglicherweise hängt die zunehmende gesellschaftliche Anerkennung, die Frau Schwarzer in den letzten Jahren erfahren hat, sogar damit zusammen: Sie ist in der Mitte - wenn nicht an der Spitze - derjenigen angekommen, die "Leitkultur" und "Assimilation" fordern und dies auch und vor allem mit dem angeblich unvereinbaren Geschlechterverhältnis in "dem Islam" begründen. Sie arbeitet dabei mit Homogenisierungen und Schreckensszenarien. Sicherlich kann niemand wollen, dass Menschenrechte von Frauen durch Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung usw. eingeschränkt werden. Aber solches allen Islam-Gläubigen zu unterstellen und damit bewusst Ängste und Vorbehalte gegenüber ganzen Bevölkerungsgruppen zu schüren, kann m.E. durchaus als Ausdruck eines kulturalistischen Rassismus bezeichnet werden. Also auch hier findet eine Verknüpfung von Rassismus und Antisexismus statt. Übrigens beschäftigt sich meine Kollegin Daniela Marx zur Zeit im Rahmen ihrer Doktorarbeit zu feministischen Islamdiskursen in Deutschland und den Niederlanden kritisch mit der Emma und Alice Schwarzer.

Wie lässt sich der Differenzansatz positiv für das rechte Projekt nutzen?

Der Differenzansatz im allgemeinen passt insofern ins rechte Projekt, als dass er der Ideologie der Ungleichheit entspricht. Diese ist im rechten Denken die Grundlage für die Legitimierung von hierarchischen Wertigkeitszuschreibungen - sei es in sozialdarwinistischer, nationalistischer, rassistischer oder auch sexistischer Hinsicht. So kann unterschiedliche Machtverteilung und Ausgrenzung bis hin zur Vernichtung begründet werden. Das muss aber nicht sein. Im neurechten Denken wird auf solche Wertigkeitshierarchien zum Teil verzichtet, etwa im Konzept des Ethnopluralismus. Dieser geht dennoch von einem statischen Kulturverständnis und von Unvereinbarkeiten zwischen verschiedenen "Kulturen" aus und betrachtet "Vermischung" grundsätzlich als "verderblich" für alle Beteiligten. Daraus folgt dann letztlich auch wieder eine "Ausländer-raus"-Logik, nur moderater verpackt. Man könnte also vielleicht von einer starken und einer schwachen Nutzung des Differenzansatzes im rechten Projekt sprechen - mal mit und mal ohne explizite Wertigkeitshierarchien.

Differenz spielt aber nicht nur für rechtes Denken eine Rolle. Auch das linke oder menschenrechtlich orientierte Projekt bezieht sich neben grundsätzlichen Gleichheitsprämissen auf die nötige Anerkennung von Differenz. Das Spannungsfeld zwischen Universalismus und Partikularismus, um es mit anderen Begriffen auszudrücken, prägt die Debatte; dies ist, fürchte ich, zu komplex, um das hier im Detail zu besprechen.

Wie stark sind die ideologischen Überschneidungen bei rechten Frauen und beispielsweise Frauen der spirituellen Öko-Szene?

Was den Differenz-Diskurs im Feminismus und bei rechten Frauen angeht, habe ich folgende Eindrücke: Ein plattes bi-polares Mann/Frau-Denken ist in den akademischen feministischen Debatten zur Zeit kaum relevant. Wenn hier Differenzen thematisiert werden, dann sind es eher die Differenzen zwischen Frauen im Sinne von Vielfältigkeit und unterschiedlichen Situiertheiten. Damit soll einer Homogenisierung der Kategorie Frau entgegengewirkt werden und Geschlecht wird generell eher als soziale Konstruktion denn als natürliche Gegebenheit gedacht.

Im Bereich kultureller Angebote im Umkreis von Frauenbewegungen allerdings trifft frau das viel häufiger an, dass eine vermeintliche gemeinsame "Identität" von Frauen vorausgesetzt und beschworen wird. Gerade im spirituellen oder Öko-Bereich erhält "Weiblichkeit" eine positive Aufladung, indem z.B. Frauen eine größere Nähe zu Natur und zu spirituellem kosmischen Wissen zugeschrieben wird. Dies wird häufig verbunden mit der Zelebrierung von vorchristlichen Ritualen oder der Beschäftigung mit bestimmten Symbolträgern und Zeichencodes. Kreistänze und schöne Steine sind da vielleicht noch ganz unproblematische Freuden. Aber wenn es um Runenkurse geht oder wenn rechte Frauen und Mädchen Walpurgis feiern, wird offensichtlich, wo die Verbindungen nach rechts sind. Das sind jetzt nur mal ganz praktische Beispiele. Aber auch ideell gibt's da z.T. Berührungspunkte, z.B. wenn auch rechte Autorinnen über die kosmische Kraft des "Weibtums" schreiben. Personelle Überschneidungen zwischen den "Szenen" sind dagegen eher nicht vorhanden.

Wäre es vorstellbar, dass rechtsextreme Frauen am 8. März zusammen mit "frauenbewegten" Frauen (von Frauenbewegung/en kann ja kaum noch gesprochen werden) gegen Männergewalt demonstrieren?

Theoretisch vorstellbar wäre das schon, insbesondere wenn bestimmte Themen im Mittelpunkt stünden, wo sich auch rechte Frauen engagieren. Etwa wenn es um sexuelle Gewalt gegen Kinder geht. Bislang ist es meines Wissens noch nicht vorgekommen, dass rechte Frauengruppen versucht haben, in die Bündnisse zum 8. März einzusteigen oder sich einfach an die Kundgebungen anzuhängen. Ich hoffe auch sehr, dass das nicht zugelassen würde. Dafür zu sensibilisieren, dass das überhaupt vorstellbar wäre, dass rechte Frauen dazu kommen wollen, ist aber für viele schon herausfordernd genug.

Wie können Feministinnen sich gegen Vereinnahmungen von Rechts wehren?

Meiner Meinung nach am besten dadurch, dass sie die eigenen Positionen so deutlich machen, dass Vereinnahmung nicht funktionieren kann. Bei politischen Forderungen müssen also explizit auch Interessen von nicht-deutschen oder nicht-weißen Frauen eine Rolle spielen. Zugleich ist es wichtig, dass Sexismus eben nicht ethnisiert wird, nach dem Motto: "wir" sind ja so emanzipiert und gleichberechtigt, aber die "armen Türkinnen" nicht. Das heißt, dass frau sich eher über aufenthaltsrechtliche und arbeitsmarktpolitische Benachteiligungen und deren Folgen Gedanken machen sollte als über die angeblich durchgängig patriarchalere "Kultur" migrantischer Gruppen. Es gilt, Rassismus und Nationalismus zu erkennen und offensiv anzugehen, auch wenn er in vermeintlich "frauenfreundlichem" Gewande daher kommt. Das setzt allerdings ein Feminismus-Verständnis voraus, welches sich eben nicht allein kritisch auf die Genderhierarchien bezieht, sondern andere Mechanismen und die Verquickungen mit diesen ebenso ernst nimmt. Ich meine also das, was zur Zeit unter dem Stichwort "Intersektionalität" diskutiert wird. Wenn Feminismus allgemein - sprich grundsätzlich - herrschaftskritisch ist und nicht nur bezogen auf die jeweilig so begriffene Eigengruppe, dann sind Vereinnahmungsmöglichkeiten von rechts am wenigsten möglich, denke ich.

Als Vereinnahmung in einem anderen Sinne, könnte man begreifen, wenn sich rechte Frauen sehr selbstbewusst und "emanzipiert" verhalten. Aneignung wäre hier vielleicht der bessere Begriff: Sie haben sich - bewusst oder unbewusst - quasi die gesamtgesellschaftlichen Früchte früherer feministischer Kämpfe angeeignet und nehmen ganz selbstverständlich erkämpfte Rechte für sich in Anspruch, was ich an sich nicht für problematisch halte. Das muss man nur registrieren, und eben nicht weiterhin denken, das wären alles nur manipulierte eingeschüchterte Mäuschen. Bei bestimmten Angeboten, wie Kampfsporttraining für Mädchen,

muss klar sein, dass dieses Know-how gegebenenfalls nicht nur zur Selbstverteidigung eingesetzt werden kann, sondern im schlimmsten Fall, um sich an rechten Gewalttaten zu beteiligen.

Ist es nicht für eine feministische Praxis wichtig, den Begriff "Feminismus" als politischen Begriff zu verteidigen?

Bislang vertrete ich diese Position. Ja. Es gibt auch eine andere Haltung, wie sie z.B. von der Historikerin Christiane Streubl vertreten wird, die dafür auch gute Gründe hat. Sie sagt: Feministische Akteurinnen haben in der Vergangenheit oft genug bewiesen, dass sie sich nicht gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus gestellt haben. Und Feminismus bedeute nun mal im Kern Kritik an Männerherrschaft und sonst nichts. Demgegenüber plädiere ich eher dafür, die vorhandenen allgemein herrschaftskritischen Strömungen und die diesbezüglichen Weiterentwicklungen im Feminismus stark zu machen. Wenn ich als normatives Ziel von Feminismus "Befreiung aller Frauen" setze, dann heißt das, dass es auch um die Befreiung derjenigen geht, die neben androzentrischen auch unter ökonomischen, rassistischen, heterosexistischen, islamophoben oder sonst was für Zwängen leiden. Und darum geht es den rechten Frauen nicht. Deshalb würde ich diejenigen unter ihnen, die sich gegen Sexismus positionieren, nicht als "rechte Feministinnen" bezeichnen wollen - was sie im Übrigen selbst auch nicht tun. Ich würde sie eher als antisexistische Rassistinnen oder Nationalistinnen bezeichnen.

Interview: Nicole Vrenegor

15. Rechte Musikerinnen - Rechte Frauenpublikationen

Autor: Kirsten Döhring, Renate Feldmann · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:22

Seit Anfang der 1990er-Jahre sind Frauen als Herausgeberinnen rechter Magazine, in der Szene Fanzines genannt, bekannt. Sie sind dabei im Vergleich zu Männern trotz zunehmender Zahlen nach wie vor stark unterrepräsentiert.

Die Fanzines unterscheiden sich meist nicht von denen der Männer. Es geht um Musik, politische Themen und Aktionen und "Kultur". Nur bei genauerem Hinsehen werden Spezifika sichtbar. So werden Frauen als Leserinnen im Vorwort direkt angesprochen, Bands nach ihrer Meinung zu Frauen in der Szene befragt oder über heroische Frauengestalten der (NS-) Geschichte berichtet. Über einige der wichtigen Fanzines aus Frauenhand, die in den letzten Jahren in der rechten Szene eine Rolle spiel(t)en, geben wir einen kurzen Überblick.

Mitte bis Ende der 1990er-Jahre erschienen die Fanzines Victory und Der gestiefelte Kater. Beide richteten sich an die gesamte gemischtgeschlechtliche extrem rechte Szene, genossen einen guten Ruf und hatten einen hohen Stellenwert durch ihre starken Bezüge und Verbindungen zu dem internationalen neonazistischen Netzwerk Blood & Honour. Während im Gestiefelten Kater Frauenbezüge nur selten auftauchen, werden in Interviews im Fanzine Victory regelmäßig Männer nach ihrer Meinung zu Renees befragt. Das Fanzine hat den Anspruch, Frauen als gleichberechtigte politisch aktive Kameradinnen darzustellen.

Drei weitere Magazine, Triskele, Aryan Sisterhood und Das Treue Mädel, sind seit Anfang der 2000er-Jahre recht neu auf dem Fanzinemarkt der extremen Rechten. Musik spielt in ihnen nur eine Nebenrolle. Triskele aus Essen erschien von 2000 bis 2002, hat insgesamt sechs Ausgaben produziert und ist nach wie vor über das Internetportal die Kommenden online. Triskele kommt aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften und ist vermutlich ein Nachfolgeprojekt einiger SFD-Frauen, die sich inhaltlich aktuellen politischen und kulturellen Themen widmen. Zwischen Berichten von Aktionen und Demonstrationen, Argumentationshilfen für rechte Positionen und heidnisch-germanischer Mythologie finden sich Artikel, die positive Bezüge zu Frauen herstellen. Sie propagieren ein traditionalistisches Bild gleichwertiger, aber nicht gleichartiger Frauen und sehen Mutterschaft als biologische Bestimmung.

2001 sind zwei ostdeutsche Frauenmagazine, die inhaltlich und ästhetisch am Nationalsozialismus ausgerichtet sind, neu erschienen: Aryan Sisterhood aus dem sächsischen Sebnitz und Das Treue Mädel aus Halle in Sachsen-Anhalt und später Leipzig. Die Herausgeberinnen von Aryan Sisterhood, welche schon im Titel einen klaren Bezug zu ihren "Arischen Schwestern" aus dem Nationalsozialismus herstellen, lassen keinen Zweifel an ihrer politischen Gesinnung und begrüßen ihre LeserInnen mit einem "kräftigen S... H...". Zudem benennen sie, dass "Emanzipation [in] keiner Weise mit den Werten einer weißen Frau übereinstimmt" und "alte Werte zählen", mit dem Ziel "dass wir es vielleicht einmal auf die Reihe bekommen, bei uns weiblichen Wesen so was wie eine NS Frauenschaft II aufzubauen." So offen und freimütig bekennt sich kaum ein männlicher Rechter in einem Fanzine zum Nationalsozialismus. Vielleicht ein Grund, dass das Fanzine schon nach der zweiten Ausgabe nicht mehr erschien.

Aryan Sisterhood und die weiteren genannten von Frauen gemachten Magazine verdeutlichen die zunehmende Präsenz und Akzeptanz von Frauenprojekten mit kulturpolitischem Anspruch in der männerdominierten extremen Rechten. Die Herausgabe von Magazinen in der extremen Rechten bedeutet für die Herausgeber Anerkennung. Nicht verwunderlich also, dass Frauen auch in diesem Bereich Fuß fassen wollen. So erleben sie einen Prestigegewinn, der ihre Person und ihre Position in der rechten Szene aufwertet.

Kirsten Döring, Renate Feldmann

16. Die Definition des "Anderen": Die Frau und der Jude. Das Verhältnis zwischen Sexismus und Antisemitismus im völkischen Weltbild

Das Verhältnis von Sexismus und Antisemitismus im völkischen Weltbild

Autor: Cordelia Heß · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:23

Die Lebensrealität rechter Frauen wird nicht nur durch ihre faktische politische Aktivität, sondern auch durch das ideologische Konstrukt bestimmt, das für die gesamte Szene bedeutsam ist: das völkische Weltbild. Innerhalb dieses Konstruktes spielt die Kategorie Geschlecht eine deutlich nachgeordnete Rolle; sehr viel wichtiger ist innerhalb dieses Weltbildes die Kategorie "Rasse" und hierin besonders die Ablehnung des "Jüdischen", dessen Begriff ebenso mit vorgestellten Eigenschaften gefüllt wird wie "die Frau" oder "das Deutsche".

Die rechte Szene bedient sich bis heute historisch gewachsener Stereotypen, die Einblick in die Psychopathologie der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts geben. Auch nach dem Holocaust funktioniert hier - ungebrochen wie in den Anfängen der völkischen Bewegung - ein primärer, rassistisch geprägter Antisemitismus, der mit sexistischen Elementen verbunden ist. Gerade in der Verknüpfung der Ressentiments gegen Frauen und Juden kann das Verhältnis und die Gewichtung der Kategorien "Rasse" und "Geschlecht" untersucht werden. Beide sind biologistisch festgelegt, ihre Bedeutung und ihr Bedrohungspotenzial wird übersteigert und hierarchisch angeordnet.

Historisch entstanden diese ideologischen Konstrukte im deutschen Kaiserreich, Ende des 19. Jahrhunderts. Die völkische Bewegung entwickelte sich zunächst unabhängig von der bürgerlichen Gesellschaft; bald jedoch näherten sich beide einander über die Begriffe Rasse und Geschlecht an, so dass die Übergänge der ideologischen Konzepte fließend waren. Antisemitismus und Antifeminismus fungierten als kulturelle Codes und Markierungen des eigenen Standpunktes und Ortes innerhalb der Gesellschaft. In antisemitischen Stereotypen verschmelzen frauendiskriminierende Sexualfantasien mit rassistischen Bildern.

Innen homogen, außen abgeschottet

Das völkische Weltbild ist geprägt durch Homogenisierung nach innen und Abwehr nach außen. Innen bedeutet dabei die Volksgemeinschaft, konstruiert als konflikt- und widerspruchsfreier organisch gewachsene Gruppe, die sich durch gemeinsame Sprache, Kultur, politische Organisation und vor allem "Rasse" auszeichnen soll. Das ideologische Konstrukt ordnet sowohl den Individuen inner- wie außerhalb der Volksgemeinschaft bestimmte Eigenschaften und damit ihren Platz zu. Die Anordnung der Ressentiments folgt der inneren Logik des Weltbilds, in der sich das Verhältnis des männlichen, weißen, bürgerlichen, deutschen Selbst gegenüber dem "anderen" konstituiert.

Die Homogenisierung nach innen wurde notwendig, als im deutschen Kaiserreich konkrete politische Maßnahmen die völlige rechtliche Gleichstellung von Juden mit der christlichen Bevölkerung sicherten. Frauen war zwar weiterhin die Möglichkeit der Partizipation verwehrt, jedoch drangen immer mehr Frauen als bisher in öffentliche Räume vor. Sie gründeten Vereine und gaben Publikationen heraus, was von nicht wenigen Männern als Bedrohung wahrgenommen wurde. Die als natürlich propagierten Unterschiede, die in realen Ausgrenzungsmechanismen resultierten, sollten um jeden Preis ideologisch und faktisch erhalten bleiben.

Für die Verbreitung und Absicherung von antisemitischen und frauenfeindlichen Ideen und Theorien spielten die Naturwissenschaften und ihre Popularisierung eine wichtige Rolle. Ärzte wie der Pariser Neurologe Jean Martin Charcot versuchten, sowohl das schwache jüdische Nervensystem als auch das kleinere weibliche Gehirn zu beweisen. An die Stelle des jahrhundertealten religiös motivierten Antijudaismus trat der moderne, rassistische Antisemitismus, der die physische "Andersartigkeit" der Juden behauptete und damit die Feindschaft von einer religiösen in eine biologische Sphäre verlegte. Die Norm bildete das männliche Individuum, dem Eigenschaften wie Wille, Geist, Kreativität, Selbstbeherrschung zugeschrieben wurden. . Da der als Ideal gesetzte Mann - um sich seiner selbst zu vergewissern - ein Gegenüber benötigt, wurden sowohl

Frauen als auch Juden als das "Andere" definiert; ihnen wurden Fremdheit und damit der Wille zur Verwirrung und Chaotisierung der Ordnung zugeschrieben. Hierauf abzielende antisemitische und sexistische Stereotype fanden bald Eingang in die Alltagskultur, in Karikaturen, Flugblätter, Parteiprogramme etc., aus denen ein festes Repertoire von Bildstereotypen entstand.

Sprecher: der weiße, rassistische Mann

Eine karikaturistische Verarbeitung, in der sich die Verschränkung von frauen- und judenfeindlichen Inhalten deutlich zeigt, sind die Bilder der Verkehrten Welt. In unterschiedlichen Situationen werden übermäßig große, Hosen tragende und dominant agierende Frauen kleinwüchsigen, ängstlichen und nicht eigenmächtig handelnden Männern gegenübergestellt, die als jüdisch gekennzeichnet sind. Die Frau kann dabei als Jüdin dargestellt sein, muss es aber nicht. In jedem Fall ist sie bedrohlich, da chaotisch und die klare Ordnung verdrehend, er aber ist "verweiblicht" und wirkt lächerlich. Die Verkehrte Welt sagt deutlich, wie es eigentlich sein sollte: genau umgekehrt.

Ende des 19. Jahrhunderts wanderten viele jüdische Familien aus Osteuropa nach Deutschland ein. Die Toleranz der im Kaiserreich lebenden ChristInnen gegenüber diesen EinwanderInnen war von vornherein gering. Entsprechend fehlte das Verständnis für unterschiedliche kulturelle Rollenzuweisungen: Die Frauen in den eingewanderten jüdischen Familien erfüllten hier Aufgaben, die in der westlichen Kultur als männlich belegt waren und sind. Sie verdienten das Geld, handelten, regelten Familienangelegenheiten, bewegten sich in der öffentlichen Sphäre und bestimmten diese mit. Demgegenüber studierten die Männer idealerweise, was von der deutschen Mehrheitsgesellschaft als passiv erlebt wurde. Vereinfacht gesehen hatten also die Geschlechter die Rollen vertauscht - die Aufrechterhaltung der Grenzen und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern war jedoch eine der Grundbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft. Rassisten warfen den Juden vor, diese durcheinander zu bringen und damit die Stabilität des nationalen Kollektivs zu gefährden: "Je weiblicher die Frauen sind und je männlicher die Männer, je intimer das Familienleben, desto gesünder die Gesellschaft und der Staat."

Eine Ende des 19. Jahrhunderts überaus wirkungsmächtige und breit rezipierte Zusammenfassung der Ressentiments findet sich bei dem Wiener Philosophen Otto Weininger. In seiner Dissertation "Geschlecht und Charakter", die 1903 erschien, entwickelt er zunächst mit naturwissenschaftlichen und philosophischen Methoden eine Vorstellung von Weiblichkeit, derzufolge das Weibliche das Wesenlose, Geistlose, Willenlose, Formlose schlechthin sei. Gewissermaßen verkörpere die Moderne selbst mit ihren Auflösungserscheinungen und unüberbrückbaren Dichotomien das weibliche Prinzip. Darauf aufbauend schreibt Weininger nun dieselben Eigenschaften dem Judentum nicht als Religion, sondern als "Geistesrichtung [und] psychische[r] Konstitution" zu. Seiner Vorstellung nach ist über "einige Völker ein größeres Quantum von Weiblichkeit insgesamt ausgestreut" - beispielsweise "Neger" und Chinesen, aber eben auch Juden. Interessant ist, dass Weininger sowohl das Weibliche als auch das Jüdische im arischen Selbst ausmacht, was Ohnmacht angesichts der Bedrohung und gleichermaßen Möglichkeit zur Befreiung bedeute: "Wer immer das jüdische Wesen hasst, der hasst es zunächst in sich."

Überdreht, wie diese Konstruktionen scheinen mögen, zeigen sie doch ein wesentliches gemeinsames Merkmal der Ressentiments: Die Stigmatisierung des "Anderen". Die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der Moderne werden auf das "Andere" projiziert , gleichzeitig kann eine Rettung dadurch erfolgen, dass das "Andere" erkannt und nach außen projiziert wird.

Ein weiterer Ansatzpunkt für die Verschränkung der Ressentiments ist die für das völkische Weltbild bedeutsame Idee vom Staat als organischem Wesen, das lebt und damit auch von Zersetzung und Tod bedroht ist. Der "Körper" des politischen Kollektivs wird zum "Volkskörper", dessen Gesundheit zu wahren ist, indem sowohl Angriffe von äußeren Feinden - anderen Völkern - als auch eine mögliche Schwächung des Volkes von innen heraus sanktioniert werden.

In der völkischen Ideologie wird die Unversehrtheit des "Volkskörpers" durch die Reinerhaltung des Blutes, der "Rasse", gesichert. Und dafür sind die Frauen zuständig, rein, naturnah und fern der Weltenläufe ist die idealisierte Weiblichkeit Garant für den Fortbestand der "Rasse", der weibliche Schoß der Ursprung des Volkes. Sie ist aber gleichzeitig das Einfallstor der Zersetzung. Visualisiert wurde dieses Konstrukt in Bildern, die männliche Juden als Voyeure oder Verführer den reinen, weißen, schamhaften Frauen gegenüberstellen,

die, schwach und wankelmütig, den Versuchungen nicht widerstehen können oder ihnen ohnehin völlig passiv ausgeliefert sind. In diesen Kontext gehören seit dem Mittelalter die Ritualmordbeschuldigungen, im säkularisierten 19. Jahrhundert aber der Vorwurf des "Mädchenhandels": Er, zügellos triebhaft, nutzt ihre Unwissenheit und ihr mangelndes "Rassebewusstsein" aus, um das reine Blut zu verderben. Jüdische Männer wurden infolge von Fantasien über die Beschneidung entweder als impotent oder aber als besonders triebhaft vorgestellt, die übergroße Nase zur Kennzeichnung entspricht dabei in gewisser Weise Fantasien über den übergroßen Phallus.

Extreme Rechte: Bedrohungsszenarien bleiben

Die Entsexualisierung des weiblichen Körpers und die daraus folgende Identifikation desselben mit dem Volkskörper funktioniert nur, indem vorgestellte negative weibliche Eigenschaften nach außen, auf den Juden, projiziert werden. Die Kategorien "Rasse" und "Geschlecht" werden geradezu zur Weltformel, in der sich Innen und Außen klar abgrenzen und hierarchisch ordnen lassen. Der "Rassestaat", von außen bedroht, bildet den Hintergrund, vor dem das Bild der Frau als ideologische Konstruktion formuliert und ihr ein Platz in der Gesellschaft zugewiesen wird. Neben der "rassischen" Reinerhaltung ist in dieser Logik des Ressentiments ein klares Ziel immer die Aufrechterhaltung der polaren Geschlechterrollen, Emanzipation wird, da sie als Destabilisierung der natürlichen Ordnung erlebt wird, so ebenfalls zur "rassischen" Bedrohung.

Für die heutige extreme Rechte hat sich an der Bedeutung der Kategorien "Rasse" als auch "Geschlecht" kaum etwas geändert. Auch an der Nachordnung der Kategorie Geschlecht hat sich nichts geändert, sie ist eher noch ausgeprägter zu beobachten. Beide Elemente, das "Weibliche" und das "Jüdische" sowie die Eigenschaften, die ihnen traditionell zugewiesen werden, weisen eine ideologische Kontinuität auf in der Notwendigkeit, sie zurückzudrängen, um eine homogene Volksgemeinschaft zu konstruieren. Beide können immer noch sowohl als politische Positionierung wie auch beiläufig erwähnt oder angedeutet als kultureller Code benutzt werden. Die Stellung des Sprechers, also des weißen rassistischen Mannes, bleibt jedenfalls bestätigt. Auch die Verbindungen zwischen Sexismus und Antisemitismus scheinen nicht sehr unter dem veränderten historischen Kontext gelitten zu haben, die Bedrohungsszenarien sind dieselben. Die alten Chiffren sind immer noch universell einsetzbar und nicht nur von Rechten zu verstehen. Das weist auf eine tiefe Verwurzelung und andauernde Verwendung der sexistischen und antisemitischen Stereotype in der bürgerlichen Gesellschaft hin, aus der sie ja auch kommen.

Die Projektionen haben aber dennoch Veränderungen erfahren, wie die mengenmäßige Verteilung der sexistischen und antisemitischen Bezüge in der extremen Rechten zeigt. Während Juden, die real seit dem Holocaust aus Europa weitgehend verschwunden sind, in der Sicht der extremen Rechten geradezu omnipräsent erscheinen, verschwinden Frauen fast gänzlich - und das in einer Zeit, wo nicht nur das gesamte öffentliche Leben, sondern auch die extreme Rechte immer mehr von Frauen mitbestimmt werden. In der Darstellung gleichen die Rechten gewissermaßen die nach ihrer Sicht verkehrte Welt wieder aus: Die Juden, real kaum wahrzunehmen, sind als das Gesamtböse überall und damit an allem Schuld; die Frauen, real nicht zu übersehen, sind in der (Nicht-)darstellung endlich da, wo sie hingehören: nämlich verschwunden.

Cordelia Heß

17. Kampfrhetorik eingestellt. DGB-Vorsitzender Sommer akzeptiert die Agenda 2010

Autor: Georg Wissmeier · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:39

Über ein Interview im Spiegel verkündete der DGB-Vorsitzende Michael Sommer Mitte Februar, dass er und der DGB nunmehr ihren Frieden mit dem "Reformwerk" der Agenda 2010 und der Bundesregierung gemacht haben. Dem übermächtigen Druck des Faktischen zum Umbau des Sozialstaates (demographische Entwicklung, anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Globalisierung) will sich der DGB künftig nicht mehr mit unbotmäßiger Kritik entziehen, sondern konstruktiv an Lösungen mitwirken. Von einigen wenigen kritischen innergewerkschaftlichen Äußerungen auf lokaler Ebene abgesehen, herrscht seither innerhalb der Gewerkschaftsapparate beredtes Schweigen.

Ein eindeutiger Kurs gegen die Agenda 2010 wurde von den Gewerkschaften zu keiner Zeit gefahren. In schlechter alter Tradition waren der DGB und seine Einzelgewerkschaften von Anfang an in die konzeptionelle Planung des Sozialabbaus eingebunden und zum Beispiel in der Hartz-Kommission personell vertreten. Eine ernsthafte Infragestellung dieser Arbeit gab es zu keiner Zeit. Wo die eigene Rolle in diesem Prozess hinterfragt wurde, kam das Gegenargument, es gelte, das Schlimmste zu verhindern.

Keine Rede mehr von "Verarmung" durch Hartz IV

Dass sich dann doch noch relevante Teile der Gewerkschaften in die Proteste gegen die Agenda 2010 einmischten, war vor allem Folge der großen Beteiligung an der Demonstration vom 1.11.2003. Ohne offizielle Gewerkschaftsunterstützung zu Stande gekommen, brachte sie "Bewegung" in die Apparate und stärkte diejenigen Kräfte, die nicht bereit waren, die "Sachzwangideologie" zu akzeptieren - Kräfte die sich auf allen Ebenen des Gewerkschaftsapparates finden. Ein Ergebnis waren die Demonstrationen am 3.4.2004 in Berlin, Köln und Stuttgart; auch diese mit einer überraschend starken Beteiligung. Der DGB-Vorsitzende sprach zu dieser Zeit markige Worte: Hartz IV sei für "Hunderttausende ein Verarmungsprogramm" und bedeute "in weiten Teilen die soziale Deklassierung von Menschen"; das Land verändere sich "in eine negative Richtung. Was Reform genannt wird, ist ein Angriff auf die Würde der Beschäftigten." Allein: Die Kampfrhetorik musste man nicht sonderlich ernst nehmen, zumal den Worten keine Taten folgten, was durch die Nichtunterstützung der Montagsdemonstrationen dokumentiert wurde.

Haltelinien aufgegeben

Die Analyse des letzten Sommers ist nunmehr Schnee von gestern. Jetzt wird akzeptiert, "dass sich die Grundlagen des Sozialstaates durch die demographische Entwicklung, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und die Globalisierung stark verändert haben. Deshalb müssen wir intensiver diskutieren, welche Aufgaben der Sozialstaat künftig noch übernehmen kann und wie seine Strukturen umgebaut werden müssen." (Spiegel 7/2005) Damit erhalten die Bundesregierung und die Unternehmen von höchster gewerkschaftlicher Stelle ihren Segen für weiteren Sozialabbau und Kostensenkungen.

Erstaunlicherweise gibt es bisher auf Sommers weit reichende Äußerungen weder von ver.di noch von der IG Metall wahrnehmbare Reaktionen. Immerhin waren es Kräfte aus diesen beiden Organisationen, um ihre Vorsitzenden Peters und Bsirske, die im letzten Jahr, zumindest in Ansätzen, einen Gegenkurs gegen die Politik der Bundesregierung unternahmen. Das Handelsblatt (15.2.) sieht, nicht frei von Häme, deren Strategie, "die Gewerkschaften zu einer außerparlamentarischen Opposition umzuformen im Schulterschluss beispielsweise mit den Globalisierungskritikern von Attac", als gescheitert an.

Ein konsequenter Versuch einer solchen Strategie wurde jedoch von beiden Gewerkschaften nicht unternommen. Die Forderungen des Arbeitnehmerbegehrens (einer betrieblichen Unterschriftensammlung der IG Metall) waren so allgemein und unkonkret gehalten, dass sich der Sinn einer Unterschrift nicht erschloss. Folglich war die Resonanz mehr als mager. Weitergehende Aktionen waren zwar ursprünglich, vor allem von ver.di, geplant, wurden dann aber sang- und klanglos fallen gelassen. Dies verweist zum einen auf die innerorganisatorischen Widersprüche in dieser Frage, zum anderen auf die rapide abnehmende betriebliche Verankerung.

Viel schwerer wiegt allerdings, dass es zwar richtige Kritik an der neoliberalen Politik der Bundesregierung gab, parallel dazu aber bisherige "Haltelinien" in der Tarifpolitik weiter geräumt wurden. Der "Pforzheimer Kompromiss" (der Tarifabschluss in der Metallindustrie 2004) mit seinen Öffnungsklauseln war der Türöffner für die vielfältigen Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen. Die Auswirkungen dieses Abschlusses wurden im vergangenen Jahr bei den Großkonzernen der Autoindustrie und bei Siemens sichtbar. Noch erheblich heftiger sind diese Auswirkungen in den gewerkschaftlich noch weniger gut organisierten mittelständischen Unternehmen.

Der jüngste Tarifabschluss im öffentlichen Dienst schließt lückenlos an diese Entwicklung an. Dass es einen ernst zu nehmenden Versuch von ver.di gab in dieser Tarifrunde Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung zu verhindern oder gar Gehaltserhöhungen durchzusetzen, kann nicht ernsthaft behauptet werden. So klafft einmal mehr eine große Lücke zwischen Rhetorik und Tat; von dem "Ringen um eine andere Politik", wie sie Frank Bsirske auf dem Perspektivenkongress verkündete, ist selbst auf den ureigensten Praxisfeldern nichts zu spüren.

Georg Wissmeier

18. Handreichungen zum Klassenkampf. Geiz ist geil: Gewinne rauf, Steuern runter

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:10

Mit dieser Ausgabe starten wir in ak eine neue Rubrik. Unter dem Titel "Handreichungen zum Klassenkampf" wollen wir kurz und prägnant Fakten gegen die tägliche Lügenpropaganda von Kapitalisten und PolitikerInnen präsentieren. Zahlen und Daten zu Lohnraub und Ausbeutung, zu Reichtum und Armut und zu den Profiteuren in den Chefetagen der Unternehmen.

Am 2. März hatte die Bundesregierung ihren zweiten Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlicht. Zentrales Ergebnis: Während die relative Armut in diesem Land ständig zunimmt, wächst gleichzeitig der private Reichtum. Gerade mal zehn Prozent der privaten Haushalte besitzen fast die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland. 1998 betrug ihr Anteil am Kuchen 45 Prozent, inzwischen sind es 47 Prozent. Umgekehrt verfügt die Hälfte der Bevölkerung gerade mal vier Prozent des Vermögens. 1998 waren es 4,4 Prozent.

Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt das Resultat einer dramatischen Umverteilung der Einkommen. Im Jahr 2004 haben die Gewinne der deutschen Großunternehmen ein Rekordniveau erreicht. Die Gewinne der Dax-30-Unternehmen stiegen in diesem Jahr vor Steuern um 69 Prozent. Sie lagen damit 27 Prozent über den Gewinnsteigerungen der Wall-Street-Unternehmen.

Trotz Massenentlassungen, Krise und Flaute allenthalben sind die Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne in den letzten Jahren nämlich geradezu explodiert - um elf Prozent allein im Jahr 2004. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen ist das der rasanteste Anstieg seit mehr als 20 Jahren. Demgegenüber sind die Lohneinkommen im letzten Jahr konstant geblieben, 0,0 Prozent "Anstieg". Ein Trend, der seit Jahren anhält. Mit 69,5 Prozent hatte die Lohnquote, d.h. der Anteil der Löhne gesamten volkswirtschaftlichen Einkommen, den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre erreicht.

Stagnation der Lohneinkommen heißt gleichzeitig sinkende Lohnkosten auf Seiten der Unternehmen. Während nämlich Preise und Produktivität stiegen, hinkten die Tarifabschlüsse hinterher. Niedriglöhne und Minijobs taten ein Übriges, damit die Lohnkosten im Vergleich zu Wertschöpfung richtig gehend abgestürzt sind. In den letzten 24 Jahren ist die Wertschöpfung je beschäftigte/r im Durchschnitt kontinuierlich angestiegen. 1980 produzierten ArbeiterInnen und Angestellte Werte von 153 Euro je 100 Euro Lohnkosten. Im Jahr 2004 waren es 171 Euro Wertschöpfung je 100 Euro Lohnkosten - ein Anstieg um fast 12 Prozent! Noch nie war die reale Lohnkostenbelastung der Unternehmen in den letzten Jahrzehnten so niedrig. Noch nie haben die Kapitalisten an den Beschäftigten so viel verdient wie im letzten Jahr.

Doch angeblich sind die Belastungen für Unternehmen und andere "Leistungsfähige" zu hoch, die Steuern müssen gesenkt werden. "Zehn Prozent der Steuerpflichtigen zahlen 50 Prozent der Einkommenssteuer", und das sei zu viel. Faktisch versteuert ein/e ArbeiterIn zur Zeit im Durchschnitt 30.000 Euro im Jahr und zahlt darauf 6.000 Euro Einkommensteuer, d.h. 20 Prozent. Die so genannten "oberen zehn Prozent" zahlen auf durchschnittlich 110.000 Euro 33.000 Euro Steuern, also 30 Prozent. Ihnen verbleiben immer noch stolze 77.000 Euro netto. Die Bundesregierung ist nicht der Meinung und hat zeitgleich mit der Einführung von Hartz IV zum 1.1.2005 auch den Spitzensteuersatz von 47 auf 42 Prozent gesenkt. Ein Manager, der zehn Mio. Euro versteuert, darf jetzt 5,6 Mio. Euro behalten. 1998, bei einem Steuersatz von 53%, waren das 4,4, Mio. Euro - eigentlich auch nicht schlecht. Insgesamt hat die rot-grüne Steuerreform diesem Modellmanager also ein Steuergeschenk in Höhe von 1,2 Mio. Euro beschert. Generell haben Einkommensmillionäre von 1998 bis heute über 100.000 Euro pro Jahr geschenkt bekommen.

Aber, so verkündet die Bundesregierung, es sei doch auch der Eingangssteuersatz gesenkt worden, von 25,9 Prozent im Jahre 1998 auf jetzt 15 Prozent. Und das entlaste doch auch die BezieherInnen niedrigerer Einkommen. Ein Taschenspielertrick, wenn man's mal genau betrachtet. Ab 7.665 Euro müssen Steuern gezahlt werden. Das geht bei 15 Prozent los, steigt dann aber erstmal rasant an. Schon bei 12.700 Euro sind 23,5 Prozent fällig, und das ist kaum weniger als 1998. Erst dann knickt die Steuerkurve ab und wird flacher. Ohne diesen "Trick mit dem Knick" läge der Eingangssteuersatz bei Rot-Grün bei 22 Prozent.

dk

Quelle: DGB-Pressemitteilung vom 23.2.2005; Wirtschaftspolitik aktuell, Nr. 13/2004, Nr. 15/2004, Nr. 2/2005, Nr. 3/2005; herausgegeben vom ver.di Bundesvorstand, Bereich Wirtschaftspolitik

19. Haar-Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Lohnarbeit

Autor: dk · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Arbeiterbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:09

"Setzen, zuhören, Folge leisten"

Sie schuften von 5 Uhr morgens bis 22 Uhr am Abend für 90 Euro. Manchmal sind es auch 24 Stunden rund um die Uhr für 100 Euro. Sie lassen sich erschießen, bis zu vier Mal am Tag, von amerikanischen Gis oder von italienischen Soldaten - sozialversicherungspflichtig und auf Lohnsteuerkarte. Der Job heißt "C.O.B." - "Civilians on the Battlefield". Der Arbeitgeber heißt Optronic und arbeitet im Auftrag der US-Armee, Einsatzort ist das bayerische Hohenfels. Mitten im Naturschutzgebiet wird Krieg simuliert: Häuserkampf in Bagdad oder Patrouillengänge in Afghanistan. Dafür werden "echte" ZivilistInnen gesucht, irakische Marktfrauen und paschtunische Bauern.

Das Arbeitsklima ist militärisch-drakonisch: Licht aus um 22 Uhr, kein Alkohol, keine Drogen, keine Handys. Den Anweisungen ist Folge zu leisten. Ansonsten geht's sofort nach Hause - auf eigene Kosten. Arbeitskleidung der KriegsjobberInnen ist der Schleier, der Turban und immer der Miles, der Infrarotdektor, der signalisiert: Zack, jetzt bist du tot, Kollateralschaden für 5 Euro 30 in der Stunde.

taz

Warum erschießen die Verrückten immer ihre Chefs?

Toledo, Ohio; Sitz eines Jeep-Werkes von DaimlerChrysler. Am Mittwoch, dem 26. Januar 2005, kam Myles Meyers, ein 54 Jahre alter Arbeiter aus der zweiten Schicht, vier Stunden zu spät zur Arbeit. Als er durch die Sicherheitsdrehtür trat, hatte er eine doppelläufige Schrotflinte Kaliber 20 unter seinem Mantel. Meyers ging direkt zu den Leitungsbüros des Karosseriewerks. Aus einer Entfernung von sechs bis neun Metern erschoss er seinen unmittelbaren Vorgesetzten Roy Thacker und verwundete den Bereichsleiter Mike Toney, sowie den Gruppenleiter Paul Medlen. Carrie Woggerman, eine weitere Vorgesetzte, konnte entkommen. Anschließend erschoss Meyers sich selbst.

Monatelang hatte das Management versucht, Meyers eine Disziplinarstrafe wegen Kiffen anzuhängen. Woggerman hatte Meyers monatelang überwacht und auf der Suche nach Marihunana-Spuren bis vor die Herrentoilette und wieder zurück verfolgt. Sie hatte ihm auch die "Ablösung" verweigert, wenn er aufs Klo gehen wollte. Auf Anweisung von Thacker und Toney hatte sie detaillierte Aufzeichnungen über Myles Meyers angelegt. Erwischt haben sie ihn nie. Gleichzeitig wurde Meyers' Spezialjob als Notfall-Reparateur gestrichen, und er kam zurück ans Band und von dort schließlich in den Schweißtunnel. Dort musste er Schweißnähte reparieren und gleichzeitig die Autos auf fehlerhafte Teile untersuchen - ein Job, für den nach den Zeitvorgaben eigentlich zwei Arbeiter vorgesehen sind.

Am Dienstag, den 25. Januar, waren zwei Jeeps mit fehlerhaften Motorhauben in die Lackiererei gegangen. Meyers wurde zur Rechenschaft gezogen. Mehrere Stunden lang lieferte er sich mit seinen Vorgesetzten heftigste Wortgefechte. Meyers sollte sein Status als Fachschweißer und Blechspezialist entzogen werden, und er hatte offensichtlich den Eindruck, er solle im März gefeuert werden. Unmittelbar nach der Schießerei am 26. Januar, so berichtete ein Kollege von Meyers in einem Brief an die Zeitung Labor Notes, "kam ein Chef aus der Wartung namens Jim Bender zu mir und sagte: ‚Warum erschießen diese Verrückten immer ihre Chefs, George?' Ich antwortete nur: ‚Tja, ich weiß nicht, Jim! Denk doch mal selbst nach!'"

wildcat

Kein Bier in Mannheim

"Albtraum" heißt das Bier, dass normalerweise in der Mannheimer Eichbaum-Brauerei hergestellt wird. Doch seit dem 27. Januar waren in Mannheim erst mal Hopfen und Malz verloren. Die Eichbaum-ArbeiterInnen waren in den unbefristeten Streik getreten. In den vorangegangenen ergebnislosen Haustarifverhandlungen

hatte die Geschäftsleitung 1,5% mehr Lohn bei gleichzeitiger Reduzierung des Weihnachtsgeldes auf zunächst 90% und dann 80% "angeboten". 92% der ca. 350 Beschäftigten hatten darauf hin für den Streikaufruf der Gewerkschaft NGG gestimmt. Die Brauerei gehört zur ACTRIS-Holding, die u.a. in Sachsen in zwei gewerkschaftsfreien Betrieben brauen lässt und zudem die Mineralwassermarke Mineralbrunnen besitzt. Direkt am ersten Streiktag wurden in Mannheim Streikbrecher aus den anderen ACTRIS-Betrieben sowie von Sklavenhändlern eingesetzt. Den Eichbaum-Beschäftigten wurde das Betreten des Werksgeländes verboten, auch den Betriebsräten wurde der Zutritt nur in Begleitung privater Sicherheitsdienste erlaubt.

In der Nacht zum 22. Februar, nach 27 Streiktagen, hatte der "Albtraum" schließlich ein Ende, und die Mannheimer BierbrauerInnen hatten sich durchgesetzt. Ab 1.1.2005 gibt es 37 Euro mehr für alle. Die tarifliche Lohnerhöhung des Jahres 2006 wird übernommen. In den Jahren 2005 und 2006 gibt es ein Weihnachtsgeld von mindestens 95%. Das Unternehmen verzichtet in diesem Jahr auf betriebsbedingte Kündigungen und auf Auslagerungen. Kündigungen und andere Repressalien im Zuge des Streiks werden zurückgenommen. Der neue Haustarif läuft bis zum 31.12.2006.

www.labournet.de

Busse fahren wieder

395 Tage lang haben sie gestreikt, die 50 BusfahrerInnen der Herweg -Busbetriebe in Leverkusen. Anfang Februar ist der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik beendet worden - mit einem gemischten Ergebnis. Die FahrerInnen waren vor über einem Jahr in den Ausstand getreten, um für das Privatunternehmen den Spartentarifvertrag Nahverkehr Nordrhein-Westfalen durchzusetzen. Ziel war es somit auch, privatisierte, ehemals öffentliche Betriebe in einen Flächentarif einzubinden. Doch herausgekommen ist nun ein Haustarif; allerdings einer, der die ersten drei Grundlohnstufen des Spartentarifs enthält. Der Stundenlohn steigt damit von 9,47 Euro auf 10,33 Euro.

13 Monate haben die Beschäftigten mit unterschiedlichem nationalen Hintergrund im Streikzelt ausgeharrt; auf engstem Raum und bei manchmal dubiosen gewerkschaftlichen Verhandlungstaktiken. Neben den Lohnerhöhungen haben sie die Übernahme befristet eingestellter KollegInnen in unbefristete Arbeitsverhältnisse durchgesetzt und betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2009 verhindert.

www.labournet.de

Krankenhausstreik in Bremen

Seit dem 11. Januar 2005 streiken die Beschäftigten der Klinik Dr. Heines (AMEOS) in Bremen. Vorausgegangen waren eine "aktive Mittagspause" am 6.12.2004 und ein Warnstreik am 16.12.2004. Die Beschäftigten kämpfen für einen Tarifvertrag. Die AMEOS Klinik Dr. Heines soll nicht zu einer tariffreien Zone gemacht werden. Dabei geht es u.a. darum, dass auch in diesem privatisierten Krankenhaus dieselben Vergütungen und Sonderzahlungen wie in den anderen Bremer Krankenhäusern gelten sollen.

Die Geschäftsleitung hat dabei alles unternommen, um den Streik zu spalten und zu unterlaufen. Sie hat individuelle Vertragsregelungen angeboten, die von den Beschäftigten abgelehnt worden waren. Sie hat versucht, aus AMEOS-Kliniken in Sachsen-Anhalt StreikbrecherInnen einzufliegen und diese befristet einzustellen (Befristungsgrund: Streik). Doch das ärztliche Personal im Fachkrankenhaus Haldensleben hatte sich gegen die Verfrachtung nach Bremen ausgesprochen. Schließlich hatte die Geschäftsleitung zunächst selbst ein Schlichtungsverfahren abgelehnt. Erst am 4. März wurde der Weg für eine Schlichtung frei gemacht.

www.labournet.de

Billige Sicherheit

Das Wach- und Sicherheitsgewerbe ist eine klassische Niedriglohnbranche, erst recht in Ostdeutschland. Bei den jetzigen Löhnen müssen Beschäftigte bis zu 200 Stunden im Monat arbeiten, um überhaupt überleben zu können. Die Geld- und Werttransporteure der Deutschen Bundesbank in Erfurt erhalten erbärmliche 6,08 Euro in der Stunde. Vor zehn Jahren, als diese Dienste noch nicht ausgegliedert worden waren, hatten die Banken 11 Euro gezahlt. Ein Separatbewacher in Hamburg erhält 6,18 Euro und in Baden-Württemberg 7,38 Euro. In Thüringen sind es gerade 4,36 Euro.

Seit dem 26. Januar finden in Thüringen Tarifverhandlungen statt. Das Unternehmerangebot einer 1%igen Erhöhung der Stundenlöhne hat die Gewerkschaft ver.di abgelehnt. Die Gewerkschaft fordert stattdessen eine Anhebung um mindesten 30 Cent. Am 4. März haben Sicherheitsbeschäftigte vor der Bundesbank in Erfurt gegen die real existierenden Armutslöhne protestiert. Dabei kam es auch zu einem Polizeieinsatz, in dessen Verlauf ein Gewerkschaftssekretär niedergeschlagen wurde. Ver.di hat inzwischen Strafanzeige und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Beamten erstattet.

ver.di Thüringen

Neues von WAL-MART

Der Einzelhandelsriese WAL-MART ist der größte Arbeitgeber in den USA - und der größte Spender auf der politischen Bühne. Letzteres zahlt sich aus, denn der Konzern sieht sich massiven Vorwürfen ausgesetzt. Er soll in seinen US-amerikanischen Filialen massenhaft Kinderarbeit einsetzen und zwar in anerkanntermaßen gefährlichen Jobs, so etwa bei der Wartung, Pflege und Reinigung von Schreddermaschinen, Zerkleinerern und anderen gefährlichen Geräten in New Hampshire, Arkansas und Connecticut. Das Arbeitsministerium hat WAL-MART jetzt eine Frist von 15 Tagen gewährt, um den Vorwürfen nachzugehen. Erst dann würde die Regierung offizielle Untersuchungen einleiten.

Gleichzeitig hält das Unternehmen an seiner rigorosen gewerkschaftsfeindlichen Haltung fest. Im kanadischen Jonquiere, Provinz Quebec, hatte sich die Belegschaft entschlossen, sich von der Gewerkschaft UFCW vertreten zu lassen. Die Filiale wäre die erste in Nordamerika, in der die Gewerkschaft Fuß gefasst hätte. Folglich hat WAL-MART allen Beschäftigten gekündigt und die Filiale geschlossen - wegen "unvernünftiger Forderungen der Gewerkschaft".

www.labournet.de

20. Der Bolkestein-Hammer. Die EU macht Ernst mit der Dienstleistungsliberalisierung

Autor: Stephan Lindner · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:30

Es soll das bedeutsamste EU-Projekt seit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion werden: die schrankenlose Liberalisierung von Dienstleistungen. Seit Januar 2004 liegt der Entwurf einer entsprechenden EU-Richtlinie vor, benannt nach ihrem Urheber, dem damaligen EU-Kommissar Frits Bolkestein. Sollte diese Richtlinie verabschiedet werden, wären Tür und Tor für ein weiteres Dumping bei Löhnen, Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz geöffnet.

Die Bolkestein-Richtlinie ist das derzeit wohl schillerndste Beispiel einer ganzen Reihe von Projekten, die dem gleichen Muster neoliberaler Deregulierung folgen. "Die nationalen Vorschriften sind zum Teil archaisch, übertrieben aufwendig und verstoßen gegen das EU-Recht. Diese Vorschriften müssen schlichtweg verschwinden", verkündete Bolkestein bei der Vorstellung seines Richtlinienvorschlags. Dabei bemängeln einige Kritiker, dass die Richtlinie möglicherweise selbst gegen geltendes EU-Recht verstößt. Während nämlich der EG-Vertrag eine Liberalisierung Branche für Branche vorschreibt, zielt der "horizontale Ansatz" der Richtlinie auf die Deregulierung des gesamten Dienstleistungssektors. Betroffen wären dann so unterschiedliche Branchen wie öffentliche Daseinsvorsorge, Handel, Bauindustrie, Handwerk, freie Berufe, Pflegedienste, Leichenbestattung oder Glücksspiel. Sieben von zehn Beschäftigten arbeiten in den meisten EU-Staaten im Dienstleistungssektor. In Deutschland findet 70% der Wertschöpfung in diesem Bereich statt.

Bei der Bolkestein-Richtlinie handelt es sich um einen Mix höchst problematischer Bestimmungen. Zum Teil gehen sie auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zurück und gelten damit im Prinzip bereits, auch wenn sie noch nicht von allen EU-Staaten in ihre nationale Gesetzgebung übernommen wurden. Ein anderer Teil der Vorschläge geht aber auch deutlich über bestehende Regelungen hinaus. Der Grundtenor ist dabei eindeutig: Durch einen Abbau angeblich bürokratischer Hemmnisse sollen die Marktkräfte entfesselt und ein freier und unverfälschter Wettbewerb durchgesetzt werden.

Das Herzstück des Richtlinienvorschlags ist das so genannte Herkunftslandprinzip: Bei der Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen im EU-Binnenmarkt unterliegen Unternehmen nur noch den Gesetzen ihres Herkunftslandes. Für Dienstleister, die von einer Niederlassung im Inland aus tätig sind, würde zwar weiter inländisches Recht gelten. Da es Dienstleistern aber so einfach wie möglich gemacht werden soll, eine Dienstleistung auch grenzüberschreitend zu erbringen, soll es den Mitgliedsstaaten verboten werden, die Eröffnung einer Niederlassung zu verlangen. Geht es nach Bolkestein, dürfen sie andererseits aber auch die Errichtung einer notwendigen Infrastruktur zur Erbringung der Dienstleistung wie z.B. Geschäftsräume, Praxen oder Kanzleien nicht untersagen. Damit eröffnet sich ein weiter Interpretationsspielraum dafür, was unter grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu verstehen ist. Klar ist nur, dass es sich um eine zeitlich begrenzte Tätigkeit handelt.

Polnische Löhne, britische Gesetze, deutsche Aufträge

Nach dem derzeit gültigen EG-Vertrag dürfen Dienstleister in Branchen, die noch nicht liberalisiert sind, in anderen Mitgliedsstaaten nur zu den gleichen Bedingungen wie inländische Firmen tätig werden. Nach Bolkestein könnten Unternehmen nun die Kantine, den Gebäudeservice oder den Wachschutz mit einem über mehrere Jahre laufenden Zeitvertrag an einen Dienstleister aus einem anderen EU-Staat outsourcen, der diese Dienstleistung dann im Inland unter den ausländischen Gesetzen erbringt. Ganze Teile der Produktion lassen sich auf diese Weise als grenzüberschreitende Dienstleistung erbringen. Zum EU-Binnenmarkt gehören neben den EU-Mitgliedern auch die EFTA-Staaten Island, Lichtenstein und Norwegen. Bulgarien, Rumänien und Kroatien werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren der EU beitreten. In all diesen Staaten würden dann 31 Rechtsordnungen parallel gelten. Durch einfache Verlagerung des Firmensitzes könnten sich Unternehmen immer das Rechtssystem aussuchen, das ihnen am vorteilhaftesten erscheint.

Das Herkunftslandprinzip würde aber nicht nur für die Erbringung von Dienstleistungen im engeren Sinne gelten, sondern auch für alle vor- und nachgelagerten Tätigkeiten wie z.B. Werbung und Haftung. Auch die Möglichkeiten betrieblicher Interessenvertretung wie die Gründung eines Betriebsrats oder Streik würden

darunter fallen. Auch Arbeitsverträge inklusive Lohnhöhe, Kündigungsschutz und Urlaubsanspruch würden sich nach den Regeln des Herkunftslandes richten. Inländische Gewerkschaften haben nicht die Organisationshoheit über die im Inland tätigen Beschäftigten grenzüberschreitender Dienstleister. Das würde selbst dann gelten, wenn die Betriebe überwiegend mit inländischen Beschäftigten und über mehrere Jahre hinweg arbeiten. In immer mehr Betrieben vor der eigenen Haustür hätten Gewerkschaften dann nichts mehr zu sagen. Umgekehrt wären sie im gesamten Binnenmarkt für eine Vielzahl von Menschen verantwortlich, deren Sprache sie nicht sprechen und deren Kultur sie nicht verstehen.

Die Bolkestein-Richtlinie unterläuft auch nationale Mindestlohnregelungen. Um Lohndumping entgegenzuwirken, gibt es in der EU die so genannte Entsenderichtlinie. Sie räumt den Mitgliedsstaaten das Recht ein, für ihr Territorium Mindestlöhne festzulegen, an die sich dann auch ausländische Dienstleister halten müssen. In Deutschland wird von dieser Möglichkeit bisher nur in der Baubranche Gebrauch gemacht. Dabei muss ein erheblicher Kontrollaufwand betrieben werden, um die festgelegten Mindestlöhne auch durchzusetzen. Bevor ein Arbeitnehmer aus dem Ausland auf einer deutschen Baustelle tätig werden darf, muss eine Anmeldung bei der zuständigen Kontrollbehörde erfolgen. Derartige Vorschriften würden mit der Dienstleistungsrichtlinie verboten; die Kontrolle der Mindestlöhne würde unmöglich gemacht werden.

Die Richtlinie würde auch Scheinselbstständigkeit legalisieren. Eine Firma, die nach den Gesetzen ihres Herkunftslandes im Heimatstaat legal eine Dienstleistung ausüben darf, soll dieses auch in allen anderen Ländern tun dürfen. Da es etwa in Großbritannien den Tatbestand der Scheinselbstständigkeit nicht gibt, könnten Scheinselbstständige dort einfach eine Firma gründen und ihrem Arbeitgeber so die Sozialbeiträge ersparen. Als Rechtsform bietet sich dafür die "Limited" an. Dabei benötigt man nicht nur kein Eigenkapital (wie bei der deutschen GmbH) und muss bei Konkurs nicht mit seinem Privatvermögen haften (anders als bei der deutschen GbR). Man bezahlt für die Registrierung auch nur wenige Pfund. Da man als InhaberIn einer Limited weitgehend anonym bleiben kann, bietet sich dieses Vorgehen auch in anderen Fällen an. Wenn man z.B. wegen Konkursverschleppung die Geschäftsfähigkeit in Deutschland verloren hat oder wegen Verletzung der Mindestlohnbestimmungen von öffentlichen Bauaufträgen ausgeschlossen ist, kann man mit einer Limited problemlos wieder auf den deutschen Markt zurückkehren und als grenzüberschreitend tätiger Dienstleister weiter seinen Geschäften nachgehen.

Statt derartige, bereits heute bestehende Probleme z.B. mit der Einrichtung eines EU-weiten Unternehmensregisters zu lösen, toppt die EU-Kommission diesen Zustand noch. Fast sämtliche Kontrollrechte im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr sollen bei den Behörden des Herkunftslandes liegen. Die Behörden am Erbringungsort sollen nur noch dann tätig werden dürfen, wenn sie um Amtshilfe gebeten werden. In den Herkunftsländern dürfte man aber an Kontrollen gar kein Interesse haben. Schließlich ist man hier nicht von Gesetzesverstößen betroffen und will "seinen" Unternehmen keine zusätzlichen Hürden bei ihrer Geschäftstätigkeit in den Weg legen, von der man durch zusätzliche Steuereinnahmen profitiert. Das würde sogar für solche Bereiche gelten, in denen durch EU-Recht bereits relativ hohe Mindeststandards eingeführt sind, wie z.B. in bestimmten Bereichen des Arbeitsschutzes. Selbst bei schweren Verstößen dürften die Behörden im Tätigkeitsland nicht selbst aktiv werden, sondern müssten erst die Behörden im Heimatstaat darum bitten, für Abhilfe zu sorgen.

Grenzenloses Lohndumping

Damit Dienstleister sich möglichst rasch und problemlos in anderen Staaten niederlassen und von niedrigeren Standards profitieren können, sollen die Mitgliedsstaaten ihre Genehmigungsregelungen entrümpeln. Hat ein Unternehmen in einem Mitgliedsstaat bereits eine Anforderung erfüllt, muss diese überall anerkannt werden und darf nicht noch einmal verlangt werden. Zum Nachweis darf in der Regel nicht einmal eine beglaubigte Kopie oder Übersetzung verlangt werden. Grundsätzlich sollen Genehmigungsverfahren nur noch erlaubt sein, wenn sie durch einen objektiven Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt sind, was immer das im Einzelnen heißen mag. Gibt es einen solchen objektiven Grund nicht, gelten Genehmigungen automatisch als erteilt - auch dann, wenn sie von den zuständigen Behörden nicht in einem angemessenen Zeitraum bearbeitet worden sind.

In anderen Bereichen will die Bolkenstein-Richtlinie die Mitgliedsstaaten unter Kuratell stellen. So sollen Mindest- und Höchstpreise, wie sie in vielen Gebührenordnungen für die freien Berufe oder das Taxigewerbe gelten, nur noch dann erlassen oder beibehalten werden, wenn sie die Gnade der EU-Kommission finden.

Auch Verbote für Verkäufe unter Einstandspreis oder Mindestbeschäftigtenzahlen, wie sie in Deutschland im Pflegebereich gelten, müssen von der Kommission abgesegnet werden.

Im EU-Binnenmarkt gibt es eine ganze Reihe von Problemen, die dringend einer Lösung bedürfen. Eine der Hauptursachen ist das starke Wohlstandsgefälle zwischen den alten und neuen EU-Staaten, aber auch innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten. Dieses wird durch die Art von Liberalisierung weiter verschärft, wie sie mit der Richtlinie vorangetrieben werden soll. Eine solche Politik spielt die Menschen in Europa gegeneinander aus. Die Folge davon wird ein Anwachsen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sein.

Dass die Richtlinie in den letzten Wochen auf zunehmende Kritik stieß, sollte nicht täuschen. Die EU-Kommission hat sich bisher standhaft geweigert, den Vorschlag zurückzuziehen, und spielt auf Zeit. In den folgenden Verhandlungen wird sie versuchen, möglichst viel davon durchzusetzen. Darüber hinaus verfolgt die Politik in Europa mit der Neuausrichtung der Strategie von Lissabon und der Verabschiedung der EU-Verfassung weitere Projekte, die der gleichen Logik folgen. Was demnächst nicht durch die Dienstleistungsrichtlinie EU-Recht wird, wird es vielleicht schon bald durch eine Entscheidung des EuGH. Möchten die sozialen Bewegungen dieser Politik einen erfolgreichen Widerstand entgegensetzen, müssen sie sich europaweit besser organisieren. Initiativen wie die durch die IG BAU vor kurzem initiierte Gründung einer Gewerkschaft für Wanderarbeiter, die europäischen Sozialforen und die Mobilisierung zur Demonstration am 19.3. in Brüssel gegen Neoliberalismus, Rassismus und Krieg sind Schritte in die richtige Richtung.

Stephan Lindner

21. Prügel zum Frauentag. Istanbul: Polizei zerschlägt Frauenkundgebung

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:26

Frauen kauern auf der Straße und halten sich die blutende Köpfe, Polizisten schlagen mit Knüppeln auf die Verletzten ein. Diese Szenen spielten sich am 6. März in der Innenstadt der türkischen Metropole Istanbul ab. Mehrere Stadtteile waren hermetisch abgeriegelt worden, weil linke Frauenorganisationen im Vorfeld des Internationalen Frauentages eine Kundgebung abhalten wollten.

Damit wollten sie auf die Benachteiligung der Frauen in der türkischen Gesellschaft und auf den hohen Anteil von Frauen in türkischen Gefängnissen aufmerksam machen. Die Polizeikräfte gingen nach Angaben von Augenzeugen mit unverhältnismäßiger Härte gegen die völlig friedlichen Kundgebungsteilnehmerinnen vor. Im Fernsehen wurden Bilder von am Boden liegenden Frauen gezeigt, die mit Polizeistiefeln getreten werden. Über 60 Menschen sind nach Angaben der Medien festgenommen worden. Die Zahl der Verletzten wurde nicht bekannt gegeben. Am 5.März war eine Frauendemonstration in Ankara ohne Zwischenfälle verlaufen. Die war allerdings von der Frauenorganisation der Regierungspartei organisiert worden und beschränkte sich auf demonstrative Zustimmung zur Regierungspolitik.

EU gibt sich schockiert

In aller Welt begehen Feministinnen und linke Frauenorganisationen den 8. März als Internationalen Kampftag für die Rechte der Frauen. Die Ursprünge dieser Tradition stammen aus den Kämpfen streikender Textilarbeiterinnen und aus den Kämpfen für Frauenwahlrecht in den ersten beiden Jahrzehnten des letzten Jahrhunderts. (1) Seitdem gehen Frauen an und um diesen Tag für soziale Rechte, gegen gesellschaftliche Benachteiligung und gegen Männergewalt auf die Straße. Immer wieder kam es dabei in verschiedenen, vor allem autoritär regierten Ländern zu Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. Auch in der Türkei gab es vor allem in den 1980er Jahren Übergriffe auf demonstrierende Frauen. Trotzdem passen die Ereignisse vom vergangenen Sonntag nicht zu dem Bild, das sich die Türkei nach außen hin gerne geben will. Vor allem der türkische Ministerpräsident Erdogan wird nicht müde zu beteuern, dass sein Land bei der Einhaltung der Menschenrechte auf dem besten Wege ist.

Menschenrechtsorganisationen haben diesen auch von vielen europäischen Regierungen übernommenen Behauptungen immer vehement widersprochen. Sie haben daran erinnert, dass vor allem im Ostteil der Türkei weiterhin auf den Polizeiwachen gefoltert wird, dass immer noch politische AktivistInnen verschwinden. Dass jetzt nicht nur in der fernen Osttürkei, sondern mitten in Istanbul die Menschenrechte demonstrierender Frauen so massiv verletzt werden, könnte als bewusster Affront der Sicherheitskräfte gegen die Politik des Ministerpräsidenten gedeutet werden. Hardlinern bei den Militärs und der Polizei gingen die in den letzten Monaten beschlossenen Reformen schon zu weit. Allerdings gibt es auch politische Beobachter, die den Reformeifer von Erdogan bezweifeln.

Mittlerweile machen sich auch EU-Gremien über die Anpassung der Türkei an die EU-Normen Sorgen. Sie forderten Erdogan auf, beim Reformeifer nicht nachzulassen. Nachdem der EU-Rat im Dezember beschlossen hat, mit der Türkei Verhandlungen über eine spätere EU-Mitgliedschaft aufzunehmen, sei der Reformeifer erlahmt, kritisieren die EU-Gremien, worauf türkische Regierungsmitglieder verärgert reagierten.

Unmittelbar nach der blutigen Niederschlagung der Frauendemonstration war eine EU-Delegation mit EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn an der Spitze in Ankara mit dem Ministerpräsidenten und anderen hochrangigen Regierungsvertretern zusammen getroffen. Angesichts der schockierenden Fernsehbilder musste die EU-Delegation den Vorfall ansprechen und sparte nicht mit Kritik. Solche Bilder beschleunigen den Annäherungsprozess an die EU nicht, hieß es aus Kreisen der EU-Delegation. Während der türkische Außenminister Gül eine Untersuchung des Vorfalls ankündigte, verteidigte Erdogan den Polizeieinsatz mit dem Argument, dass es Grenzen der Freiheit gäbe und in keinem Land der Welt die Demonstranten Zeit, Ort und Ablauf ihrer Aktionen alleine bestimmen könnten. Doch trotz einiger starker Worte weiß die türkische Regierung auch, dass sie eine allzu harsche Kritik von Seiten der EU-Staaten kaum zu befürchten braucht. So war denn auch das Augenmerk der EU-Delegation mehr auf den wirtschaftspolitischen Annäherungsprozess gerichtet: Man rügte die Türkei, weil sie bestimmte Zollabkommen noch nicht unterzeichnet hatte.

Wiener Menschenrechtsaktivistin verhaftet

Die Anfang Februar 2005 auf dem Istanbuler Flughafen festgenommene Wiener Menschenrechtsaktivistin Sandra Bakutz braucht sich kaum Hoffnung auf Unterstützung aus EU-Ländern machen. Sie setzt sich seit Jahren für Einhaltung der Menschenrechte auch in türkischen Gefängnissen ein und war in die Türkei gereist, weil sie einen Prozess gegen türkische Linke beobachten und darüber für verschiedene Radios berichten wollte. Noch am Flughafen wurde Bakutz festgenommen. Sie wird von der türkischen Justiz beschuldigt, mit ihrer Menschenrechtsarbeit eine in der Türkei verbotene linke Organisation, die DHKP/C, unterstützt zu haben. Ihr soll in Istanbul der Prozess gemacht werden.

MenschenrechtsaktivistInnen befürchten, dass mit der Festnahme ein Signal gegeben werden soll, dass die Türkei unabhängige ProzessbeobachterInnen, die kritisch über die Türkei berichten, nicht mehr dulden will. Menschenrechtsorganisationen stellen kritische Fragen zu einer Zusammenarbeit zwischen der Türkei und EU-Ländern bei der Festnahme von Bakutz. Da der Zugriff kurz nach ihrer Landung auf dem Istanbuler Flughafen erfolgte, muss es eine genaue Beobachtung von Bakutz schon vor ihrer Landung gegeben haben. Wer informierte die türkischen Behörden über Bakutz so genau? Das müssen sich die österreichischen und auch die deutschen Behörden fragen lassen. Bakutz hat zuletzt im Dezember in Berlin an einer Konferenz gegen die Isolationshaft von Gefangenen in der Türkei teilgenommen. In einem Brief aus dem Gefängnis schreibt die Aktivistin: "Ich möchte hier nun aufrufen, dass sich die Augen der internationalen Öffentlichkeit weiter auf die Türkei und auf die Umstände hier richten, damit das Schweigen endlich ein Ende nimmt."

Peter Nowak

Anmerkung:

1) Zur Geschichte des Internationalen Frauentages s. ak 470: ",Trutziglich fordert sie....'. Achter März: Da war doch was - bloß was?"

22. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:35

Hatun Sürücü

Am 5. März demonstrierten in Berlin etwa 1.000 Menschen gegen den Mord an der 23-jährigen Hatun Sürücü, die am 7. Februar der "Ehre" wegen getötet worden war. Die DemonstrantInnen forderten das Recht auf Unversehrtheit, auf ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle Frauen ein. Im Aufruf zu der Demonstration wurde erklärt, dass "der Mord an Hatun Sürücü, der in den vergangenen Wochen große Teile der Berliner Bevölkerung schockierte, kein Einzelfall ist. Gewalt gegen Frauen ist in unserer Stadt ein alltägliches Problem. Sie ist nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt. Jede Frau kann in ihrem nächsten Umfeld Opfer von Gewalt werden. Im Jahr 2003 wurden in Berlin fast 13.000 Fälle von häuslicher Gewalt registriert und die Dunkelziffer liegt weit höher. 1.383 Frauen und 1.232 Kinder suchten im selben Zeitraum Schutz in einem der sechs Berliner Frauenhäuser, knapp 1.000 Wegweisungen gewalttätiger Männer wurden ausgesprochen. Ein dichtes Netz von Notruf-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen für betroffenen Frauen ist unerlässlich. Deshalb fordern wir:

Familiäre Gewalt darf nicht länger tabuisiert werden! Verstärkung der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen!

Ausbau von bestehenden Schutz- und Beratungsangeboten! Keine weiteren finanziellen Kürzungen bei Frauenprojekten! Keine Strafmilderung aufgrund eines möglichen Migrationshintergrundes der Täter! Gewalt gegen Frauen darf nicht relativiert werden."

www.frauenrechte.de/themen/aktuelles/demoaufruf-2005.html

Zahra Kameli

Die 1980 im Iran geborene Zahra Kameli floh Ende der 1990er Jahre aufgrund politischer Verfolgung mit ihrem Mann nach Deutschland. Nachdem ihr Asylantrag abgelehnt wurde und 2004 die Abschiebung anstand, tauchte sie unter, trennte sich von ihrem Mann und konvertierte zum Christentum. Zahra lernte einen neuen Partner kennen und blieb untergetaucht. Ende 2004 stellte sie einen Asyl-Folgeantrag: Durch die neue Beziehung gilt Zahra im Iran als Ehebrecherin. Diesen droht ebenso wie christlich Konvertierten die Tötung durch Steinigung. Der Folgeantrag wurde jedoch vom zuständigen Gericht nicht angenommen; die Abschiebung für den 10. Februar diesen Jahres festgesetzt, und dies, obwohl das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz geschlechtsspezifische Verfolgung als Abschiebehindernis anerkennt.

Am Stichtag versuchten rund 150 DemonstrantInnen am Frankfurter Flughafen, die Abschiebung zu verhindern. Auch Zahra wehrte sich und und brach schließlich zusammen. Aufgrund des Zusammenbruchs weigerte sich der Lufthansa-Flugkapitän, sie mitzunehmen. Zahra Kameli wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Nachdem die Abschiebung gescheitert war, kesselte die Polizei rund 60 der AbschiebungsgegnerInnen ein. Sie wurden verhaftet, für eine Nacht eingesperrt und aufgefordert, sich DNA-Tests zu unterziehen. Abschiebung und Kriminalisierung der AbschiebungsgegnerInnen wurden in den Medien scharf kritisiert. Bundesinnenminister Otto Schily erklärte zunächst, alles wäre korrekt gelaufen. Doch schließlich empfahl er, Zahra Kameli über die Härtefallregelung des neuen Zuwanderungsgesetzes ein Aufenthaltsrecht zu gewähren - allerdings lediglich für ein Jahr und nur, wenn sich die UnterstützerInnen von Zahra Kameli verpflichten, für Unterhalt und Gesundheitsversorgung aufzukommen: Man gehe davon aus, dass sie spätestens in einem Jahr ihren Unterhalt selbst bestreiten könne.

www.wsws.org/de, www.abschiebemaschinerie-stoppen.de

Kämpfende Blumenarbeiterinnen

Im Land des ewigen Frühlings, wie die Hochebene rund um die kolumbianische Hauptstadt Bogotá genannt wird, mehren sich in den riesigen Blumenplantagen die Arbeitskonflikte. Darauf weist die Menschenrechtsorganisation FIAN aus Anlass des Internationalen Frauentages am 8. März hin. Frauen besetzen zwei Drittel der Arbeitsplätze, und sie widersetzen sich zunehmend den extrem ungesunden und zudem Arbeitsrechte missachtenden Arbeitsbedingungen. Sowohl bei dem größten Lieferanten für den

deutschen Markt als auch bei einer Niederlassung des US-Konzerns Dole haben sich unabhängige Gewerkschaften unter dem Vorsitz von Frauen gegründet, in Kolumbien ein gefährliches Unterfangen. Aide Silva ist Vorsitzende der Branchengewerkschaft Untraflores und kennt die Schikanen von Regierung und Unternehmen aus eigener Erfahrung. An ihrem Arbeitsplatz in der Farm Benilda, wichtigste Lieferantin für Deutschland, sind in den vergangenen drei Jahren mehr als 20 Arbeiterinnen wegen Gewerkschaftstätigkeit entlassen worden, die verbliebenen müssen empfindliche Lohnkürzungen hinnehmen. In Kolumbien produzieren etwa 500 Unternehmen auf 5.000 Hektar Rosen, Nelken und andere Schnittblumen für den Weltmarkt, im vergangenen Jahr für mehr als 700 Millionen US-Dollar. Damit ist der Andenstaat der nach Holland zweitwichtigste Blumenexporteur. Zwei Drittel der etwa 75.000 Beschäftigten in den Blumenplantagen sind Frauen.

www.fian.de

Witwen feiern Frauentag

65 Witwen begingen in Chitwan, Nepal, den internationalen Frauentag in besonderer Weise: Sie trugen rote Saris und rote Tikas (Stirnzeichen, die spirituellen Reichtum und damit soziale Anerkennung symbolisieren) und protestierten auf diese Weise gegen ihre Diskriminierung als Witwen. Bis heute sind Witwen in der nepalesischen Gesellschaft Demütigung und Verfolgung ausgesetzt. Das so genannte "Witch-hunting", die Jagd auf vermeintlich "besessene Frauen" bedroht insbesondere Witwen und Alleinstehende.

Erkennungszeichen ist der weiße Sari. In den letzten Jahren haben immer mehr Frauen gegen diesen traditionellen Dresscode protestiert und sich geweigert, ihm zu folgen. Immer mehr Witwen haben begonnen, wie verheiratete Frauen rote Tika, Blusen und Make-up zu tragen. Bei der öffentlichen Aktion in Chtiwan wurden ihnen diese Utensilien demonstrativ von FreundInnen, NachbarInnen und Verwandten zur Verfügung gestellt. Viele Witwen brachten die Hoffnung zum Ausdruck, dass ihr langes Leiden bald ein Ende haben möge. Die Aktivistinnen forderten, dass es Witwen erlaubt sein müsse, wieder zu heiraten. Eine 83-jährige Witwe, die ihren Mann schon in sehr jungen Jahren verloren hatte, erklärte: "Diese Bewegung hätte schon viel früher kommen müssen. Aber besser jetzt als nie."

www.gorkhapatra.org.np

23. Auf der anderen Seite des Ozeans andocken. Surfin' the queer underground - Interview mit dem elekronischen Magazin etuxx

Surfin' the queer underground - ein Interview mit dem elektronischen Magazin etuxx

Autor: Ulf Treger · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:04

Die "e-lektronische tu-ntentine im Superformat xx", kurz etuxx ist ein Magazin im Web. Unter etuxx.com werden Texte, Essays und Reportagen zu Themen mit schwulem und queerem Focus veröffentlicht, so über sadomasochistische Lust, schwule Datingportale als Forum für Rechtsextreme oder über zwei heterosexuelle Omas, die aus finanziellen Gründen homo-heiraten. Als wichtiges Element von etuxx werden diese Inhalte - mit Hilfe der Feedbackmöglichkeiten des Webs - mit und von den LeserInnen intensiv und öffentlich diskutiert. Entstanden ist das Projekt aus der Tuntentinte, dem ursprünglichen Mitteilungsorgan der Homolandwoche, einem halbjährlichen Treffen linksradikaler Schwuler aus der Schweiz, den Niederlanden und Deutschland. Vor vier Jahren beschloss die Redaktion "das Medium zu wechseln" und mit dem Web eine neue Form der Veröffentlichung zu nutzen, während die Tuntentinte seitdem von anderen fortgeführt wird. Im folgenden Interview wurden zwei Redakteure von etuxx zu ihren Intentionen und Inhalten sowie zu den Vorteilen und Beschränkungen des Mediums Web befragt.

ak: Ihr nutzt das Internet als Publikations- und Kommunikationsplattform. Üblicherweise erschöpft sich diese Nutzung in der Erfüllung eines gewissen schrebergärtnerischen Standards - jede Initiative oder Thema eine eigene "Homepage" -, aber das Netz kann ja mehr sein als eine Sammlung von isolierten Heimseiten. Wie schätzt ihr die Möglichkeiten ein, das Internet zu nutzen?

Onan Onair (OA): Man kann nur hoffen, dass das Internet weiterhin eine Plattform bleibt, auf der sich jede und jeder zunächst einmal ohne Zugangsbeschränkungen (vorausgesetzt natürlich die Mittel sind vorhanden) darstellen kann. Es gibt ja immer wieder Diskussionen, die zeigen, dass das nicht selbstverständlich ist. Was uns betrifft, so gab es in der Redaktion von Anfang an eine Perspektiv-Diskussion, die bis heute anhält: Wollen wir bewusst in kleinem Kreis bleiben, also so etwas wie ein Fanzine sein, bei dem zum mitmachen eingeladen wird, oder wollen wir auch die weite Welt aufsuchen, also auch fremdsprachig auftreten. Meine Motivation war und ist eher Letzteres: mit etuxx auf der anderen Seite des Ozeans andocken und in andere Welten blicken. Aber dazu bedarf es eines weit größeren Aufwandes.

Sascha Berlinskij (SB): Am Anfang war das neue Medium etwas Großartiges: Nahezu jeder Beitrag wurde heiß diskutiert; es entstand eine Unmittelbarkeit, von der der einsame Printmedienautor nur träumen konnte. Täglich warst du gespannt auf die Entgegnungen zu den Statements, die du am Vorabend rausgehauen hattest. Es gab wüste, seitenlange Polemiken und viele Überraschungen. Mit der Zeit merktest du, dass man einander kannte, dass die Vielschreiber Freunde und Bekannte waren, mit denen du nun im Internet ausfochtest, was früher zusammen an Kneipentischen beredet wurde.

Wie lässt sich eurer Meinung nach dieser Einfluss des Mediums Internet auf die Art und Weise, wie kommuniziert wird, erklären?

OA: Wenn du nach New York ziehst, glaubst du auch zuerst, jetzt geht's in die große weite Welt. Um dann später festzustellen, dass du aus deinem East Village selten rauskommst. Vielleicht ist es ja so: Je größer die Stadt, desto größer das Bedürfnis nach Intimität. Das Ausmachen enger Grenzen im weiten Raum war für mich ernüchternd.

SB: Die zweite Ernüchterung: Auch dieses Medium reduziert Kommunikation. Missverständnisse, die du am Kneipentisch mit einem Wort ausräumen konntest, verfestigen sich durch die immer noch schriftliche Form, die den Klang einer Stimme, die Mimik und Gestik entbehrt. Menschen, die eigentlich befreundet waren, fingen an, in den virtuellen Debatten einander zu beleidigen. Manchmal wurden nur noch Voyeure befriedigt. Und die Spekulationen blühten, wer sich wohl hinter welchem Pseudonym verberge.

OA: Gerade wenn du Wert auf offene und ehrliche Kommunikation legst, bekommst du die Grenzen des Mediums schnell zu spüren: es ist sehr träge und anonym. Es verführt zum "dirty talk": einfach mal die Sau raus lassen. Was nicht gerade förderlich ist, um ein offenes Klima für Diskussionen zu schaffen.

SB: Irgendwie haben wir es dann geschafft, etuxx ein wenig zu öffnen, und es kamen DiskutantInnen hinzu, die mit unserer kleinen, linken, schwulen, hauptsächlich Berliner Szene nichts zu tun hatten. Das Ideal der unbegrenzten Diskussion "Unter Gleichen", der Traum des World Wide Web, wird sicherlich unerfüllt bleiben. So können wir zum Beispiel eine Übersetzung aller Texte auch nur ins Englische und damit eine Internationalisierung der Diskussionen wohl einfach nicht leisten.

OA: Nach wie vor spannend ist aber die Möglichkeit, die das Internet für etuxx bietet. Wir können schnell reagieren, mit Texten, die auch im Ausland gelesen und diskutiert werden können, so zum CSD in Belgrad. Als der in Frage stand, haben wir eine Solidaritätsadresse veröffentlicht. Plötzlich waren auf unseren Seiten zu Belgrad auch Leute aus internationalen Zusammenhängen anzutreffen. Das fand ich cool.

SB: Wenn es uns gelingt, etuxx als deutschsprachiges Medium der undogmatischen schwulen, queeren Linken weiter zu etablieren, das als relevant und spannend wahrgenommen wird, ist das Projekt ein Erfolg. Gelohnt, damit angefangen zu haben, hat es sich aber für uns persönlich schon längst.

Typische Nebenwirkungen einer offenen Plattform im Web sind Flame Wars (emotionale und oft auch verletzende Beschimpfungen und Debatten), Trolls (Personen, die durch Provokationen Flame Wars auslösen wollen) sowie eine scheinbare Notwendigkeit zu Gegenmaßnahmen wie Moderation, Zugangsbarrieren oder gar Zensur. Wie geht ihr mit diesen Nebenwirkungen um?

SB: Wir haben alles mögliche ausprobiert; so gab es moderierte Diskussionen, gerade zu sehr emotional besetzten Themen, was meiner Meinung nach gut lief, weil die Leute dadurch gedrängt werden, bei der Sache zu bleiben und sich nicht in allzu Persönliches oder Erratisches zu verzetteln, so dass der Verlauf der Debatte auch für diejenigen, die später oder "zufällig" dazustoßen, nachvollziehbar bleibt - ein Grundproblem! Natürlich gab und gibt es immer wieder auch Zensurdebatten. Konsens ist bei uns, das an einer relativ langen Leine laufen zu lassen, die angezogen wird im Falle persönlicher Beleidigungen und faschistoider Hetze. "Don't feed the trolls" ist fast nicht durchzuhalten, weil es in offenen Foren immer jemanden gibt, der dann leider doch füttert.

OA: Wichtig bei allem ist es, dass Redaktion und Moderation transparent bleiben und Löschaktionen oder dergleichen deutlich gemacht werden. Gerade bei Angriffen dieser Art besteht die Gefahr, schnell mal den längeren Hebel in die Hand zu nehmen.

Auf etuxx werden streitbare Themen behandelt, so zum Beispiel Schwule und Islam. Könnt ihr Beispiele, Highlights nennen?

SB: Die ersten "Highlights" hatten mit dem zu tun, was einer unserer Ex-Redaktionskollegen mal sehr schön als "Kulturen der reiferen Jugend" bezeichnete: Der banalste Quatsch, nämlich eine Glosse über die zeitweilige Iro-Frisur des Fußballers David Beckham, führte zu einer heißen, ernsthaften und ellenlangen Debatte über Punk-Identität. Vergleichbar engagiert ging es bei den Themen schwule Skinheads/Nazis oder HipHop/Schwule/Nazis und zuletzt Homophobie im Dancehall zu. Daneben gilt "Sex sells" in übertragener Weise natürlich auch bei uns: Zu "Barebacking" oder SM hat eigentlich jede und jeder eine Meinung. Politisch ist 9/11 mehrfach intensiv diskutiert worden. Dagegen werden Beiträge zu Sozialabbau und Neoliberalismus etwas verhaltener aufgenommen, was aber auch daran liegen könnte, dass es dazu einen ungefähren Konsens unter den etuxx-LeserInnen gibt.

OA: Wenn zu einem Artikel sehr viel gestritten wird, so ist das in erster Linie ein Zeichen dafür, dass es den Kreis der Diskutierenden auf etuxx anspricht. Die Zugriffszahlen sind aber auf vielen Seiten, auf denen gar nicht diskutiert wird, ebenso hoch, oft sogar sehr viel höher. Und da gibt es ganz andere Highlights höchst unterschiedlicher Art: Unsere Artikel zu Medizin und Sex beispielweise, oder zu Transgender im Kulturhaus werden überdurchschnittlich oft aufgerufen, aber niemand hinterlässt dort auch nur ein Wort.

In einem Kommentar schreibt eine Käte Infektiös über euch: "etuxx ist für seine brillanten Einführungstexte mit anschließendem dogmatischen Beleidigungsgekeife berüchtigt". Verschiedene kritische Bewertungen eures

Projekts lassen den Eindruck entstehen, dass ihr zwischen den Stühlen eines nett-oberflächlichen "Homo-Mainstream" und dem Schwarz-Weiß politischer Korrektheit sitzt.

SB: Feedback ist generell das Ein-und-Alles; wir wollen ja nicht nur gelesen werden - sonst hätten wir auch bei der Print-Form bleiben können. Es soll so lebendig wie eben in diesem seltsamen Medium Internet möglich zugehen. Kritik, wie die von Dir erwähnte von Käte Infektiös, die ja zumal auch Substanz hatte, können wir gut vertragen. Es ist allerdings schwierig, Leute, die immer mal wieder gute Statements abgeben, dazu zu bewegen, Texte für etuxx beizusteuern. Denn wir wollen weg von dieser AutorInnen-LeserInnen-Distinktion: "Wir schreiben; Ihr redet darüber" - und hin zu: "Ihr schreibt, und wir stellen das online zur Diskussion".

OA: etuxx ist so gut und so blöde wie seine NutzerInnen. Wer sich also beschwert oder lobend äußert, ist schon dem Wahn verfallen, er bekäme hier etwas präsentiert, was jenseitig der Mattscheibe passiert. Natürlich freuen wir uns über ein Feedback, mit dem wir was anfangen können. Nichts ist auf die Dauer energiezehrender, als das Gefühl zu haben, im Internet zu schwimmen. Oder zwischen die Stühle zu fallen, wenn Du es so ausdrücken willst.

SB: Wir sitzen bestimmt "zwischen mehreren Stühlen", wenn auch nicht zwischen "Homo-Mainstream" und "politischer Korrektheit", denn zwischen beiden "Stühlen" ist nun wirklich nicht genug Platz für uns. Antipoden sind eher: Machen wir ein Fanzine für FreundInnen oder ein Politmagazin potenziell für alle undogmatischen Linken? Verfolgen wir schwerpunktmäßig bestimmte Themen oder wollen wir ein lustig-launiges Sponti-Ding? Und das entscheiden wir von Mal zu Mal, bzw. eben: gar nicht.

OA: Ich mache etuxx unter anderem auch deshalb, weil ich mich nicht in dem Paradigma von links und rechts bewege. Ich habe auch keine Berührungsangst vor dem Mainstream. Du musst den Mainstream zwangsläufig berühren, wenn Du seine Unterströmungen herausfinden willst. Auf den Unterströmungen wollen wir ja surfen.

In eurem Slogan benutzt ihr den Begriff queer. Hier zu Lande wird er oft als verkümmertes Synonym für schwul-lesbisch genutzt, aber mit queer ist ja weitaus mehr gemeint, er hat eine politische Bedeutung, es gibt einen akademischen Diskurs und gleichzeitig lehnen nicht wenige diesen Begriff für sich als zu allgemein und gleichmacherisch ab. Wie versteht ihr queer?

SB: Oh, da könnte es wohl hinkommen, dass fünf Redakteure sechs Meinungen haben. Für mich bedeutet "queer" zunächst mal ganz pragmatisch: "Schwul" ist nicht genug! "Schwul" war eine Etappe im (persönlichen und allgemein-politischen) Emanzipationsprozess, einem Prozess, der nie abgeschlossen ist. "Queer" stellt die einst noch zufrieden stellende und "glücklich gewonnene" Identität als schwuler Mann wiederum in Frage. "Queer" hat für mich mit einer "neuen" Offenheit zu tun, ist also nicht ein alternatives Identitätslabel (zu "schwul"), wenngleich schon eine andere distinktive Verortung. Aber immer: von je zu je, und also niemals voraussetzungslos und also nicht: beliebig.

Das Interview führte Ulf Treger

Webadresse: www.etuxx.com

24. Ohren-Propaganda

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:34

So viel Bewegung

... hat es bei der Hamburger Band Fink noch nicht gegeben. Nicht nur musikalisch ist da einiges auf- oder umgerüstet worden. Auch thematisch handeln die Texte von Sänger und Frontmann Nils Koppruch vor allem von Bewegungen. So heißen die Songs denn auch "Doppel-Hopp", "Durchreise" oder "So fährt der Zug ab". Das diese Bewegungslust etwas mit den heutigen Zeiten zu tun hat, ist bei Fink klar. Und wenn Koppruch voller Optimismus versucht, ein Totes Pferd zum Aufstehen zu überreden, kommt man nicht umhin, über die Kluft zwischen sozialen und politischen Grausamkeiten real-existierender Regierungspolitik und dem weitgehenden Fehlen eines massenhaften Widerstands dagegen, zu grübeln. Das ganze natürlich in der sehr eigenwilligen Fink-Sprache, in der Koppruch fast surrealistische Bilder erzeugt. Auch auf dem inzwischen sechsten Album stehen Fink dem Country weiterhin nahe. Aufgemischt wird dieser Stil aber auf "Bam Bam Bam" mit tiefen erdigen Bässen und einen sehr souligen Keyboard. Die Verbindung aus dem weißen Country mit den schwarzen Soulelementen ist durchaus gelungen. Auch wenn die Musik damit noch lange nicht zur Tanzmusik wird. Konnte man aber früher durchaus überlegen, den eigenen Ohrensessel auf ein Fink-Konzert mitzunehmen, so sorgt die neue Platte auch live dafür, dass Bewegung aufkommt. (Dse)

Fink, Bam Bam Bam, Trocadero-Records, www.finkmusik.de Tourdaten: 15.4: Bremen, Lagerhaus, 16.4.: Bielefeld, Kamp, 17.4.: Münster, Gleis 22, 18.4.: Essen, Grend, 19.4.: Köln, Stadtgarten, 20.4.: Aachen, Jakobshof, 21.4.: Karlsruhe, Schlachthof, 22.4.: Schorndorf, Manufaktur, 23.4.: A-Ebensee, Kino, 24.4.: A-Wien, Szene, 25.4.: München, Zerwirk, 26.4.: Nürnberg, Hirsch, 27.4.: Frankfurt, Mousonturm, 28.4.: Kassel, KuFa Salzmann, 29.4.: Berlin, Kesselhaus, 4.5.: Hamburg, Fabrik, 5.5.: Flensburg, Volksbad, 6.5.: Halle, Turm, 7.5.: Schwerin, Dr. K

"Kümmernde Songs"

So nennt Thees Uhlmann, Sänger von Tomte, die Lieder der Hamburger Band Kettcar und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Diese Mischung aus Melancholie und Schlichtheit, diese Dichte zum alltäglichen Auf und Ab, diese Ehrlichkeit und Unverstelltheit und diese stille Liebe, mit der die Dinge und Menschen betrachtet werden, all das lässt sich mit der Bezeichnung "Kümmernde Songs" durchaus einfangen. Und vermutlich liegt hier auch der Grund, warum die Band überall nur positive Reaktionen einsammelt und sogar die Tagesthemen nicht umhin kommen, das neue, zweite Album von Kettcar vorzustellen. Mit ihrem ersten Album hatte Kettcar bereits reichlich Furore gemacht und damit unweigerlich auch eine hohe Messlatte für das Nachfolgealbum gelegt. Das liegt mit "von spatzen und tauben, dächern und händen" jetzt vor und erfüllt alle Erwartungen. Kettcar mit Sänger, Gitarrist und Texter Marcus Wiebusch hat ein wunderbares Album gestrickt. Die Art der Gitarrensounds und die Stimme von Wiebusch machen die Band inzwischen unverwechselbar. Dabei sind die Grundzüge mit dem Stichwort "Hamburger Schule", also mehr oder minder schrammelig eingesetzten Gitarrensounds, leicht zu beschreiben. Der Song "48 Stunden" ist bereits als Single veröffentlicht. Es ist ein Abschiedssong in einer mobilen Gesellschaft, in der Long-Distance-Beziehungen nur das Wochenende lassen - oder auch nicht. Das Album selbst erscheint Anfang März im eigenen Label Grand Hotel van Cleef. Auch das ist eine Erfolgsgeschichte, die man der Band von Herzem gönnt. In "Anders als Gedacht" mögen sie auch dies meinen, wenn sie singen: "So jenseits von Schade, sind die letzten drei Jahre". Als Reaktion auf die zusammenbrechende Musikindustrie haben Kettcar gemeinsam mit Tomte das Label gegründet - und seitdem die eigenen Platten für ein Independent-Label reichlich gut verkauft. (Dse)

Kettcar, von spatzen und tauben, dächern und händen, www.kettcar.net/

Tourdaten: 18.3.: Göttingen, Junges Theater, 19.3.: Platenlaase, Cafe Grenzbereiche, 30.3.: Essen, JZE, 31.3.: Köln, Live Music Hall, 1.4.: Saarbrücken, Garage, 2.4.: Mannheim, Feuerwache, 3.4.: München, Backstage, 4.4.: Wien, Arena, 5.4.: Dresden, Star Club, 6.4.: Berlin, Columbia Club, 8.4./9.4.: Hamburg, Große Freiheit 36

Kriegszeiten

Die Asian Dub Foundation ist irgendwie immer wieder anders: Regelmäßige Um- und Neubesetzungen sorgen dafür, dass auch die musikalischen Einflüsse immer wieder neu gemixt werden. Wenig Veränderung gibt es aber in den Standortbestimmungen: "Tank" heißt ihr neues Album, dass Ende des Monats erscheint und schon mit dem Titel klar macht, worum es geht: Kriegszeiten eben. Mit Songs wie "Warring Dhol" über die Situation in Pakistan und Bangladesh, mit "(We want your) Oil", in dem sie die Abhängigkeiten und ökonomischen Interessen diverser Staaten eben vom Öl behandeln oder mit "Take back the Power", in dem sie diktatorischen Machtmissbrauch angreifen, wird ein weiter Horizont zum Thema gespannt. Das Ganze dargeboten auf viel Dub, unterlegt mit Elektro, eine Prise Reggae hier und da und jede Menge Druckwellen aus dem Sektor BassnDrum. Jenseits solcher Plattenproduktionen sind ADF aber auch sonst aktiv. Für das britische National Theatre ist das Kollektiv derzeit dabei, eine Oper über den lybischen Revolutionsführer Colonel Gadaffi zu schreiben und zu performen. Und mit Chuck D, dem Kopf von Public Enemy, hat die ADF gleich mehrere Songs gemeinsam aufgenommen, die auf der kommenden CD als "open disc" veröffentlicht werden. Lohnt sich also in jedem Fall zusätzlich. (Dse)

Asian Dub Fundation, Tank, www.asiandubfoundation.com, Tourdaten: 26.4.: München, Muffathalle, 27.4.: Darmstadt, Centralstation, 28.4.: Stuttgart, Zapata, 29.4.: Hamburg, Grosse Freiheit, 30.4.: Berlin, Huxleys, 1.5.: Köln, Live Music Hall, 3.5.: CH- Zürich, Xtra

25. Die Was-wäre-wenn-Maschine. KickOff-Lit lässt interventionistische Praxen literarisch werden

Autor: KickOff-Lit · Rubrik: Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:19

Gehen der Linken die Ideen aus? Versagt die (Befreiungs-)Fantasie angesichts von neoliberaler Globalisierung, Krieg und Agenda 2010? Das Internetprojekt "KickOff-lit" will rituell erstarrten linken Bewegungsformen Beine machen - vorerst literarisch.

KickOff-lit ist ein Projekt der Wuppertaler Gruppen Stiftung w und radio gAZelle sowie des Zusammenhangs Theorie und Praxis aus Essen. Das linke Literaturlaboratorium sammelt Texte und Ideen für politische Aktionen, wilde Kampagnen und weithin wahrnehmbare Bewegungen. Die kühnen Träume von dem, was möglich wäre, sollen in Form kurzer Geschichten oder Handlungsplots formuliert und dann im Internet präsentiert werden (www.kick-off-lit.org). Die Veröffentlichung macht sie diskutierbar und bietet eine Gelegenheit, die Möglichkeiten für linke Praxis neu zu (über-)denken und dadurch alte und neue Formen politischer Intervention wiederzubeleben.

Fantasie an die Macht

Was, bitte, soll ein solches Projekt? Ein bisschen sublimieren? Oder etwa nur amüsieren? Nun, ein wenig Amusement wäre, für den Anfang und zur Abwechslung, vielleicht gar nicht schlecht. Denn Gründe für schlechte Laune gibt es ja gegenwärtig genug. Allein: angesichts knallharter Realitäten und des Scheiterns vergangener Konzepte scheint vielen die Fantasie für heutiges Handeln auszugehen. Und so hocken wir immer wieder mit verkniffenem Gesichtsausdruck und rauchenden Köpfen da, im günstigsten Fall beieinander, vielleicht aber auch recht einsam, ohne dass uns jenseits von Montagsdemos und symbolischen Aktionen etwas einfiele. Offenbar haben wir zur Zeit keine angemessene Antwort, die uns aus der gegenwärtigen Handlungsstarre reißen, unserer derzeit eher ohnmächtigen Wut lautstark den richtigen Ausdruck verleihen, schließlich gar die Verhältnisse zum Tanzen bringen könnte.

Trotzdem und gerade deshalb: Wir unterstellen, dass der Geist, der stets verneint, noch immer willig ist; dass es noch immer genug Unmut und Sehnsucht nach Bewegung gibt; und dass es deshalb an der Zeit wäre, die "Was-wäre-wenn"-Maschine anzuwerfen, um uns erneut mit einer gesunden Portion utopischen Begehrens auszustatten und wieder lustvoll mit alten und neuen Aktionsformen zu experimentieren. Denn wir sind der Meinung: Es gibt genug schlagkräftigen Ideen, aber eben auch unsere eigene Blockade, sie wieder zu denken und uns davon zu erzählen, um miteinander reichlich tätlich tätig zu werden!

Auf der Suche nach Gründen dafür, warum trotz aller Sehnsucht und Notwendigkeit kaum Ansätze für eine angemessene, breite und vielfältige interventionistische Praxis auszumachen sind, stolpern wir auch über Ursachen, die mit unseren eigenen politischen Kulturen zu tun haben. Denn noch vor aller zu erwartenden Repression und anderen Unbequemlichkeiten ist es wohl auch eine gehörige Portion Selbstzurichtung, die uns daran hindert, ein nicht nur hör-, sondern auch spürbares Nein zu formulieren. Permanent von den Verhältnissen gefordert, mühen wir uns, oft auf uns allein gestellt, alltäglich an materiellen Realitäten ab. Dabei bleibt die Suche nach dem, was über das Hier und Jetzt hinausweisen, immer mehr auf der Strecke. Träumerei ist schließlich Luxus, und den können wir uns angesichts realer Vorgaben nicht leisten. Diesen Zwang zum Realismus verdoppeln wir, wenn es eigentlich darum ginge, Empörung in Handlung zu übersetzen. Sehr schnell sind wir dabei, kleine und große Ideen mit einem "Jetzt bleib aber mal auf dem Boden!" oder einem "Was genau soll das schon bringen?" noch vor jeder Tat auszubremsen. Mit dieser Machbarkeitsschere sind wir schneller zur Hand als damit, ein Wagnis zu Ende zu spinnen, dessen Gründe und Ergebnisse wir vorab nicht genau bestimmt haben. Und kaum wagen wir überhaupt, die Stimme zu erheben, wenn nicht die wasserdichte Analyse vorweggestellt wird, bittschön präzise und widerspruchsfrei formuliert. Der exzessive Zwang zur Analyse ist da -bisweilen unbemerkt - geneigt, den ein oder anderen zaghaften Versuch mit einem barschen "Schon mal was vom Warenfetisch gehört?" mundtot zu machen.

Unsere Unversöhnlichkeit mit dem Bestehenden hat keine Stimme mehr. Und dies ist ob all der anderen Unerträglichkeiten nicht länger auszuhalten. Gesucht sind deshalb Geschichten, die vom rebellischen Begehren nach einer anderen Welt erzählen. Die dazu anstiften, das angeblich Naturgegebene und Normale

radikal in Frage zu stellen. Geschichten, die dem Bestimmt ein Vielleicht entgegensetzen und uns anstecken mit unserer Lust auf Widerstand und Ungehorsam und Bewegung. "KickOff-lit" wird diese Geschichten vom politischen Handeln sammeln und auf einer Internet-Seite allgemein zugänglich machen. Die Grenzen, denen wir unser politisches Handeln ausgesetzt sehen, sollen hinterfragt werden: Was wünschen wir uns denn zu tun? Das ist der Versuch, uns vom Realismus- und Effektivitätszwang zu erlösen, indem wir - vorerst - "literarisch" werden. Eine Geschichte muss "der" Wirklichkeit nicht gerecht werden. Frei von literarischen Zwängen und ausgemachten Zielvorgaben geht es um den Austausch von Ideen für kleine oder große politische Aktionen. Wie könnte alles geplant und abgelaufen sein? Einsendungen sollen max. 12.000 Zeichen haben und werden im KickOff-Pool veröffentlicht.

Lob des Groschenromans

Symbolisch dafür, dass Geschichten wild zirkulieren, überall zu haben und vor allem furchtbar ansteckend sein werden, wird "KickOff-lit" einen der Plots zur Vorlage für einen Groschenroman nehmen - greifbar, lesbar, aufregend, verführerisch und mit Happy End. Denn ist nicht der Groschenroman diejenige Form, in der man uns von unseren "natürlichen Bedürfnissen" erzählt? Vom Bedürfnis nach Liebe und Abenteuer? Ganz vergessen, vielleicht sogar unterschlagen hat man bislang jedoch ein ganz grundlegendes Bedürfnis - das "natürliche Bedürfnis nach Rebellion" und radikaler Veränderung. Das muss anders werden! Im KickOff-Pool stehen unsere Geschichten zur allabendlichen Inspiration, Diskussion und Nachahmung für alle offen. So soll den Verhältnissen ein herzliches "Vielleicht ja doch!" entgegenhalten werden, das in beherzten Taten mündet.

KickOff-lit

www.kick-off-lit.org

26. Genozid und Versöhnung. Eindrücke von den Afrika-Filmen der Berlinale

Autor: Maria Pins · Rubrik: Afrika allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:27

Mit den Schwerpunktthemen "Fußball, Sex und Politik" lockten die diesjährigen Internationalen Filmfestspiele in Berlin (kurz: Berlinale). Auf diesen Nenner brachte es zumindest der Leiter der Berlinale, Dieter Kosslick, der zugleich "mehr Inhalte, weniger Stars" und ein "politisches Festival" versprach. Dessen politischer Schwerpunkt war Afrika und ein afrikanischer Film gewann auch den Hauptpreis, den Goldenen Bären.

Frühjahr 1994. Aus einem halb leeren Swimmingpool der luxuriösen Hotelanlage "Mill Collines" wird mit Eimern Wasser geschöpft, Wasser zum Trinken, weil kein anderes mehr vorhanden ist. Ringsherum sind Straßensperren aufgestellt und leblose Körper pflastern die Straßen. Das Hotel "Mill Collines" liegt im Zentrum der ruandischen Hauptstadt Kigali.

Dies ist eine Szene aus dem Spielfilm "Hotel Rwanda" von Terry George, der, wie auch Raoul Pecks "Sometimes in April", den Völkermord der Hutu an den Tutsi behandelt, bei dem über eine Million Menschen umgebracht wurden. Beide Filme erzählen die Geschehnisse aus der Sicht von Familien, in denen die Ehemänner Hutu und die Frauen Tutsi sind.

"Hotel Rwanda", außer Konkurrenz im Berlinale-Wettbewerb, greift die wahre Geschichte des ehemaligen Hotelmanagers Paul Rusesabagina (Don Cheadle) auf, der während der 100-tägigen Eskalation durch sein couragiertes Handeln über tausend Tutsi-Angehörigen das Leben rettete, indem er die Hoteltüren für die fliehenden Menschen öffnete.

Während "Hotel Rwanda" einer linearen Erzählstruktur folgt und eher einem Heldenepos gleicht, ist der Wettbewerbsfilm "Sometimes in April" formal wie inhaltlich vielschichtiger angelegt. Der Film nimmt den Aspekt der Vergangenheitsbewältigung auf und schneidet so die Frage an, wie nach dem Völkermord Aussöhnung möglich ist. Formal wird die Vergangenheit durch eine vielschichtige Rückblendenmontage eingeholt, in der Einzelschicksale gezeigt werden und Dokumente sowie Spielszenen die Rolle der Clinton-Regierung offenbaren. In dem Film besucht der Lehrer Augustin (Idris Elba) 2004 seinen inhaftierten Bruder Honoré (Oris Erhuero), der sich vor dem UN-Tribunal verantworten muss. Die Anklage lautet Aufruf zum Völkermord. Honoré arbeitete 1994 als Radio-Journalist bei einem Propagandasender, der Hutu-Extremisten zum Morden aufhetzte. Die Massaker begannen bereits wenige Stunden nach dem Flugzeugabschuss am Abend des 6. April 1994, bei dem Präsident Habyarimana und sein burundischer Amtskollege Cyprien Ntaaryamira getötet wurden, als sie gerade von Friedensverhandlungen im tansanischen Arusha nach Kigali zurück kehrten. Der fast zeitgleiche Ausbruch der Gewalttätigkeiten zeugt davon, dass der Genozid von Regierung und Armee geplant war.

Die Filme kritisieren zu Recht die Medien, die den Völkermord als Ergebnis jahrhundertealter Spannungen zwischen "verfeindeten Stämmen" und "als Ausdruck atavistischer Gewalt" werteten. (W-C. Peas: 163) Richtig ist vielmehr, dass ethnische und religiöse Spannungen und Konflikte nicht zu unterschätzen sind, aber solche Ideologeme eher eine Ressource bilden zur Mobilisierung für die Kriegsparteien. (vgl. H. Münkler: 8)

Kindersoldaten - Täter und Opfer

Ein Dokumentarfilm ruft einen weiteren vergessenen Kriegsschauplatz ins Gedächtnis: den Norden Ugandas, wo seit 18 Jahren ein Bürgerkrieg andauert. Der Film "Lost Children" beschäftigt sich mit der individuellen und sozialen Bewältigung der Vergangenheit. Die Filmemacher Ali Samadie Ahadi und Oliver Stoltz begleiten vier ehemalige Kindersoldaten (8-15 Jahre) bei der Suche nach ihren Eltern. Von den Milizen der Lord's Resistance Army (LRA) entführt und zu Soldaten abgerichtet, finden sie nach geglückter Flucht im Auffanglager der Caritas Schutz. Dort werden sie versorgt, psychologisch betreut und bei der Suche nach ihren Verwandten unterstützt.

Die Kinder reden offen über ihre Taten, Ängste, Wünsche und Hoffnungen. Jennifer (15) hat fünf Jahre in der Armee zugebracht. Geraubt und vergewaltigt, kann sie heute nicht einmal mehr einfache Zeichnungen anfertigen; Kilama (13) und Francis (12 Jahre) leiden unter ständigen Albträumen. Auch die Rückkehr in ein

familiäres Umfeld wird ihnen erschwert, wenn nicht gar verweigert. Die Familien haben Angst vor ihren eigenen Kindern und den Repressionen der Rebellen. Je ablehnender die kriegsgestörte Gesellschaft auf ihre zurückgekehrten und traumatisierten Kinder reagiert, um so eher kommt in diesen der Wunsch auf, wieder in den Busch zurückzukehren.

Der Film verzichtet auf Bilder von Maschinenpistolen schwingenden Kindersoldaten. Er stellt sich auf die Seite der Kinder als Opfer, ohne ihre Taten auszublenden oder zu verharmlosen. Um einen Eindruck von den Gräueln zu vermitteln, werden nur kurz Bilder von geschändeten und enthaupteten Leichen gezeigt.

Der Film über die ugandischen Kindersoldaten beschreibt nicht nur eine afrikanische Tragödie. Er lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die zu schützenden Rechte von Kindern, die entführt, entwürdigt und missbraucht werden; laut UNO wird die Zahl der Kindersoldaten weltweit auf 300.000 geschätzt. Rekrutiert werden sie, weil sie billiger sind, leichter zu manipulieren und sorgloser im Umgang mit Gefahren; zudem wird auf das Kalkül gesetzt, dass Blauhelmtruppen zögern, auf Kinder zu schießen.

Carmen in der Wellblechhütte

Die Filme haben eine klare Aussage: "Schaut nicht weg, sondern genau hin. " Und sie werfen Fragen auf: Hätte der Völkermord verhindert werden können? Welche politischen Instrumentarien müssen bereitgestellt werden, um Konflikte zu vermeiden oder zu entschärfen? Wie groß ist die Chance auf Versöhnung? Wie können Kinderrechte weltweit geschützt werden?

Einen anderen Konfliktherd zeigt der Film "Arlit, deuxième Paris". Arlit, eine Stadt am Rande der Wüste im Norden von Niger, ist für viele Menschen Zwischenstation auf dem Weg durch die Sahara nach Europa. Aber häufig findet die Reise hier ihr vorläufiges Ende, weil das nötige Geld zur Weiterfahrt fehlt. In den siebziger Jahren war Arlit eine aufstrebende Stadt und galt als "zweites Paris". Die Uranvorkommen, die noch heute von der französischen Firma Cogema gefördert werden, zogen viele Arbeiter aus allen afrikanischen Ländern an und machte die Stadt zu einem sprichwörtlichen multiethnischen Schmelztiegel. Doch die Tuareg-Aufstände und der Preisverfall des Urans führten die Stadt an den Abgrund. Heute haben ihre BewohnerInnen kaum noch das Nötige zum Leben.

Die Bilder des aus Benin stammenden Regisseurs Idrissou Mora-Kpai zeugen von Trostlosigkeit, Tristesse und Stillstand, wenn z. B. zwei Barfrauen vergeblich auf zahlende Kundschaft warten. Aber auch Krankheit und Tod bestimmen die Geschichten. Von offizieller Seite wird eine Verseuchung durch den Uranabbau geleugnet - und das, obwohl Minenarbeiter ohne Schutzkleidung mit dem radioaktiven Stoff hantieren.

Aus Südafrika kommt der Film "Grietjie van Garies", mit dem die Regisseurin Odette Geldenhuys die lokal bekannte Sängerin Grietjie Adams porträtiert: eine 78 jährige schwarze Frau, aufgewachsen auf einer Farm in Garies in Namaqualand. Heute tritt sie auch auf lokalen Country-Festivals vor überwiegend weißem Publikum auf. Die etwas kauzige Grietjie singt ihre Lieder in Africaans, der Sprache der Apartheid. Im Laufe des Films wird dies immer selbstverständlicher, weil sich die energiegeladene Performerin Grietjie entschlossen hat, weder Opfer zu sein, noch sich dazu machen zu lassen.

Der zweite südafrikanische Film "U-Carmen eKhyelitscha" ist mit dem Goldenen Bären ausgezeichnet worden. Auch Mark Dorford-May kann sich dem Carmen-Mythos nicht entziehen, von dem sich schon zahlreiche Regisseure vor ihm haben inspirieren lassen. Dorford-May verlegt die Geschichte ins südafrikanische Township und lässt Bizets Oper in der Xhosa-Sprache singen. Das Spiel um Liebe und Hass, Eifersucht und Freiheit funktioniert auch zwischen Wellblechhütten. Aber auch hier muss Carmen am Ende sterben. Der Mythos hat seine Eigengesetzlichkeiten, die nicht umgangen werden können.

Ob dieser Film, der weder stilistisch noch thematisch herausragend ist, den Goldenen Bären zu Recht bekommen hat oder nicht, sei dahin gestellt. Problematischer ist, dass ein "Schwerpunkt" Afrika mit nur acht Filmen dem Kontinent in seiner Vielschichtigkeit natürlich nicht gerecht werden kann.

Maria Pins

Literatur:<</p>

Herfried Münkler: Die neuen Kriege. Hamburg 2002

Wolf-Christian: Versöhnung nach dem Völkermord? In: Böhler/Hoeren (Hrsg.) Afrika. Mythos und Zukunft. Bonn 2002

27. Fakten gegen Legenden. Frederick Taylor über die Bombardierung Dresdens im Februar 1945

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:05

Wo es um Grundfragen kollektiver Selbstwahrnehmung geht, stößt politische Aufklärung an ihre Grenzen. Der britische Historiker Frederick Taylor hat in seinem Buch "Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945" dennoch versucht, mit historischen Fakten gegen Legenden vorzugehen. Das wird ihm offensichtlich übel genommen: Nach öffentlichen Anfeindungen konnte im Januar sein Auftritt im Dresdner Rathaus nur unter Polizeischutz stattfinden.

Die Unbelehrbahren sind dabei nicht nur in der Dresdner Bevölkerung oder bei der NPD zu suchen. Springers BZ (12.2.2005) leitete einen Artikel über Taylors Buch mit der Behauptung ein, in Dresden hätten im Februar 1945 bei den alliierten Bombenangriffen "über 200.000 Menschen den Feuertod" gefunden. Tatsächlich liegt die Zahl der Opfer in Dresden bei 25.000, allerhöchstens bei 40.000. Auch der Bestsellerautor Jörg Friedrich ("Der Brand") bleibt dabei, die Angriffe als "Kriegsverbrechen" zu bezeichnen. Zwar stellt Taylor klar, er habe nicht die "britische Antwort" auf Friedrich geschrieben - das schon deshalb nicht, weil er dessen "tendenziöses" Buch erst nachträglich gelesen habe. Der Vergleich zwischen beiden Veröffentlichungen zeigt dennoch die völlig unterschiedliche Herangehensweise der Autoren, wie Volker Ulrich in der Zeit (Nr. 7/2005) hervorhebt: "Anders als Friedrich mit seinem verengten Blick auf die deutschen Leiden, seinen emotionalisierenden Wortkaskaden und seinen den Vergleich mit dem Holocaust nahe legenden Assoziationsketten ist Taylor um eine nüchterne Sicht der Dinge bemüht."

Die im Untertitel aufgeworfene Frage "Militärische Logik oder blanker Terror?" beantwortet Taylor schon im Vorwort: Dresden war keine "unschuldige" Stadt, sondern eine "normal funktionierende Stadt (normal funktionierend sowohl im allgemeinen Sinne als auch im Rahmen Nazi-Deutschlands)"; sämtliche Betriebe, sowohl die Porzellanmanufakturen als auch die Zeiß-Werke, waren auf Rüstungsproduktion umgestellt. Dresden war daher "nach den damaligen Maßstäben ein legitimes militärisches Ziel". Die Frage, die sich Taylor stellt, ist moralischer Natur: Durfte ein legitimes Ziel wie die funktionierende Nazi-Stadt Dresden "ungeachtet der Wahrscheinlichkeit hoher Verluste unter der Zivilbevölkerung bombardiert werden?" Während er die Beantwortung dieser Frage den LeserInnen überlässt, hat er in Interviews nach Erscheinen seines Buches verhalten gegen die moralische Berechtigung des Angriffs Stellung bezogen. Auch wer das anders sieht, kann das Buch mit Gewinn lesen.

Berichten Überlebender, von denen er viele persönlich befragt hat, räumt Taylor breiten Raum ein. Die Schilderungen des massenhaften Sterbens im Feuersturm stellt er neben Berichte der Menschen, die dem durch die Bombenangriffe verursachten Chaos ihr Leben verdanken: Jüdinnen und Juden, von denen einige schon den Deportationsbescheid erhalten hatten - sie konnten sich nun den gelben Stern von der Kleidung reißen und untertauchen. Auch dieser Aspekt gehört zur "Wahrheit über Dresden".

Taylors Verdienst besteht aber vor allem darin, dass er die Legende vom militärisch sinnlosen Terrorakt widerlegt. Die Vernichtung von Dresden und Chemnitz, das einen Tag später angegriffen wurde, sollte "das gesamte Industrie-, Verkehrs- und Fernmeldesystem im östlichen Sachsen ausradieren, genau zu dem Zeitpunkt, da die Sowjets im Anmarsch waren. Die Deutschen, welche die Rote Armee aufhalten wollten, würden hinter sich nur eine Wüste haben, und es würde nahezu unmöglich sein, Verstärkungen heranzuführen. Das hofften zumindest die Planer der RAF."

Goebbels' nachwirkendes "Meisterwerk"

Dass der strategische Bombenkrieg gegen Deutschland einen militärischen Sinn hatte, steht für Taylor außer Frage. Er verursachte immense Produktionsausfälle - im Jahre 1944 zwischen 31 und 42 Prozent bei Flugzeugen, Lastwagen und Panzern; die deutsche Luftabwehr verbrauchte ein Fünftel der gesamten Munition; zwei Millionen Deutsche waren im vorletzten Kriegsjahr allein mit Luftabwehr und Beseitigung der Bombenschäden beschäftigt; die Luftwaffe musste - statt mit Langstreckenbombern - vorrangig mit Jagdflugzeugen ausgerüstet werden. All dies sieht Taylor auch als Verdienst des britischen Bomber Command unter Sir Arthur "Bomber" Harris. Umstritten bleibt, ob der Bombenkrieg in der deutschen Bevölkerung die

angestrebte "moralische Zersetzung" herbeiführte und auch dadurch den Krieg verkürzen half. Taylor zitiert den Historiker Götz Bergander, der als Jugendlicher den Angriff auf Dresden erlebte: "Der Schock von Dresden trug wesentlich zu einer Sinneswandlung bei. Sie äußerte sich damals in den Worten: Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende."

Dass die Zerstörungen in Dresden besonders verheerend ausfielen, liegt an den außergewöhnlichen äußeren Bedingungen; die britischen und US-amerikanischen Bomberpiloten hatten nicht nur klare Sicht, sie stießen auch kaum auf Gegenwehr durch deutsche Flugzeuge oder Flugabwehrkanonen. Die hohe Zahl der Toten erklärt sich zudem auch aus den völlig unzureichenden Schutzmaßnahmen. So hatte Gauleiter Mutschmann für sich selbst zwar einen bombensicheren Bunker bauen lassen; die Dresdner BürgerInnen und die 200.000 schlesischen Flüchtlinge in der Stadt mussten dagegen in gewöhnlichen Kellern Schutz suchen.

Bis heute nimmt Dresden in der kollektiven Erinnerung an den Bombenkrieg eine Sonderstellung ein. Das liegt nicht nur an der Zerstörung historischer Kunstschätze im einstigen "Elbflorenz" und an der hohen Opferzahl; in Hamburg starben im Juli 1943 40.000 Menschen, und zehn Tage nach Dresden erlebte Pforzheim, gemessen an der Bevölkerungszahl, den schlimmsten aller Angriffe.

Ein wesentliches Moment für Dresdens Sonderstellung liegt Taylor zu Folge in dem kurz nach dem Fall der Bomben einsetzenden Propagandakrieg. Goebbels sei zunächst ratlos gewesen: "Wenn er dem deutschen Volk riesige Verluste in einer so symbolträchtigen Stadt wie Dresden eingestand, lief er Gefahr, die Moral der Nation ... ernstlich zu untergraben." Erst ein Propagandafehler des Feindes brachte ihn in die Offensive. Der militärischen Zensur entging nämlich ein Bericht des Associated-Press-Korrespondenten Howard Cowan, dessen Kernsatz lautete: "Die alliierten Luftwaffenchefs haben die lang erwartete Entscheidung getroffen, absichtliche Terrorbombardements deutscher Bevölkerungszentren durchzuführen, als rücksichtsloses Mittel zur Beschleunigung von Hitlers Untergang." Im Rahmen des "totalen Luftkriegs gegen Deutschland" stünden weitere Angriffe auf Wohngebiete bevor, um "das Chaos im deutschen Straßen- und Verkehrswesen zu erhöhen und die deutsche Moral zu schwächen."

Alle Dementis halfen nichts, das Wort "Terrorbombardement" war in der Welt, und Goebbels erkannte seine Chance. In einer Pressemitteilung unterstellte er den Alliierten, "dass man das deutsche Volk und alles, was es an Habe noch besitzt, austilgen und vernichten will." Im neutralen Ausland, teilweise auch in England, hatte Goebbels' Kampagne die beabsichtigte Wirkung. Das Svenska Dagbladet erschien am 25. Februar mit der Schlagzeile "Eher 200.000 als 100.000 Opfer". Die von nun an kolportierten völlig überhöhten Zahlen waren das Ergebnis einer Fälschung: Dem "Tagesbefehl Nr. 47" des Dresdner SS- und Polizeiführers, von dem Kopien an die Auslandspresse geleitet wurden, waren vorher an entscheidenden Stellen Nullen hinzugefügt worden: Aus den 20.204 geborgenen Toten wurden so 202.040 - eine Zahl, die, siehe die eingangs zitierte BZ, bis heute nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die durch diese Fälschung verursachte internationale Empörung sieht Taylor als "Goebbels' letztes finsteres Meisterwerk".

Auch in der DDR blieb dieses "Meisterwerk" nicht ohne Nachwirkungen. Der erste Jahrestag der Bombardierung war in der Sowjetischen Besatzungszone noch ohne jede Kritik an den Westalliierten über die Bühne gegangen. Mit Beginn des Kalten Krieges standen dann in der ostdeutschen Propaganda nicht mehr, wie noch 1946, die Nazis am Pranger, sondern die "amerikanischen Kriegshetzer", die man aus eigener schmerzlicher Erfahrung zu kennen glaubte. So schrieb die Sächsische Zeitung am 12. Februar 1949: "Doch die Schreckenstage des 13. und 14. Februar sind zugleich eine Anklage gegen die anglo-amerikanische Kriegführung, die sich durch diese Tat nicht mit Ruhm, sondern mit Schmach bedeckt hat ...". Weitere fünf Jahre später wurde dann in der DDR-Presse die von Goebbels erfundene Wendung "anglo-amerikanische Luftgangster" übernommen, die Bombardierung galt als "Terrorangriff", und es war von "Hunderttausenden" von Toten die Rede. Auch diese Geschichtsfälschung wirkt bis heute nach.

Die DDR und die "amerikanischen Kriegshetzer"

Ein Element der DDR-Propaganda hält auch Taylor für bedenkenswert: die These, der Bombenangriff auf Dresden habe sich auch gegen die Sowjetunion gerichtet, deren Rote Armee kurz darauf Sachsen eroberte und dauerhaft besetzte. Taylor zitiert aus einer Einweisung der britischen Luftkriegsstrategen, in der als nachrangiges Ziel der Bombenangriffe formuliert wird, es gelte, "den Russen nebenbei zu zeigen, wenn sie die Stadt erreichen, was das Bomber Command anrichten kann." Ob die Westalliierten nun eine

Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion beabsichtigten oder ob die Bombenangriffe nur im Nachhinein so wirkten - Taylor findet es zu Recht "immer noch am plausibelsten, das Urteil offen zu lassen."

Für Taylor ist die Bombardierung Dresdens ein Argument gegen den Krieg schlechthin. Bei aller Empathie für die Bombenopfer von Dresden wendet er sich aber auch deutlich gegen die geschichtsfälschende Gleichmacherei von Tätern und Opfern. "Im Zweiten Weltkrieg starben, was selten erwähnt wird, durch Bomben fast genauso viel sowjetische Bürger wie Deutsche: rund eine halbe Million", schreibt Taylor. Eine Zahl allerdings sucht man in seinem Buch vergebens: die 25 Millionen SowjetbürgerInnen, die dem von Nazi-Deutschland entfesselten Krieg zum Opfer fielen - tausend mal so viele, wie im Bombenhagel und Feuersturm von Dresden ums Leben kamen.

Js.

Frederick Taylor: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror? C. Bertelsmann, München 2004, 540 Seiten, 26 EUR

28. Die letzten Tage des Gettos von Lodz

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:01

Anders als die Geschichte des Warschauer Gettos ist die des Gettos in Lodz kaum bekannt. Die totale Isolierung seiner BewohnerInnen ließ kollektiven Widerstand undenkbar erscheinen. Zudem gelang es den Nazis bis zuletzt, die Menschen glauben zu machen, sie kämen "zum Arbeitseinsatz ins Reich". In der offiziellen Getto-Chronik und in den privaten Aufzeichnungen des Chronik-Journalisten Oskar Rosenfelds ist den Lodzer Jüdinnen und Juden ein Denkmal gesetzt.

Am 26. Juli 1944 meldete die Lodzer Getto-Chronik in der Rubrik Tagesnachrichten: "Frohe Nachrichten fürs Getto. Postkarten aus Leipzig. Von Personen, die im Zuge der letzten Aussiedlung zur Arbeit außerhalb des Gettos abgereist sind, sind heute die ersten Nachrichten im Getto eingetroffen. Es kamen 31 Postkarten, die durchweg den Poststempel vom 19. Juli 44 tragen. (..) Man ist überglücklich im Getto (...). Wir erinnern daran, dass vor Abgang des 1. Transportes davon gesprochen wurde, dass der nach München gehen soll. Wahrscheinlich dürfte auch eine Gruppe dorthin gegangen sein."

Diese Postkarten waren eine von den Nazis ausgedachte Täuschung. Bereits im Juni 1944 befahl Himmler angesichts der vorrückenden Sowjetarmee und der Landung der Alliierten in der Normandie die Räumung des Lodzer Gettos. Dessen endgültige und vollständige Auflösung wurde getarnt als Aussiedlung zu Arbeitseinsätzen im Reich, u.a. zu Aufräumarbeiten im zerstörten München. Tatsächlich wurden in den drei Wochen zwischen dem 23. Juni und dem 14. Juli 1944 mehr als 7.000 Jüdinnen und Juden aus Lodz im reaktivierten Vernichtungslager Chelmno umgebracht. Als die Postkarten im Getto eintrafen und Hoffnung verbreiteten, waren ihre AbsenderInnen bereits im Gaswagen ermordet worden.

"Man ist überglücklich im Getto."

Zu diesem Zeitpunkt lebten noch mehr als 69.000 Menschen im Lodzer Getto. Da den Nazis das Morden mittels Gaswagen zu lange dauerte, wurden die restlichen Getto-BewohnerInnen im August 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Unmittelbar nach der Ankunft wurde der größte Teil dieser Menschen in Birkenau in den Gaskammern ermordet. Etwa 20.000 Jüdinnen und Juden wurden durch die SS zur Zwangsarbeit selektiert und in verschiedene Nebenlager von Auschwitz gebracht. Ca. 600 Jüdinnen und Juden verblieben offiziell als Aufräumkommando im Getto Lodz, hinzu kamen ca. 270 Personen, die sich durch Verstecken der Deportation entziehen konnten. Ihre Aufgabe war es, das verbliebene Eigentum der ehemaligen jüdischen BewohnerInnen einzusammeln, zu sortieren und für den Transport nach Deutschland zu packen.

Vor dem endgültigem Rückzug der Deutschen aus Lodz sollten diese Menschen liquidiert werden. Allerdings konnten sich die Angehörigen des Aufräumkommandos in Verstecke im ehemaligen Getto vor der Erschießung retten. Ab September 1944 begann die SS, die Spuren des Massenmordes in Chelmno zu beseitigen; zu dieser Arbeit wurden anfangs ca. 90 jüdische Menschen gezwungen. Vor dem Eintreffen der Roten Armee verließ die SS in der Nacht vom 17. Januar das Vernichtungslager. Die verblieben Häftlinge wagten angesichts ihren drohenden Ermordung einen Ausbruchsversuch. Aber nur drei Häftlingen gelang die Flucht, die übrigen wurden erschossen. Am 19. Januar 1945 wurde Lodz von der Roten Armee befreit. Die Gesamtzahl der Überlebenden aus dem Lodzer Gettos wird auf 5.000 bis 7.000 geschätzt.

In Lodz lebten kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs ca. 665.000 Menschen, davon etwa ein Drittel Jüdinnen und Juden. (Zum Vergleich: in Warschau lebten zum selben Zeitpunkt ca. 375.000 Jüdinnen und Juden, die einen Bevölkerungsanteil von 29,1 Prozent ausmachten.) Lodz hatte sich auf Grund der industriellen Entwicklung vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert zur zweitgrößten polnischen Stadt entwickelt. Es war ein Zentrum der Textilindustrie und der jüdischen Kultur in Polen. Dennoch ist die Geschichte des Lodzer Gettos eher unbekannt. Vielleicht hängt das damit zusammen, dass es dort keine so spektakulären Widerstandaktionen wie z.B. im Warschauer Getto gab, die eher zur Identifikation mit den Opfern einladen.

Ein anderer Grund ist sicher der umstrittene Vorsitzende des Lodzer Ältestenrates (in Lodz hieß der Judenrat Ältestenrat), Mordechai Chaim Rumkowski, der diesen Posten vom Oktober 1939 bis zur Räumung des Gettos

im August 1944 inne hatte. Rumkowski unterstand dem Bremer Kaufmann Hans Biebow, der ab Mai 1940 Leiter der Gettoverwaltung war. Biebow hatte weit reichende Befugnisse; sein Plan bestand darin, das Getto als eigenständigen profitablen Wirtschaftsbetrieb einzurichten. Zu diesem Zweck organisierte er die größtmögliche Ausbeutung der jüdischen Arbeitskräfte. Er beschlagnahmte das Eigentum der Jüdinnen und Juden und sorgte für die komplette Ausplünderung der GettobewohnerInnen. Auf diese Weise erzielte er große Gewinne. Wie Biebow hatte kein Mitglied der SS oder der deutschen Verwaltung Skrupel, sich auch persönlich am Eigentum der Jüdinnen und Juden zu bereichern. Für diese Leute war es daher eher von Vorteil, die Räumung des Gettos zu verzögern. Als aber Himmler 1944 die Liquidierung des Lodzer Gettos endgültig beschlossen hatte, war es Biebow, der die GettobewohnerInnen täuschte, indem er sie aufforderte, sich freiwillig zum Arbeitseinsatz ins Reich zu melden. In Wahrheit organisierte Biebow die Deportationen in das Vernichtungslager Chelmno.

Rumkowski setzte Biebows Pläne gewissenhaft um. Er richtete etwa120 Fabriken ein und wandelte das Getto in ein reines Arbeitsgetto um. Fast die gesamte Bevölkerung produzierte bis zur Räumung vorwiegend für die deutsche Wehrmacht. Rumkowski organisierte das Getto als kleinen, scheinbar normalen Mikrokosmos. So gab es eine Post, eine eigene Währung, Lebensmittelläden, Krankenhaus, Kindergarten, Schule, Ordnungsdienst, Erste-Hilfe-Stationen, Feuerwehr, etc.. Diese künstliche Normalität bot den Gettobewohnerinnen eine Art psychischen Halt, vielleicht den Glauben an eine Zukunft. Rumkowski musste zudem die Deportationslisten erstellen. Seine Handlungen werden nach wie vor unterschiedlich bewertet; die einen verurteilen ihn als Kollaborateur und Verräter, die anderen glauben, dass er durch seine Politik der Erhaltung des Arbeitsgettos das Überleben der 5.000 bis 7.000 Jüdinnen und Juden aus Lodz gesichert hat.

"Weltuntergang oder Erlösung?"

Lodz gehörte zum Gebiet des Warthegaus, das kurz nach dem Überfall auf Polen im September 1939 dem Reich angeschlossen wurde. Dieser Teil Polens sollte in jeder Beziehung eingedeutscht werden; so wurde Lodz in Litzmannstadt umbenannt. Die jüdische Bevölkerung sollte möglichst schnell umgesiedelt werden, um das das Reichsgebiet "judenfrei" zu machen. Das war allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Stattdessen wurde bereits im Februar 1940 auf einem nur vier Quadratkilometer großen Gebiet das jüdische Getto von Lodz eingerichtet. Kurz vor der Gettoisierung gelang noch vielen der Lodzer Jüdinnen und Juden die Flucht u.a. ins Generalgouvernement, den östlichen Teil Polens oder nach Warschau. Auf dem kleinen Gettogebiet wurden ca. 160.000 Jüdinnen und Juden eingepfercht. 1941 wurden ca. 20.000 Jüdinnen und Juden aus dem Westen und ca. 5000 Sinti und Roma aus dem Burgenland zugewiesen. Dadurch verschärfte sich die Situation; auch innerjüdische Konflikte zwischen "West-" und "Ostjuden" nahmen zu. Im Winter 1941/42 gab es auf Grund der extrem schlechten Lebensmittelversorgung viele Todesopfer.

Gleichzeitig erfolgte im Dezember 1941 die erste große Aussiedlungsaktion. Rumkowski sollte 20.000 Jüdinnen und Juden auf die Deportationslisten setzen. Zwar konnte er durch Verhandeln die Anzahl halbieren, die Deportation aber nicht verhindern. Jetzt wurden Familien auseinander gerissen, eine scheinbare Sicherheit zerstört. Dass die Selektierten direkt ins Vernichtungslager Chelmno deportiert und dort ermordet wurden, ahnten die Menschen im Getto zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Bis Mai 1942 wurden ca. 55.000 Jüdinnen und Juden und die Gruppe der Sinti und Roma in Chelmno ermordet. Jetzt waren erste Gerüchte über die Mordaktionen im Umlauf, da in Arbeitslagern im Gebiet von Lodz beim Sortieren für die Verschickung ins Reich Habseligkeiten von Ermordeten entdeckt wurden. Vom September 1942 bis zur Räumung gab es kaum noch Deportationen, allerdings verringerte sich die Anzahl der GettobewohnerInnen auf Grund der miserablen Lebensbedingungen bis zum Zeitpunkt der Räumung auf ca. 77.000 Menschen.

Das Lodzer Getto war im Gegensatz zu anderen Gettos von Anfang an total isoliert. Häuser in unmittelbarer Nachbarschaft wurden abgerissen, polnische BewohnerInnen umgesiedelt und deren Wohnungen von Reichsdeutschen bezogen. Selbst ein Kanalisationssystem, das eine Verbindung zur Außenwelt hätte ermöglichen können, fehlte. Die BewohnerInnen konnten nicht einmal dringend benötigte Lebensmittel schmuggeln, geschweige denn Waffen wie z.B. in Warschau. Die Lebensmittelzuteilung von außen war völlig unzureichend, die Menschen wurden immer schwächer, starben am Hunger bzw. an Krankheiten, die durch die Schwäche begünstigt wurden: Vernichtung durch Arbeit und Unterernährung.

Es gab kaum Information über die Geschehnisse außerhalb des Gettos, nur einige wenige Radios sorgten für spärliche Information. Das Radiohören stand obendrein unter Todesstrafe; einige Radiobesitzer wurden

entdeckt und erschossen. Es gab keine Kontakte zum Widerstand außerhalb des Gettos oder zu Partisanen. Vielleicht erklärt diese Situation, warum die Menschen an ihrer Scheinwelt festhielten; es gab für sie keine sichtbare Alternative als zu arbeiten und dadurch möglicherweise zu überleben.

"Wozu noch Welt"

Eine weitere Besonderheit des Lodzer Gettos ist die Getto-Chronik, die ab Januar 1941 offiziell und mit Wissen der Deutschen verfasst wurde; der letzte Eintrag erfolgte am 30. Juli 1944. Täglich wurden das Wetter, der Bevölkerungsstand, die Lebensmittelversorgung, besondere Ereignisse, zunehmend in anekdotenhaften Ton, schriftlich festgehalten. Auch Fotos wurden archiviert. An der Chronik arbeiteten bis zu 15 Personen, vorwiegend Journalisten und Schriftsteller. Es gab eine eindeutige Zensur, weder am Ältesten Rumkowski noch an den deutschen Nazis wurde Kritik geübt. Dennoch vermittelt dieses Dokument, das erst jetzt in die deutsche Sprache übersetzt wird, einen Eindruck von den Ereignissen im Getto und von der Stimmung der Menschen. Die letzten zwei Monate dieser Chronik liegen bereits als Übersetzung "Letzte Tage" vor.

Besonders aufschlussreich und gleichzeitig erschütternd ist es, diese offizielle Chronik, an der auch der Jude Oskar Rosenfeld mitwirkte, mit dessen privaten Aufzeichnungen zu vergleichen. (Sie wurden bereits 1994 im Verlag Neue Kritik unter dem Titel "Wozu noch Welt" veröffentlicht.) Rosenberg schildert in seiner privaten Chronik detailliert und emotional den Gettoalltag in all seiner Unberechenbarkeit und Grausamkeit, er fragt nach dem Sinn des ganzen Leids. In der offiziellen Chronik schreibt Rosenfeld nüchtern, beim persönlichen Bericht dagegen fehlen die Worte, die Texte wirken fragmentarisch, abgehackt und spiegeln die innere Zerrissenheit des Autors.

Nebeneinander gelesen sind diese Chroniken sich ergänzende, einzigartige, authentische Zeugnisse. Am 28. Juli 1944 schrieb Rosenfeld, angesichts der bevorstehenden Deportation, in seiner persönlichen Chronik: "Weltuntergang oder Erlösung: (...) Das Herz ist voller Narben, das Hirn mit einer Kruste fehlgeschlagener Hoffnungen überzogen. Und wenn schließlich der Tag der ‚Auslösung` vor der Tür steht, will man sich lieber überraschen lassen, als wieder einmal eine Enttäuschung zu erleben. Das ist Menschenart, das ist die Psychologie des Menschen von Litzmannstadt-Getto Ende Juli 1944."

Nach der Räumung des Gettos wurde Mordechai Chaim Rumkowski nach Auschwitz deportiert und dort mit seiner Familie ermordet. Auch Oskar Rosenfeld wurde in Birkenau in der Gaskammer ermordet. Hans Biebow wurde nach dem Krieg in Deutschland von einem Überlebenden erkannt. Er wurde an Polen ausgeliefert und in Lodz zum Tode verurteilt. Am 23. Juni 1947 wurde er hingerichtet.

Raphaela Kula

Literatur:

"Letzte Tage. Die Lodzer Getto-Chronik Juni/Juli 1944", herausgegeben von Sascha Feuchert, Erwin Leibfried und Jörg Riecke, Wallstein Verlag, Göttingen, 2004

Oskar Rosenfeld: "Wozu noch Welt. Aufzeichnungen aus dem Getto Lodz", Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main, 1994

29. Der Humanismus des Absurden. Vor einhundert Jahren wurde der Schriftstellerphilosoph Jean-Paul Sartre geboren

Autor: Roger Behrens · Rubrik: Zeitgeschichte; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:20

Zu den eigenwilligsten, umstrittensten und zugleich mit einem regelrechten Starkult verehrten Theoretikern des bürgerlichen Zeitalters gehört der vor einhundert Jahren, am 21. Juni in Paris geborene Jean-Paul Sartre. Bei Sartres Beerdigung - er stirbt am 15. April 1980 - sollen über 50.000 Menschen den Trauerzug begleitet haben. Heute, ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod, ist die mit seinem Namen verbundene marxistische Fassung des Existenzialismus weitestgehend aus den linken Theoriedebatten verschwunden.

Bekannt wurde Sartre durch sein Engagement in der französischen Résistance. 1956 tritt er aus Protest aus der KP aus, 1960 besucht er Fidel Castro in Kuba. Aufsehen erregte seine Ablehnung des Literaturnobelpreises 1964. Er unterstützt die außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen der 1970er, besucht etwa die Gefangenen der RAF im Gefängnis. Seine Liebe zu Simone de Beauvoir ist legendär. Sartres geradezu monumentales Gesamtwerk ist kaum überschaubar. Aktuell bleibt mindestens seine kritische Theorie des Subjekts. Sie soll jedenfalls Anknüpfungspunkt für eine Aktualisierung des Sartreschen Existenzialismus sein.

"Dass es ‚so weiter` geht, ist die Katastrophe", notierte Walter Benjamin kurz bevor die Nazis ihn in den Selbstmord trieben. Ein halbes Jahr später wird in Deutschland die systematische Ermordung der europäischen Juden beschlossen; zu spät befreit die Rote Armee 1945 wenige Überlebende in Auschwitz. In den deutschen Lagern wurde das Individuum zum Exemplar, schließlich angesichts der Ermordung von Millionen von Menschen die Idee des Menschen selbst vernichtet, ausgelöscht durch die totale Verwertung. Der nazideutsche Terror, der die Welt überschattete, bedeutete eine Zäsur für die Idee des Subjekts an sich, ja für die Idee des Menschen überhaupt.

25 Jahre nach Sartres Tod ...

Standen die großen Leitkonzepte der Philosophie, schließlich die Philosophie selber, ohnehin schon durch die "Krisis der europäischen Wissenschaften" (Edmund Husserl) in Frage, so ist es nun nachgerade absurd, im Sinne einer reinen Vernunft oder einer idealistischen Erkenntnistheorie, im Sinne klassischer Metaphysik oder eines wissenschaftlichen Positivismus am philosophischen Ideal des Subjekts festzuhalten. Die Frage nach dem Menschen selbst wird absurd, wenn Denken und Handeln nicht mehr als verbindliche Menschlichkeit bestimmbar sind, weil die menschliche Geschichte in der totalen Unmenschlichkeit kulminierte. Wie kann das menschliche Dasein überhaupt begründet werden, wo die bisherigen philosophischen Großentwürfe historisch in der Katastrophe mündeten?

Hier setzt die Philosophie Sartres an: Gerade im Beiläufigen wird der Mensch sich seiner Existenz gewahr - im "Ekel", wie Sartres erster, 1938 veröffentlichter Roman heißt. Bezeichnenderweise sollte der Roman ursprünglich nach dem Stich von Albrecht Dürer "Melancholie" heißen: mit Melancholie beschreibt die Psychoanalyse das Unvermögen, den Verlust eines (geliebten) Objekts überwinden zu können. Angesichts der Katastrophe überfällt die existenzielle Erfahrung des Ekels den Menschen.

"Das also ist der Ekel: diese die Augen blendende Evidenz? Was habe ich mir den Kopf zerbrochen! Was habe ich darüber geschrieben! Jetzt weiß ich: Ich existiere - die Welt existiert -, und ich weiß, dass die Welt existiert. Das ist alles. Das ist alles. Aber das ist mir egal. Merkwürdig, dass mir alles so egal ist: das erschreckt mich. Seit jenem berühmten Tag, als ich die Steine übers Wasser hüpfen lassen wollte. Ich wollte gerade diesen Kiesel schleudern, ich habe ihn angesehen, und da hat alles angefangen: ich habe gefühlt, dass er existierte. Und danach kamen dann weitere Ekelanfälle; von Zeit zu Zeit beginnen die Gegenstände einem in der Hand zu existieren. " (E, S. 140)

In "Der Ekel" verweist Sartre bereits auf die kategoriale beziehungsweise eben existenzielle Grunderfahrung des Menschen: die Absurdität des Daseins - die Grundlosigkeit und Sinnlosigkeit der Existenz. "Ohne etwas deutlich zu formulieren, begriff ich, dass ich den Schlüssel der Existenz, den Schlüssel meines Ekels, meines

eigenen Lebens gefunden hatte. Tatsächlich geht alles, was ich anschließend erfassen konnte, auf diese fundamentale Absurdität zurück ... Ich habe vorhin die Erfahrung des Absoluten gemacht: des Absoluten oder des Absurden." (E, S. 147)

... zur Aktualität des Existentialismus

Wichtig ist festzuhalten, dass das Absurde eben das Absolute ist. Weder bedeutet diese Erfahrung Schicksalsergebenheit, noch meint sie die insbesondere von der deutschen Existenzphilosophie verteidigte Flucht in die Innerlichkeit und Eigentlichkeit. Für Sartre begründet die Absolutheit des Absurden die existenzielle Paradoxie: Dass der Mensch in der Ausweglosigkeit gezwungen ist, sich für einen Ausweg zu entscheiden. Freiheit, Verantwortung, Entwurf sind die Kernbegriffe dieser Philosophie der Praxis.

Kurz nach Veröffentlichung von "Der Ekel", im Juni 1940 gerät Sartre in deutsche Kriegsgefangenschaft; während der Gefangenschaft schreibt er sein philosophisches Hauptwerk "Das Sein und das Nichts", (es erscheint 1943). Nach seiner Freilassung kehrt er 1941 nach Paris zurück und schließt sich der französischen Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung an. Den Kriegsdienst - Sanitätssoldat ab September 1939 - und die Kriegsgefangenschaft hat Sartre später als den wichtigsten Einschnitt in sein Leben beschrieben. "Vor dem Krieg verstand ich mich einfach als Individuum, ich sah keinerlei Verbindung zwischen meiner individuellen Existenz und der Gesellschaft, in der ich lebte. Ich war ‚nichts als ein Mensch', das heißt der Mensch, der sich kraft der Unabhängigkeit seines Denkens der Gesellschaft entgegenstellt, der der Gesellschaft nichts schuldet und über den die Gesellschaft nichts vermag, weil er frei ist. Das alles zerbrach mit einem Schlag, als ich im September 1939 den Einberufungsbefehl bekam. Dort also bin ich dem Individualismus und vom reinen Individuum der Vorkriegszeit zum Sozialen, zum Sozialismus gelangt." (SP, S. 211 f.)

Sartre unternimmt den Versuch, das Soziale und den Sozialismus philosophisch zu retten, gegen das praktische Scheitern der sozialistischen Idee, aber auch gegen den bürgerlichen Individualismus der rücksichtslosen Konkurrenz. Es kommt nicht von ungefähr, dass der philosophische Weg zu Marx hier über Hegel verläuft, der in Sartres Hauptwerk "Das Sein und das Nichts" eine exponierte Stellung bekommt. Auch Herbert Marcuse schreibt zu dieser Zeit ein Buch über Hegel "Vernunft und Revolution" (1941).

Interessant auch die zahlreichen Berührungspunkte zu Ernst Bloch: Bloch arbeitet ebenfalls an einem Hegelbuch ("Subjekt - Objekt", veröffentlicht 1951), und entwirft in den 1930er und 40er Jahren in seinem Hauptwerk "Das Prinzip Hoffnung" eine Sartres "phänomenologischer Ontologie" nicht unähnliche Sozialphilosophie der konkreten Utopie: einen realen Humanismus der Möglichkeit des Menschen als Ontologie des Noch-Nicht. Zentral bei diesen Marx-Hegel-Bezügen ist, was schließlich auch Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrer Gemeinschaftsarbeit "Dialektik der Aufklärung" (1944/47) herausstellen: Die bürgerliche Welt, die in der Katastrophe kulminierte, ist nicht mehr als geschlossenes System des geschichtlichen Fortschritts darstellbar. Vielmehr muss geschichtsphilosophisch das offene System bestimmt werden: Ein Multiversum statt Universum, wie es Bloch später formuliert. Sartre liefert dazu eine Theorie des Subjekts, des menschlichen Daseins.

Zu den Grundmotiven der existenzialistischen Philosophie gehört seit Søren Kierkegaard die Erfahrung, dass es keinen positiven Sinn im Leben gibt. Es ist Aufgabe der Menschen, den Sinn gewissermaßen zu erfinden. Dennoch suchte die bürgerliche Philosophie nach einem verborgenen Sinn hinter den Dingen, im Wesen oder im Sein selbst. So forderte die Phänomenologie Edmund Husserls eine Wesenschau und proklamierte: "Zu denSachen selbst!" Für den Husserl-Schüler Martin Heidegger bedeutete dies, nicht nur nach dem Sinn des Seins zu fragen, sondern nach dem Sein, das dem Seienden vorausgeht - ja die die Frage nach dem Sinn des Seins wurde zum philosophischen Programm Heideggers.

Sartre geht über Husserl und Heidegger hinaus. Er konfrontiert die Existenz mit der Erfahrung, dass es keinen Sinn gäbe, dass die Existenz selbst absurd und grundlos sei. Das Absolute ist das Absurde. Diese, wenn man so will, existenzielle Gewissheit des Ungewissen begründet Sartres Variante existenzialistischer Philosophie. Anders als Husserl und Heidegger geht er hierbei auf das Bewusstsein im Sinne Hegels zurück und spezifiziert einen kritischen Begriff des Bewusstseins eben in existenzialistischer Weise: Er spricht von einem prä-reflexiven Bewusstsein, ein Bewusstsein, das jeder Reflexion vorausgeht. Bereits 1939 hatte Sartre in seiner "Skizze einer Theorie der Emotionen" die Wirklichkeit des Menschen philosophisch als "réalité humaine"

bestimmt. Diese spaltet sich nun in zwei Bereiche: zum einen ist es die Faktizität des Daseins - ich bin, was ich bin -, zum anderen die "Transzendenz des Ego" (so der Titel einer frühen philosophischen Arbeit von 1936), das fortwährende Überschreiten der Bewusstseinssphäre - ich bin, was ich (noch) nicht bin.

Existentielle Erfahrung des Ekels

Ausschlaggebend bleibt für Sartre die existenzielle Erfahrung der Absurdität des Daseins. Sein Existenzialismus des Absurden löste Mitte der 1940er Jahre eine heftige Kontoverse aus. Das faschistische Europa war noch nicht besiegt, als der Roman "Der Ekel" von Marxisten und Christen gleichermaßen als antihumanistisch angegriffen wurde. Sartre verteidigt seinen Existenzialismus als einzig möglichen Humanismus, und entwarf damit zugleich eine, für seinen weiteren Lebensweg bestimmende Position einer antibürgerlichen Philosophie, die eine radikale Negation der bürgerlichen Gesellschaft beinhaltet. In einem Vortrag mit dem programmatischen Titel "Der Existenzialismus ist ein Humanismus" von 1946 verteidigt sich Sartre sowohl gegen den Antihumanismus, als auch gegen den bürgerlichen Humanismus, der den Menschen mystifiziert und verabsolutiert. "Der Kult der Menschheit führt zum in sich geschlossenen Humanismus von Comte und, muss man sagen, zum Faschismus. Diesen Humanismus wollen wir nicht. Es gibt aber einen anderen Humanismus, der im Grunde folgendes meint: der Mensch ist ständig außerhalb seiner selbst; indem er sich entwirft und verliert außerhalb seiner selbst, bringt er den Menschen zur Existenz, und andererseits kann er existieren, indem er transzendente Ziele verfolgt; indem der Mensch diese Überschreitung ist und er die Objekte nur im Verhältnis zu dieser Überschreitung erfasst, befindet er sich im Herzen, im Mittelpunkt dieser Überschreitung. Es gibt kein anderes Universum als ein menschliches, das Universum der menschlichen Subjektivität." (EH, S. 141)

Genau diese menschliche Subjektivität begründet den Menschen als frei. Mehr noch: "Der Mensch ist dazu verurteilt, frei zu sein." (EH, S. 125) Im Vorrang der Existenz liegt demnach die menschliche Freiheit begründet. In "Das Sein und das Nichts" erläutert Sartre dies folgendermaßen: "Die menschliche Freiheit geht dem Wesen des Menschen voraus und macht dieses möglich, das Wesen des menschlichen Seins steht in seiner Freiheit aus. Der Mensch ist keineswegs zunächst, um dann frei zu sein, sondern es gibt keinen Unterschied zwischen dem Sein des Menschen und seinem ‚Frei-sein`." (SN, S. 84)

Freiheit bedeutet: man muss sich entscheiden. Und in dieser Entscheidung liegt das Dilemma der existenziellen Situation: Man macht sich schuldig, weil man für sein eigenes Tun verantwortlich ist. Damit begründet Sartre allerdings den Humanismus des Existenzialismus, sofern die Freiheit eben nicht nur Schuldigkeit des Einzelnen meint, sondern auch Verantwortlichkeit für das Kollektiv: "So bin ich für mich selbst und für alle verantwortlich, und ich schaffe ein bestimmtes Bild vom Menschen, den ich wähle; mich wählend wähle ich den Menschen." (EH, S. 122) Dieser Existenzialismus als Humanismus ist die Doktrin, die menschliches Leben überhaupt möglich macht. Der Mensch ist also nicht nur dazu verurteilt, sich einen Entwurf zu machen, sondern er muss seinen Entwurf auch in die Tat umsetzen. Insofern bestimmt Sartre den Existenzialismus als "eine Lehre der Tat" (EH, S. 142), als eine Philosophie der Praxis.

Das Absurde ist das Absolute

Die politische Dimension dieser Denkfigur liegt in der existenziellen Situation, in der sich der Mensch findet. Es "gibt Freiheit nur in Situation, und es gibt Situation nur durch die Freiheit." (SN, S. 845) Wenn Marx den kategorischen Imperativ damit neu formulierte, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein nicht nur geknechtetes, sondern auch ein verlassenes Wesen ist, dann bezeichnet diese Verlassenheit diese Situation der Existenz. Hier erfährt der Mensch, "dass es keinen anderen Gesetzgeber als ihn selbst gibt, und dass er in der Verlassenheit über sich selbst entscheidet." (EH, S. 141) Wenn der Mensch verlassen ist, heißt das, dass er außerhalb seiner selbst ist. Er muss sich auf seine Möglichkeiten hin entwerfen, um überhaupt Mensch zu werden. Existenzerfahrung heißt Selbsterfindung, heißt Praxis. Bloch hat dies mit einem berühmten Satz ganz ähnlich ausgedrückt: "Ich bin. Aber ich habe mich nicht. Darum werden wir erst."

Humanismus gegen die Mode des Inhumanen

Mit dem Existenzialismus versucht Sartre nicht nur eine allgemeine Antwort auf die Frage nach dem Menschen zu finden, sondern auf die Negation des Menschen zu reagieren. Der Antisemit ist nicht nur derjenige, der den Menschen verneint, sondern der sich im Antisemitismus selbst als Mensch negiert, indem er sich zum Ding macht (auch Adorno und Horkheimer sprechen hier von der Verdinglichung). Sartre bietet damit nicht nur eine

zeitgemäße politische Philosophie, die etwa auch den Rassismus und den Kolonialismus thematisiert (er engagiert sich im Algerienkrieg, schreibt ein kämpferisches Vorwort für Frantz Fanons "Die Verdammten dieser Erde"), sondern entwirft einen radikalen, sozialistischen Humanismus. Damit richtet Sartre sich sowohl gegen den pseudoradikalen Antihumanismus, wie er später von Foucault proklamiert wird, als auch gegen den bürgerlichen, abstrakten Humanismus, der den Menschen festlegen will. Der Existenzialismus ist eben weder ein "Essenzialismus", noch verwirft er den Subjektbegriff. Vielmehr schließt auch Sartre an das an, was in der kritischen Theorie als "negative Anthropologie" entworfen wurde: Es kann nur bestimmt werden, was der Mensch nicht ist. Das Wesen des Menschen ist historisch zu bestimmen, nicht naturalistisch; dialektisch heißt das, dass auch die Natur des Menschen humanistisch gefasst werden muss, geschichtlich und nicht als unveränderliche Konstante. Sartre aktualisiert Marxens frühe Bestimmung des Kommunismus, die mit der Formel "Humanismus = Naturalismus" begriffen war - als "wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen ... " (vgl. MEW Bd. 40, S. 536 f.).

Der Existenzialismus muss insofern als eine kritische Theorie des Subjektes verstanden werden: "Der Existenzialist wird den Menschen niemals zum Endzweck erklären, da er stets zu schaffen ist." (EH, S. 141) Das heißt nichts anderes, als den Menschen geschichtlich zu begreifen; dass der Mensch Geschichte macht und die Geschichte menschlich werden kann, hat Sartre während der Maiunruhen gegen den Strukturalismus zum Argument gemacht. Vor allem Foucault kritisierte er dafür, dem bürgerlichen Angriff gegen die revolutionäre Bewegung zuzuspielen, weil er den Menschen verleugnet und die Geschichte verdrängt. Den Existenzialismus als Humanismus zu begreifen, bedeutet sich der existenziellen Situation gewahr zu werden, die Situation selbst zu erfinden: die Freiheit in die Absurdität zu setzen.

Sartre insistiert auf die Praxis des Menschen, auf das, was Marx die "sinnlich-kritische", also die "revolutionäre Tätigkeit" nannte (vgl. MEW Bd. 3, S. 5). Die Umstände sind unmenschlich, weil sie nicht vom Menschen gemacht sind; sie können auch nicht vom Menschen gemacht sein, weil die unmenschlichen Verhältnisse den Menschen nicht zulassen. Sobald aber die Umstände vom Menschen gemacht sind, sind es auch menschliche Umstände. Die kritische Theorie kann den Entwurf des Menschen nicht aufgeben. Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse den Menschen in Frage stellen, ist die reaktionäre Antwort, den Menschen zu denunzieren. Gleichwohl ist diese Antwort auch innerhalb der Linken zur Mode avanciert. Sartres Existenzialismus behält seine Aktualität darin, den Humanismus gegen die Mode des Inhumanen zu behaupten. Und das im Bewusstsein, dass die Verteidigung des Menschen absurd bleibt, solange die Verhältnisse nicht vom Menschen gemacht sind.

Roger Behrens

Literatur (Siglen):

E: Jean-Paul Sartre, "Der Ekel", (übers. von Uli Aumüller) Reinbek bei Hamburg 1990

EH: Jean-Paul Sartre, "Der Existenzialismus ist ein Humanismus. Philosophische Schriften 4", (übers. von Vincent von Wroblewsky) Reinbek bei Hamburg 1994

SG: Jean-Paul Sartre, "Saint Genet. Komödiant und Märtyrer. Schriften zur Literatur 5", (übers. von Ursula Dörrenbächer) Reinbek bei Hamburg 1982

SN: Jean-Paul Sartre, "Das Sein und das Nichts. Philosophische Schriften 3", (übers. von Hans Schöneberg und Traugott König) Reinbek bei Hamburg 1993

SP: Jean-Paul Sartre, "Selbstporträt mit siebzig Jahren. Autobiographische Schriften 2", (übers. von Peter Aschner) Reinbek bei Hamburg 1977.

IR: Der Intellektuelle als Revolutionär. Streitgespräche, (übers. von Annette Lallemand) Reinbek bei Hamburg 1982

Sartre zur Einführung - Buchtipps

Das Gesamtwerk des vor einhundert Jahren geborenen Jean-Paul Sartre ist kaum überschaubar: Sein Werk umfasst weit mehr als 4.000 Seiten philosophische Schriften, über 4.000 Seiten Biografien, über 2.000 Seiten Romane, Bühnenstücke, Erzählungen sowie unzählige Essays, Vorworte, Zeitungsartikel, Briefe. Allein seine Flaubert-Biografie soll 1,25 Millionen Wörter haben. Man hat ausgerechnet, dass Sartre jeden Tag seines

Lebens durchschnittlich dreißig Seiten geschrieben haben muss. Hinzu kommt, dass er ein unermüdlicher Leser und Diskussionspartner war - ein Schriftsteller, der die Straße und das Café als seinen intellektuellen Ort wählte - und eben nicht die Akademie und den Wissenschaftsbetrieb.

Dies ist nicht unwichtig für die spätere, vor allem poststrukturalistische Kritik an Sartre, die perfider Weise ihre feste Position im französischen - und das heißt elitär-bürgerlichen - Universitätssystem hatte, und von dort aus Sartres intellektuelles Engagement als Standpunkt des vermeintlichen universellen Meisterdenkers monierte. So hat die radikale französische Philosophie der Macht und Dekonstruktion, zu der etwa Foucault, Derrida oder Deleuze gehören, bei aller gesellschaftlich weit reichenden dekonstruktiven Kritik der Macht nie die eigene machtvolle Stellung innerhalb des akademischen Institutionen hinterfragt.

Wenn Sartre seine Essays unter dem Titel "Situations" (insgesamt zehn Folgen, 1947 bis 1976) veröffentlicht, dann ist dieses Grundwort der SituationistInnen programmatisch für seinen Begriff von intellektuellem Engagement. Dass allerdings Sartres Begriff des Engagements, wo er praktisch wird, intellektuelle Handlungsanweisung, insbesondere in Sartres eigener literarischen Arbeit, nicht frei von Widersprüchen bleiben kann, hat Theodor W. Adorno in seinen "Noten zur Literatur" diskutiert (GS Bd. 11, S. 409 ff.).

In seiner enormen Produktivität hat Sartre kein systematisches, oder gar hermetisches Gesamtwerk hinterlassen. Nicht ein einzelner Gedanke oder Schlagwort, sondern das kritische Denken selbst steht im Zentrum seines Werkes. Seine frühe, den Existenzialismus begründende These, dass der Mensch zur Freiheit verurteilt sei, hat Sartre mehr als einmal revidiert. Das Etikett des Existenzialismus ist hierbei als Reflexionsbegriff zu nehmen: Existenzialismus markiert somit eine nach wie vor offene Frage, und kein hermetisches Konstrukt, mit dem ein provinziell-regressives oder konservativ-reaktionäres Denken abgeriegelt wird - wie es die existenzialphilosophische Variante deutscher Provenienz nahe legt (Karl Jaspers, Otto Friedrich Bollnow).

Die Leidenschaft, den Menschen zu verstehen

Sartres Frage ist die nach dem Menschen, nach dem seine Geschichte und sich selbst bestimmenden Subjekt: Wie ist Humanismus im 20. Jahrhundert angesichts der permanenten Katastrophe überhaupt noch denk-möglich? Den roten Faden der Philosophie Sartres bildet die "Leidenschaft, den Menschen zu verstehen", wie er in späteren Jahren sagte. Gewissermaßen jeweils von einem Ende dieses Fadens nähern sich zwei Einführungen dem Denken Sartres an, die zum einhundertsten Geburtstag erschienen sind. Peter Kampits Einführung ergänzt dabei die bereits in zweiter Auflage vorliegende Einführung von Martin Suhr. Beide Bände verweigern sich dem Versuch, Sartres Gesamtwerk in eine systematische Denkarchitektur zu zwängen. Vielmehr konzentrieren sich Kampits und Suhr auf die philosophische Kernfrage nach einem existenzialistischen Humanismus, womit schließlich die Aktualität des kritischen Philosophie Sartres im Zentrum steht.

Beide Bände konzentrieren sich vor allem auf "Das Sein und das Nichts" (1943). Ausgangspunkt ist bei Kampits wie bei Suhr "Der Ekel" (1938) - und die Zeit der Résistance, Sartres Engagement gegen die deutsche Besatzung. Kampits betont die noch offene Forschung über Sartre, dabei insbesondere Sartres "Mobilisierung gegen die Toterklärung des Individuums und des Subjekts im postmodernen Kontext" (Kampits, S. 154). Vielleicht, so Kampits, sind es schließlich mehr die politischen Stellungnahmen gegen "die Verdinglichung oder Instrumentalisierung des Menschen", die Sartres Schriften ihre Aktualität verleihen. Und Suhr zitiert passend zum Schluss aus einem Streitgespräch zwischen Pierre Victor und Sartre. Sartre wendet sich hier gegen den Vorwurf, "keine Texte von unmittelbarem Nutzen für die aus dem Mai [68] hervorgegangene Bewegung mehr" zu schreiben: Es ginge um einen "Fortschritt im Verstehen der Menschen in sozialistischer Sicht. So gesehen meine ich, dass ich für später, für die sozialistische Gesellschaft arbeite." (IR, S. 56)

Roger Behrens

Martin Suhr, "Jean-Paul Sartre zur Einführung", Junius Verlag: Hamburg 2004 (2. Aufl.), 183 S., 13,50 Euro

Peter Kampits, "Jean-Paul Sartre", Beck Verlag: München 2004, 174 S., 12,90 Euro

30. Mayday Hamburg, Mayday Hamburg, Mayday Hamburg

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:49

Mailand, Barcelona, Helsinki, Dublin, Amsterdam, Wien, Paris und andere europäische Städte sind Stationen des Euromayday 2005. Hamburg ist dabei.

Euromayday 2005 in Hamburg? Wir wollen realistisch sein. In Hamburg ist Euromayday ein bescheidener Anfang, die unsicheren und verborgenen Geschichten vom Leben mit, ohne und abseits der Arbeit ins öffentliche Licht zu bringen."

Man sollte sich von diesem optimistischen Realismus der Hamburger Vorbereitungsgruppe anstecken lassen. (siehe ak 492) Gelegenheiten gibt es etliche vor dem 1. Mai. Wir dokumentieren hier einige und verweisen darauf, dass sich in der hessischen Provinz, um genau zu sein in Hanau, ebenfalls Erstaunenswertes tut im Vorfeld des 1. Mai.

Orte der Begegnungen in Hamburg könnten zum Beispiel sein:

Freitag, 1.4.2005/ 19:00 Uhr:

Kölibri - Hein-Köllisch-Platz

Euromayday - der Countdown

Was haben Prekarisierung und Migration miteinander zu tun? So fängt die Veranstaltung mit einem neuem Film an, gewidmet dem 2. europäischen Aktionstag für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht.

"no lager" ist ein Film über Erfahrungen in migrantischen und Flüchtlingskämpfen aus acht europäischen Ländern.

Samstag, 9.4.2005/ 12:00-18:00 Uhr:

Movimento - Besenbinderhof

Euromayday lernt nicht aus

Spagattissimo - Dissidenz - Exodus

Wir klären uns auf. Jeweils zur vollen Stunde. Prägnante Berichte von Organisierungen und Versuchen in und außerhalb der Gewerkschaften mit Fragen und Diskussionen. Stichworte und Gäste werden noch gesammelt.

Mittwoch, 13.4.2005/ 19:00 Uhr:

Kampnagel, Jarrestr.

EuroMayday heißt willkommen im Atelier Europa:

Die intermittents treffen kpD

Die intermittents sind in Frankreich die zeitweilig Beschäftigten im Kultursektor. Im Jahr 2003 wurden berühmte Festivals in Aix-en-Provence und Avignon nach Streiks abgesagt, weil die französische Regierung in einem Handstreich das Existenzgeld der intermittents während der festivallosen Zeiten streichen wollte. Die Auseinandersetzung dauert bis heute an. kpD (das kleine postfordistische Drama) untersucht aktuell die prekäre Rolle von KulturproduzentInnen rund um Privatisierung und Ökonomisierung des Sozialen.

Freitag, 15.4.2005/ 19:00 Uhr:

Kölibri - Hein-Köllisch-Platz

Euromayday im Steinbruch:

Jobberläden und Workers Center - Organisierung in der Prekarität

(mit Gästen)

Wie kann Organisierung in der Prekarität heute aussehen? Mit dieser Frage wollen wir uns am Beispiel der Jobberläden in den 1980er Jahren und der Initiative für ein Workers Center Rhein-Main auseinandersetzen.

24.-28.4.2005, Hamburg, diverse Orte

Überleben in der Stadt der Millionäre

Die Hamburger Landesverbände des DGB und ver.di organisieren zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung ein Veranstaltungs- und Kulturprogramm unter dem Titel "Überleben in der Stadt der Millionäre" an. An ungewöhnlichen Orten werden Themen behandelt, die in Gewerkschaften eher unterbelichtet sind. Tagsüber gibt es einen intensiven Austausch mit US-amerikanischen Gästen über deren Erfahrungen mit Organizing und die Umsetzungsmöglichkeiten in der bundesrepublikanischen Gewerkschaftslandschaft. Weitere Infos unter

www.youneverworkalone.de

ab 18.4.2005, Hanau

verschiedene Orte, vielfältige Aktionen

In Hanau endlich gibt es ab dem 18. März bis hin zur abschließenden "Klassenfahrt" zum Mayday nach Hamburg eine Vielzahl von Veranstaltungen die sich mit dem Thema Aneignung, Migration, Prekarisierung beschäftigen. Von der Tupper-Party verbunden mit Tipps und Tricks für einen kostenlosen Alltag, einer Ausstellung "Off limits - Die letzte Grenze Offenbachs" über das Abschiebegefängnis in Offenbach und die deutsche Asylpolitik bis hin zu einer Veranstaltung über Niedriglöhne, Prekarisierung und die Rolle der Gewerkschaften. Weitere Anregungen für die eigene Praxis, die genauen Veranstaltungstermine und nähere Infos finden sich unter

www.metzgerstrasse-hanau.de

EuroMayday, EuroMayday, EuroMayday...

31. Gedenk-Kampf. Am 8. Mai demonstriert die Linke gegen Nazis - und gegen die offizielle Gedenkpolitik

Autor: Vera Garbo, ALB · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:37

Je näher der 8. Mai als 60. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus rückt, desto hektischer wird es in der Hauptstadt. Von Bundesregierung und Zivilgesellschaft über KleinkünstlerInnen bis zum gesamten Spektrum der Linken ist der Kampf um die Definition des 8. Mai eröffnet.

Auf mehrere tausend Menschen hoffen Bundesregierung und "Zivilgesellschaft" am 8. Mai allein rund ums Brandenburger Tor. So richtig in Fahrt gekommen war das Rennen um die besten Plätze, nachdem bekannt wurde, dass die Jugendorganisation der NPD für diesen Tag einen Aufmarsch vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor angemeldet hatte - und das bereits im Herbst 2004. Um die peinlichen Bilder von grölenden Neonazis im Zentrum deutscher Gedenkrituale zu vermeiden, wurden eiligst Vermeidungspläne geschmiedet. Ziel ist es, Bilder der versammelten deutschen "Zivilgesellschaft" zu produzieren, die tapfer dem Naziaufmarsch trotzt - aber nur, wenn dieser zu ihr kommt, sprich ans Brandenburger Tor.

In den letzten Wochen war die Bundesregierung dazu übergegangen, einen Festakt direkt am Brandenburger Tor zu planen. Ohne die Anmeldung der Neonazis hätte der 8. Mai und die Befreiung vom Faschismus keinen Hund aus dem Bundestag gelockt. Doch nun wird unter dem Motto "Fest der Demokratie" ein Programm geboten, das es mit jedem Volksfest aufnehmen kann. Alles ist im Angebot: von einer Riesen-Bühne, für die der Spaßvogel der Republik, Thomas Gottschalk, als Moderator im Gespräch ist, und einer festlichen Kranzniederlegung des Berliner Senats samt Live-Übertragung in mehrere Städte via Phönix über Langstreckenläufer des internationalen Berliner Halbmarathons bis hin zu Schaubuden. Die Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung sind vielfältig.

Neben den offiziellen Regierungsverlautbarungen wird das Bündnis "Europa ohne Rassismus", bestehend aus allen Parteien (außer der CDU) sowie VertreterInnen der Kirchen und des Zentralrats der Juden, den Großteil der sonstigen Bühnengestaltung übernehmen. Welche Art des Gedenkens dort favorisiert wird, zeigt sich bereits in Details, die innerhalb dieses Bündnisses für Unruhe sorgen: Die FDP empörte sich vorsorglich und drohte mit Austritt für den Fall, dass zu einer Verhinderung des Nazi-Aufmarsches aufgerufen werde. So ist im Vorfeld schon für genügend Sprengstoff in der Diskussion gesorgt.

Eine Hauptstadt dreht durch

Die Öffentlichkeit wird bereits überschwemmt von konsequenzlosen Betroffenheitsdiskursen und von Normalisierungsdebatten, in denen sich Deutschland, von der Schuld der eigenen Geschichte endlich befreit, wieder eine prominente Rolle im Weltgeschehen sichern möchte. Um dem eine deutliche Position entgegenzusetzen, ruft ein breites linkes Berliner Bündnis zu einer Demonstration mit bundesweiter Beteiligung auf. Das Motto lautet "Spacibo heißt danke! Kein Naziaufmarsch am 8. Mai! Gegen Faschismus, Militarisierung und deutsche Opfermythen!" Forderungen wie die nach einer sofortigen Entschädigung aller NS-ZwangsarbeiterInnen sollen verbunden werden mit der Kritik an der deutschen Asyl- und Außenpolitik und der konkreten Verhinderung des Naziaufmarsches. Die bisher geplante Route geht vom Bertolt-Brecht-Platz zur Abschlusskundgebung am Alexanderplatz. Die Gruppen aus dem "Spacibo"-Bündnis kooperieren mit dem 8. Mai-Bündnis. Dieses drückt mit einer ganztägigen Kulturveranstaltung samt Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal der Roten Armee noch einmal den Dank aus.

Für den Fall, dass die Neonazis tatsächlich vor dem tosenden Gedenkrummel auf den 7. Mai ausweichen, ist eine antifaschistische Gegenmobilisierung geplant. Überhaupt werden schon für die Tage vor dem 8. Mai unterschiedliche Aktionen vorbereitet. Das Antifaschistische Bündnis Mahrzahn-Hellersdorf plant eine Kundgebung am Haus des 21. April 1945 und die Antifaschistische Aktion Köpenick eine am Platz des 23. April. Eine "Festa della Liberazione" der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB) erinnert am 23. April an den Beitrag der Partisanen bei der Befreiung Italiens von den Faschisten. Am 6. Mai läutet die ALB das Wochenende mit einem russischen Abend im Hebbel Theater ein - samt Russendisko und Wodkarutsche.

Hervorzuheben ist außerdem eine internationale Konferenz am 9./10. April in Berlin. Die VeranstalterInnen - AK Distomo, Angreifbare Traditionspflege und Support for Survivors of Nazi Persecution International - thematisieren damit die Forderungen nach Schadenersatz für alle NS-Opfer und Strafverfolgung aller NS-Täter durch die Bundesrepublik Deutschland. Ebenfalls zur Debatte um Entschädigungszahlungen und Normalisierungsdiskurse wird es eine Broschüre der ALB geben. Ein Radiosender soll am 8. Mai durchgängig Informationen, Beiträge und Musik senden (Frequenz: 95,2 UKW).

Spacibo heißt danke!

Ziel der Mobilisierungen wird es sein, den Deutungskampf um die Geschichte weder den Neonazis noch den Inszenierungen der Bundesregierung zu überlassen. Die verharrt in selbstgefälligen Gedenkritualen ohne jede Konsequenz. Kriege werden mit Auschwitz gerechtfertigt und damit nationale Interessen des neuerstarkten Deutschlands durchgesetzt. Eine menschenverachtende Asylpolitik macht auch nicht vor der Forderung nach "Auffanglagern" in Afrika halt, um die Festung Europa besser abzuschotten. Auch die Forderung nach einer Verschärfung des Versammlungsrechts dient nur vordergründig der Bekämpfung von Neonazi-Aufmärschen. Wie lange sich etwa das Vorgehen gegen "verfassungsfeindliche Gesinnungspropaganda" nur gegen rechtsextremes Gedankengut richtet, ist absehbar. Die offizielle Gedenkpolitik blendet die Ursachen für die Entwicklung eines faschistischen Weltbildes aus. Der Notwendigkeit, gegen Neonazis permanent Widerstand zu leisten, wird diese Inszenierung erst recht nicht gerecht.

Vera Garbo, ALB

Kontakt: 8.mai@antifaschistische-aktion.com; Informationen: www.antifa.de

Konferenz NS-Opfer entschädigen - Täter bestrafen!: www.ns-opfer-entschaedigen.org

32. Das Phantom der Einheit. Die DKP rauft sich zusammen

Autor: Henning Böke · Rubrik: DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:02

Auf dem 17. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der am 12. und 13. Februar in Duisburg zusammentrat, blieb der von manchen Mitgliedern je nach Standpunkt erhoffte oder befürchtete Putsch gegen den Parteivorsitzenden Heinz Stehr aus. Die seit geraumer Zeit anhaltenden Kontroversen wurden in eher weichgespülter Form ausgetragen. Der Parteitag soll in einem Jahr mit einer zweiten Sitzung zur Verabschiedung eines neuen Programms fortgesetzt werden.

Die wenigen tausend KommunistInnen, die nach 1990 den Fortbestand der rapide geschrumpften DKP sicherten, taten dies mit dem Selbstverständnis, die ideologisch einheitliche marxistisch-leninistische "Partei der Arbeiterklasse" zu verteidigen. Als die Partei sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder aus den Katakomben hervorzuwagen begann, zeigte sich, dass es mit der sagenhaften Einheit und Geschlossenheit nicht mehr so richtig klappt. Interne Spannungen wurden zunächst vor allem als Ost-West-Problem wahrgenommen: In der ehemaligen DDR haben sich der DKP hauptsächlich solche früheren SED-Mitglieder (einige hundert an der Zahl) angeschlossen, deren Kritik an der SED darin besteht, dass sie nicht hart genug gegen oppositionelle Pfarrer durchgegriffen habe - eine Position, die in der West-Partei nicht konsensfähig ist.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht die DKP im Zeichen der Globalisierungsproteste und der Auseinandersetzungen um die Zerstörung des Sozialstaats wieder bessere Chancen für eine kommunistische Partei. Aber wie ist diesen Herausforderungen zu begegnen? Die Partei ist überaltert, die derzeit bei 4.500 liegende Mitgliederzahl dürfte die Talsohle noch nicht erreicht haben, weil der Zulauf junger GenossInnen das Wegsterben der alten Generation nicht kompensieren kann.

Seit 2001 wird über ein neues Parteiprogramm diskutiert. Dabei wurde klar, dass das Problem in der Auseinandersetzung zwischen einer Strömung, die einen Bedarf an Aktualisierung der Inhalte sieht, und den Gralshütern der altbewährten "marxistisch-leninistischen Identität" keinesfalls auf einen Ost-West-Konflikt reduzierbar ist und dass es im Streit um Geschichte und Zukunft des Sozialismus, Imperialismus und Globalisierung und um eine gleichberechtigt mit anderen kooperierende oder als "Avantgarde" auftretende Partei um mehr als bloß Einzelfragen geht. Die Parteivorstands-Mehrheit um Heinz Stehr versuchte, Zeit zu gewinnen; ihre stärker praxisbezogene "Politische Erklärung", die der Parteitag jetzt beschloss, ist als eine Art Versuchsballon zu verstehen.

Aber im Laufe des Jahres 2004 wurde an der Irak-Frage deutlich, wie verschieden die politischen Orientierungen in der DKP tatsächlich sind. Stehr, der die Beteiligung der irakischen KP am provisorischen Regierungsrat verteidigte und eine Solidarisierung mit den religiösen und nationalistischen Kräften des bewaffneten Widerstands ablehnte, weil ihnen linke, demokratische und emanzipative Inhalte fehlen, wurde von hart gesottenen AntiimperialistInnen als "Kollaborateur" und "Quisling" (1) beschimpft.

In den Auseinandersetzungen, die fast alle kommunistischen Parteien in Europa heute durchziehen, geht es im Kern um die Frage, ob die neoliberale "Globalisierung" eine qualitativ neue Entwicklungsphase des Kapitalismus darstellt, in der die postfordistische Umstrukturierung der Produktionsverhältnisse in internationalen Produktionsketten, einhergehend mit wachsender Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen, strategische Neuorientierungen erfordert; oder ob "Globalisierung" bloß die von bürgerlicher Propaganda erfundene Maskerade einer Wiederkehr der von Lenin 1916 beschriebenen Konkurrenz imperialistischer Staaten (bzw. Staatenblöcke) um den Zugriff ihrer Konzerne auf die Ressourcen der Welt ist. Von ihrer Beantwortung hängt ab, ob kommunistische Parteien sich auf ein neues Paradigma im Zeichen der "Globalisierungskritik" zubewegen oder auf ein Revival des klassischen "Antiimperialismus" setzen. Die großen Antipoden sind die italienische Rifondazione Comunista als Zugpferd eines "bewegungslinken" Neokommunismus und die griechische KKE als erstaunlich vitaler Dinosaurier einer verschärften Orthodoxie.

Mehr als ein Ost-West-Gegensatz

Orthodoxe kommunistische Parteien existieren in Europa als relevante politische Kräfte nur noch an der Peripherie, in Griechenland und Portugal, wo der soziale Strukturwandel ihre traditionellen industriellen und agrarischen Bezugsmilieus noch nicht so durchgreifend zersetzt hat wie in Mitteleuropa. Der Konflikt zwischen Erneuerungsströmungen und Orthodoxien betrifft das Verhältnis von "altem" und "neuem Proletariat". Es geht um die Frage der Formierung einer neuen politischen Subjektivität oder traditioneller Repräsentation der alten Kollektiv-Konstrukte, um länderübergreifende Verschmelzung der sich globalisierenden gesellschaftlichen Binnenkonflikte oder die Verteidigung der Nationalstaaten als Bollwerke der "Völker", um die "Zivilgesellschaft" als entscheidendes Terrain einer Transformation sozialer Kräfteverhältnisse oder etatistisches und geopolitisches Lagerdenken, um horizontale und interaktive oder vertikale und avantgardistische Organisationsmodelle. Mit alledem hängt zusammen, ob man die Überwindung des Kapitalismus als neu anzugehendes Projekt ansieht oder sich in Kontinuität zum Realsozialismus stellt.

In der DKP deuten sich solche Bruchlinien vage an, aber der Streit wird über die Inkubationsphase nie hinausgelangen, weil die Sorge um den Zusammenhalt und die "Identität" der Partei seine Austragung blockiert, zu der auch einfach das geistige Potenzial fehlt.

Orthodoxie oder Öffnung zu den Bewegungen

Während der Philosoph Hans Heinz Holz als Vordenker einer "griechisch-orthodoxen" Linie auftritt, gehen die innovativsten Impulse von dem ehemaligen Siemens-Betriebsrat Leo Mayer aus München aus, der in letzter Zeit oft und gern nach Italien reist, wo er einiges über die "alternative Linke" und die "neue Arbeiterbewegung" gelernt hat. Die Führung um Heinz Stehr übernimmt die von Mayer in Zusammenarbeit mit dem Münchener Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (isw) entwickelte Imperialismusanalyse, die die transnationalen Konzerne in den Mittelpunkt stellt und sich von der Lenin-Orthodoxie in Richtung auf eine Globalisierungstheorie entfernt, sie übertüncht diese Neuerungen allerdings mit der alten Phraseologie der "wissenschaftlichen Weltanschauung".

Der Überhang von "Textbausteinen aus den 70er Jahren", wie ein Genosse aus dem Saarland es in einem Diskussionsbeitrag in der Parteizeitung Unsere Zeit (UZ) ausdrückte, wird öfters von DKP-Mitgliedern kritisiert, die aus praktischer Erfahrung wissen, wie wenig die formelhafte Beschwörung von "Kernschichten der Arbeiterklasse" usw. mit der Realität zu tun hat. Das bleibt aber folgenlos, weil der Glaube, eine "weltanschaulich" begründete "Identität" verteidigen zu müssen, nur eine kosmetische Erneuerung nach dem Motto "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass" gestattet. Die für Theoriefragen zuständige stellvertretende Parteivorsitzende Nina Hager, Tochter des einstigen DDR-Chefideologen Kurt Hager, ist ihren alten SED-GenossInnen wegen ihrer kritischen Haltung zur DDR als zur "revisionistischen" West-Linie übergelaufene "Verräterin" zutiefst verhasst. Dabei ist das, was sie zu bieten hat, nur ein etwas entdogmatisiertes und modernisiertes Update des alten Lehrbuch-Marxismus.

Ein Verständnis der DKP erschließt sich nur aus ihren historischen Hintergründen. Das Verbot der KPD (1956) hat dazu geführt, dass KommunistInnen in der BRD im Untergrund regelrechte Sippen- und Clanstrukturen und eine Bunkermentalität entwickelt haben, in der das Festhalten selbst an offensichtlichen Anachronismen als Ausweis der Prinzipienfestigkeit gilt. Gleichzeitig musste die illegale KPD bündnispolitisch flexibel agieren. Beides wirkt in der DKP bis heute fort.

Es gab immer zwei Seelen in der Brust der DKP: einerseits die ideologische Orthodoxie, verbürgt durch absolute Loyalität zur KPdSU und SED, andererseits die pragmatische Bündnisorientierung. Diese ließ sich vor 1989 mit jener zwar nicht widerspruchsfrei, aber funktionstüchtig verbinden. Diese historische Dualität entlädt sich heute in Konflikten, deren Grenze sie zugleich markiert. Die Orthodoxie besteht, abgesehen vom Osten, vor allem aus Teilen der alten Clans und des ehemaligen Apparats, aber auch aus jungen Mitgliedern mit starkem Bedürfnis nach einer geschlossenen "Weltanschauung", das durch die Vollversion von Holz besser bedient wird als durch die Light-Version von Nina Hager. Die politische Linie der DKP und ihre theoretische Begründung legte früher eine hauptamtliche Funktionärselite fest. Hier konnten sich Möchtegern-Intellektuelle austoben, die noch heute die Diskussionsspalten der UZ mit Belehrungen über den "marxistisch-leninistischen Grundkonsens" volltexten. Unter den über Bündnisbereiche wie etwa die Friedensbewegung in die DKP gelangten, vorwiegend praktisch orientierten Mitgliedern dagegen bewahren sich viele ein starkes Bewusstsein der Verbundenheit mit anderen Linken durch gemeinsame Werte und Ziele und ein ganz pragmatisches Verständnis der Partei als Mittel zum politischen Zweck.

Bedürfnis nach geschlossener Weltanschauung

Vor allem sie sind es, die eine offenere, stärker "bewegungsorientierte" Partei und mehr Zusammenarbeit mit anderen Linken statt "identitärer" Abschottung wollen. In einer Partei, der die meisten Intellektuellen 1989/90 davongelaufen sind, fehlt es aber an theoretischer Kompetenz, um der praktischen Auseinandersetzung um den Stellenwert sozialer Bewegungen und die Rolle der Partei in ihnen begriffliche Bestimmtheit zu verleihen. Ist der Sozialismus eine "Alternative" (so wird er in der Politischen Erklärung bezeichnet), deren Legitimation nur eine demokratische sein kann - oder das Resultat einer historischen "Notwendigkeit", der notfalls erziehungsdiktatorisch auf die Sprünge zu helfen ist? Darüber wird politisch gestritten, aber der Streit mündet nicht in eine theoretische Klärung, die Grundlage einer politischen Neubestimmung sein könnte.

Ziemlich unumstritten (wenngleich in der Politischen Erklärung nicht erwähnt) scheint in der DKP immer noch zu sein, dass man sich unter Sozialismus unentwegt die staatliche Selbstverwirklichung der Lohnarbeit ("Recht auf Arbeit") vorstellt - statt der übereinstimmend von Marx und einer wachsenden Anzahl unserer proletarisierten ZeitgenossInnen angestrebten Emanzipation von ihr. Andererseits beginnt die Einsicht zu dämmern, dass man in Zeiten der 1-Euro-Zwangsverwertung von auf dem freien Markt nicht mehr nachgefragter Arbeitskraft nicht einfach "Arbeit" fordern kann, sondern wenigstens eine Präzisierung hinsichtlich ihrer Qualität vornehmen müsste, wodurch der "weltanschauliche" Selbstzweck-Charakter von "Arbeit" zumindest relativiert würde. Aber als eine Organisation, die hochgradig den Charakter einer Glaubensgemeinschaft trägt, vermag die DKP nicht zu erkennen, wie sehr die Realität ihre "Weltanschauung" unterminiert.

Dem Phantom der Einheit nachjagend, versucht die DKP zwischen dem Bemühen, die Partei anschlussfähig an neue Bewegungen zu machen, und den alten identitären Codes Kompromisse zu finden, die auch das künftige Programm bestimmen werden. Bei der Neuwahl der Parteiführung erlitten Heinz Stehr und Nina Hager Stimmeneinbußen, die aber nicht so dramatisch ausfielen, wie die Orthodoxen es wohl erhofft hatten. Man rauft sich zusammen und nimmt in Kauf, dass die Strömungen sich gegenseitig ausbremsen.

Was die zukünftige politische Rolle der DKP in der Linken angeht, kann vermutet werden, dass diese in stark reduziertem Maßstab wieder ähnlich wie einst in der Friedensbewegung als Zulieferbetrieb und Architektin von Aktionsplattformen wirken könnte. Zu einer inhaltlich impulsgebenden Kraft wird sie sich nicht entwickeln, weil ihre zentristischen Kompromisse zugeschnitten sind auf den Zusammenhalt eines Traditionsvereins, aber nach außen kaum jemanden überzeugen werden.

Henning Böke

Anmerkung:

1) Vidkun Abraham Lauritz Quisling, norwegischer Faschist und während der deutschen Besetzung Norwegens 1942-45 Chef einer "nationalen Regierung"; sein Name wurde zum Synonym für Kollaborateur.

33. Debord als Antideutscher? Eine Tagung zur Situationistischen Internationale in Wien

Autor: Jens Kastner · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak493/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:21

Die SituationistInnen waren eine Gruppe von Radikalen, zunächst dem Künstlermilieu entsprungen und später auf die soziale Revolte konzentriert, die den Pariser Mai 1968 maßgeblich inspirierte. Die von 1957 bis 1972 in vielfach wechselnder Besetzung bestehende Situationistische Internationale (SI) gilt als letzte künstlerische Avantgarde. Am ersten Februar-Wochenende fand nun in Wien ein Symposium zum Thema "Spektakel - Kunst - Gesellschaft. Guy Debord und die Situationistische Internationale" statt.

Die in den 1960er Jahren im Umkreis der SI entwickelten Techniken der Aneignung, der Entwendung und des Umherschweifens sind in medienkritischen Diskursen der 1990er Jahre ebenso wieder aufgetaucht wie in stadtsoziologischen Debatten. Vor allem dem künstlerischen Feld aber haben die SituationistInnen in den letzten Jahren vielerlei Anknüpfungspunkte geboten. Durchgängig war die Rezeption allerdings durch ein Wegkürzen der marxistischen Gesellschaftskritik gekennzeichnet, die den situationistischen Ideen zu Grunde liegt und besonders im Werk Guy Debords, Mitbegründer der Internationale und ihr wohl bekanntestes Mitglied herausgearbeitet ist.

Gegenseitiges Beklatschen

Bereits im Eröffnungsvortrag der Wiener Tagung gab ein Vertreter des AutorInnenkollektivs "Biene Baumauster Zwi Negator" dem Treffen die Richtung vor: den Marxismus Debords als kritische Theorie der Gesellschaft nutzbar zu machen. In seinem Hauptwerk "Die Gesellschaft des Spektakels" (1967) kritisiert Debord die Verwandlung aller Aspekte des Lebens in Waren. In den modernen Gesellschaften könnten die vereinzelten Individuen sich nur noch als KonsumentInnen und ZuschauerInnen begegnen. Und Erfahrung sei ohnehin nur mehr vermittelt über Bilder zu machen. Das AutorInnenkollektiv hat erst kürzlich eine Einführung in die Situationistische Revolutionstheorie veröffentlicht, in der der debordsche Begriff des Spektakels als Weiterentwicklung des marxschen Fetischbegriffes interpretiert und ausgeführt wird. (1) Was als Gegenpol zur besagten ästhetizistischen Adaption situationistischer Begriffe durchaus löblich ist, fällt im Buch etwas penetrant aus: Nicht nur, dass alle anderen Bücher über die SituationistInnen gleich im Vorwort als Anekdotensammlungen abgetan werden, auch die unterschiedlichen Praxen linker, alternativer und linksradikaler Bewegungen der letzten vierzig Jahre werden als "Pseudopraxis" disqualifiziert. Und ähnlich selbstgerecht war auch das Auftreten des Kollektivs bei der Tagung - so etwa muss es in den 1970ern gewesen sein, als K-Gruppen-Mitglieder sich im Raum verteilt und gegenseitig beklatscht hatten.

Die Vorträge von Alexander Schürmann-Emanuely und Eiko Grimberg, die sich vor allem den kunsttheoretischen Aspekten situationistischer Theorie und Praxis näherten, fanden so kaum angemessene Würdigung. Und dabei erschließt sich gerade der Aktivismus der SituationistInnen erst durch die Radikalisierung avantgardistischer Praktiken in der Kunst, die weder Unterhaltung bieten noch Sinnproduktion stiften wollten. Die ästhetische Dimension, ohne die laut Grimberg Gesellschaftskritik nicht auskomme, ging jedenfalls auf der Tagung ziemlich unter. Das Wiener Ankündigungsplakat, aber das nur nebenbei, denn die SituationsitInnen hatten auch die Plakatkunst um 1968 revolutioniert, hätte dem Design nach zu urteilen auch zu einem Schützenfest mobilisieren können.

Aber der Aktivismus schien den RevolutionstheoretikerInnen der Wiener Tagung ohnehin der größte Feind. Ebenfalls auf der Grundlage der Spektakelkritik wandte sich auch der in Wien und Tel Aviv lebende Politologe Stephan Grigat ausdrücklich gegen die globalisierungskritischen Bewegungen. Den skurrilen Höhepunkt der Debord-Interpretation machte allerdings sicherlich Grigats Rechtfertigung eines möglichen Angriffes auf den Iran durch die USA aus. Aus der Kritik an der Ignoranz der SI gegenüber dem Antisemitismus leitete Grigat die Notwendigkeit der bedingungslosen Verteidigung Israels her.

Gesellschaftskritik ohne Ästhetik

Wie andere so genannte "Antideutsche" auch, schreckte er dabei nicht davor zurück, durch den Vergleich des "faschistischen Baath-Regimes" im Irak und der islamistischen und zweifelsohne antisemitischen Regierung des Iran mit dem Nationalsozialismus, diesen zu einem von vielen Totalitarismen zu verkleinern. Grigats

Indienstnahme Debords für US-Interventionspolitik und Kriegsbefürwortung führte nur zu wenig Verwunderung unter den 70 bis 100 Teilnehmenden.

Zwar teilte auch der Jungle-World-Redakteur Bernd Beier weitgehend die Kritik an den No-Global-Bewegungen. Allerdings formulierte er sie in Zusammenhang mit deren Unfähigkeit, wirkliche Interessenskämpfe aufzugreifen und tatsächlich zu intervenieren. Ausgehend von der Lektüre der SI-Schrift "Über das Elend im Studentenmilieu" (1966) betonte Beier einerseits die von den SituationistInnen herausgestellte Kompensationsfunktion der Kultur. Andererseits aber wies er auch auf die praktische Seite der situationistischen Kritik hin, die sich in einem Eintreten für eine basisdemokratische Rätestruktur innerhalb der Revolte von 68 geäußert hatte. Im Gegensatz etwa zur deutschen Kritischen Theorie war die subversive Praxis stets integraler Bestandteil situationistischer Konzepte.

Dem libertären Esprit stand allerdings immer auch die autoritäre Geste des Ausschlusses gegenüber, dem die meisten Mitglieder der Organisation im Laufe der Zeit zum Opfer fielen. Auch das Sektierertum der AutorInnengruppe "Biene Baumaster Zwi Negator" stand also gewissermaßen in "guter" Tradition. Der Konsum intereressanter Vorträge war trotzdem möglich.

Jens Kastner

Anmerkung:

1) Siehe die Rezension von Ingo Stützle: "Umherschweifende Zweckentfremdung. Einführung in die situationistische Revolutionstheorie", ak 491, S.28.

34. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:11

In eigener Sache

Auf Wunsch einiger AutorInnen werden ab sofort auch die Kurzrezensionen in der Rubrik "aufgeblättert" mit Namen oder Kürzel unterschrieben.

Theatertexte

Da zertrümmert sie doch einfach den Fernseher, die Frau Nobelpreisträgerin Jelinek, und lässt nur noch die Tonspur laufen. Dabei mag man den Leuten gar nicht zuhören, die sie zu Wort kommen lässt. Was die so einsam vor sich hinreden! Na ja, der erste ist ja als Kriegsberichterstatter gewissermaßen verpflichtet, von der Front zu berichten. Aber ohne Bilder? Das geht nicht, das ist vollkommen unerträglich. Könnte man die schönen Waffen, das Heer, die Enthauptungen, die Folter wenigstens sehen - ja, da wüsste man, was man hat und was ist und wo es ist und warum es ist. Aber so ganz ohne Bilder? Da ist ja jeder Freizeiteffekt dahin. Dabei heißt das Ganze doch so hübsch: Bambiland. Wie der Vergnügungspark von Marko Milosevic, dem Sohn des serbischen Diktators. Und weiter hinten gibt's unter Babel noch mehr Monologe, aber da geht's eher um Pornographie. Oder um Folterungen. Die hätte man aber auch lieber gesehen, sonst kann man ja nicht mitreden. Denn was ist ein Körper schon ohne das Bild, das man von ihm hat? Der ist doch nahezu sprachlos. Da passt Babel doch gar nicht. Höchstens auf die Sprachspiele, die in Anschlag gebracht werden. "Also da hört ja alles auf. Der Krieg aber nicht. Der kriegt nicht genug. Der nicht. Nein, der nicht. Der kriegt den Hals nicht voll, der kriegt den Arsch jetzt voll." Ach was. Ich schalte jetzt den Ton ab. Wer will, soll selbst lesen.

dw

Elfriede Jelinek: Bambiland. Babel. Zwei Theatertexte. Rowohlt, Hamburg, 2004, 270 Seiten 14,90 EUR

Zur Genealogie des Nazi-Terrors

Enzo Traversos an die Zivilisationskritik der Frankfurter Schule anknüpfende und Hannah Arendts Überlegungen zum kolonialen Imperialismus einbeziehende Analyse der NS-Vernichtungspraxis "Moderne und Gewalt" zeigt die Shoah als "ein Gesicht der Zivilisation selbst". Der Sozialwissenschaftler liefert eine herausragende Rekonstruktion der materiellen Voraussetzungen und Komponenten der ideologischen Matrix des größten Menschheitsverbrechens. Wurde mit der Parzellierung und Serialisierung des Tötungsvorgangs, der dem Diktat der instrumentellen Vernunft unterworfen wurde, die Basis für das "Know-How" des Holocaust geschaffen, bildeten Klassenrassismus und Sozialdarwinismus, der auf eugenischen Lehren beruhte und neue Vorurteile über "den Juden" generierte, den Überbau. In seiner Studie verfolgt Traverso die Stationen zurück, über die diese beiden Ebenen schließlich im Nationalsozialismus zu einer einzigartigen Synthese kamen: Die amerikanische Eugenik-Bewegung, die fordistische Fabrik, die imperialistischen Kriege der Westeuropäer gehörten zu der "mentalen Landschaft", in der die deutschen Mörder schließlich ihre Todesfabriken errichten konnten. Wie Adorno begreift auch Traverso Vernichtung als etwas in der industrialisierten westlichen Moderne permanent Vorwaltendes. Beide betrachten den Nationalsozialismus als Rückfall in die Barbarei, die von vornherein "in das Prinzip der Zivilisation selbst eingeschrieben" war - eine Erkenntnis, die das Festhalten an einem ungebrochenen Fortschritts- und fröhlichen Aufklärungsoptimismus unmöglich macht, aber auch das Potenzial in sich birgt, autonome Vernunft in die Geschichte zu bringen und Barbarei ein für allemal aus der Zivilisation zu verbannen.

Susann Witt-Stahl

Enzo Traverso: Moderne und Gewalt. Eine Genealogie des Nazi-Terrors. Neuer ISP Verlag, Köln 2003, 160 Seiten, 15 EUR

Ein jüdischer Revolutionär

Hersch Mendels "Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs" erschienen erstmals 1959 in jiddischer Sprache in Tel Aviv. Geboren 1893 in Warschau, wächst Mendel im Milieu der klassenbewussten jüdischen Arbeiterschaft auf. Die russische Revolution von 1905 erlebt er wie alle als "Frühling", der allerdings schnell vorüber geht. Es folgen die Jahre der finstersten Reaktion, 1911 dann Mendels erster Streik. Ein Jahr später

wird er Mitglied des "Bundes". Die weiteren Stationen seines Lebens erscheinen, in Kapitelüberschriften ausgedrückt, exemplarisch für eine ganze Generation jüdischer revolutionärer ArbeiterInnen am Beginn des 20. Jahrhunderts: Auf "Meine erste Mai-Demonstration" folgt "Mein zweiter Streik", dann "Der Streik meines Vaters", "Meine erste Verhaftung". Mendel schreibt anschaulich, auch humorvoll: Während der Oktoberrevolution muss er in Moskau eine Barrikade verteidigen, nur kann er nicht schießen - " ich schaute mir an, wie es die anderen machten, und ahmte sie mechanisch nach". Nach der Revolution wird er Berufspolitiker, arbeitet für die Kommunistische Partei Polens und die Kommunistische Internationale. Anfang der 1930er Jahre gerät er in Konflikt mit der Linie der KPdSU und wird aus der Partei ausgeschlossen. Mendels Erzählung endet am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. In seiner Schilderung sind "Pathos und Humor miteinander verflochten", wie Isaac Deutscher in seinem Vorwort schreibt. Deutscher rühmt den "umfassend gebildeten Arbeiterintellektuellen" Mendel, den er persönlich kannte, er wirft ihm aber auch "starren emotionalen antistalinistischen Dogmatismus" vor. Mendel sei "in seinem Schmerz versteinert" über das "Unrecht, welches dem Judentum unter dem Stalinismus angetan wurde". 1946 ging Mendel nach Israel, wo er 1968 starb. Den geplanten zweiten Teil seiner Erinnerungen hat er nicht mehr geschrieben.

Js.

Hersch Mendel: Erinnerungen eines jüdischen Revolutionärs. Mit einer Einleitung von Isaac Deutscher und einem Nachwort von Jakob Moneta. Neuer ISP Verlag, Köln, 2004, 278 Seiten, 19,80 EUR

NS-Zwangsarbeit und Widerstand

Vom "inneren Widerstand" bei der NS-Zwangarbeit handelt die von Heide Rieck herausgegebene Anthologie "Doch seht wir leben". Im Vorwort zitiert die Herausgeberin Worte von Marian Kolodziej, der Auschwitz und mehrere andere KZs überlebte: "Lager bedeutet nicht nur Schlagen, Töten, durch kräfte-übersteigende Arbeit allmählicher physischer Tod, ständiger Hunger, Läuse, Lager bedeutet auch ein stilles innerliches Nein, ein gewisses Maß an Auflehnung und Aushalten, allen zum Trotz." Dieser Satz bildet das Motto eines Buches, in dem mehr als 60 Beiträge von Überlebenden versammelt sind: Gedichte, Tagebuch-Eintragungen, Briefe, Erinnerungen, Zeichnungen. Das Schreiben und Zeichnen war überlebenswichtig - eine zeitweilige "Konzentration des Individuums gegen Entwürdigung und Unterdrückung" (Heide Rieck). Mitunter scheint sogar ein grimmiger Humor durch, etwa bei einer (im Original französischen) Wandinschrift im Kölner Gestapo-Gefängnis: "Die deutschen Sitten enthüllen sich besonders in Zelle 6, wo die es fertig bringen, bis zu 33 Menschen auf einmal hineinzupferchen." In anderen Beiträgen sind die Schrecken des Lagers das dominierende Thema: Lebensgefahr, Hunger, Krankheit, Brutalität. Aber es werden auch Beispiele von Solidarität unter den Häftlingen geschildert, die Fürsorge einer polnischen Gefangenen für 104 sowjetische Kinder, die Hoffnung auf die deutsche Niederlage, schließlich die Befreiung: "Wir saßen schweigend da und konnten nicht glauben, dass das Leben nun anders sein würde." Die Beiträge sollen, so die Herausgeberin, im Namen aller sprechen, die in den Lagern gelitten haben. Ihnen setzt die beeindruckende Sammlung ein Denkmal. Einziger Mangel: Waltraud Jachnows Einleitung mit Daten und Fakten zur Zwangsarbeit ist allzu knapp ausgefallen.

Js.

Doch seht wir leben. Vom inneren Widerstand. Zwangsarbeit 1939-1945. Herausgegeben von Heide Rieck unter Mitarbeit von Waltraud Jachnow, Wolfhart Matthäus. Geest-Verlag, Vechta-Langförden, 2005, 430 Seiten, 15 EUR

35. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:25

Zwischen Iran und Irak

Betr.: Abstimmung gegen Terror/ Martin Luther in Bagdad, ak 492

Zwei Anmerkungen zu dem recht interessanten Wahl-Artikel von Bernhard Winter. "Dennoch waren es seit Jahrzehnten die ersten Wahlen mit realen Parteialternativen." Es waren überhaupt die ersten allgemeinen Wahlen in diesem Staat Irak, der aus dem osmanischen Reich hervorging und entsprechend vergleichsweise jung ist. Was das erwähnte Abschneiden der irakischen KP angeht, so hättet Ihr das Wahlergebnis doch bitte in Zahlen beifügen können. Soweit ich weiß, waren es 0,8%. Der Artikel von Detlef Hartmann zu strategischen Ideen einiger Figuren in den USA erschien mir - mit Verlaub gesagt - etwas kraus. Ob Hartmann selbst in wenigen widerspruchsfreien Sätzen sagen könnte, was er eigentlich sagen wollte? In die "Logik" des Artikels würde sich einfügen, Chomeini noch posthum zum Vorreiter einer Modernisierung im Sinne der USA zu ernennen. Ansonsten seid Ihr immer noch ein frisches Blatt so kurz vor dem Jubiläum zum 500. 20 Euro werden noch überwiesen, damit es dabei bleibt.

D.M. aus Frankfurt/M.

Ganz so neu dann auch nicht

Betr.: Online-Demo vor Gericht, ak 492

Hallo,

bezüglich eures Artikels zum Thema "Online-Demonstrationen" in der aktuellen ak: Also, ganz so selten, wie ihr das darstellt, gibt es solche Aktionen nicht. Siehe den Text vom 18.2. auf der Homepage www.tr-berlin.tk:

"Online Aktion sehr erfolgreich! Die ersten beiden Tage der Aktion des Elektronischen Zivilen Ungehorsams (ECD) waren ein großer Erfolg! Es wurden hunderttausende Mails verschickt und sogar die Aktions-Website ecd-fur.com musste auf Grund der vielen Aufrufe offline gehen. AktivistInnen aus allen Teilen der Welt haben sich beteiligt um mit Hilfe eines Chatprogramms die Mail-Server einzelner Unternehmen der Pelz- und der Tierversuchsindustrie zu fluten. Als Resultat war die Adresse des Deutsche Pelzinstitut (DPI) völlig überfüllt und Hope&Discovery, eine Lobby-Organisation der Tierversuchsindustrie, musste ihren Mail-Server vom Netz nehmen. Beide sind somit nicht mehr erreichbar. Peek & Cloppenburgs Server war extrem langsam und machte ebenso Probleme."

Ich habe leider festgestellt, dass ihr auf diesem Gebiet (Tierausbeutung, Tiermord, alles was damit zusammenhängt) leider "blind" seid. Da könntet ihr, finde ich, durchaus auch ab und zu mal berichten. Diese Online-Aktion wäre doch ein guter Anlass!?

Schöne Grüße,

Florian Hackauf

Politisch Korrektes und Unkorrektes

Betr.: ak 491

Liebe ak-Redaktion,

ich fand die Beiträge zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee sehr gut (ak 491). In der Tat gab es viele "politisch korrekte Gedenkfeiern und Veranstaltungen" zu diesem Thema, die sicher ihren eigenen Wert hatten.

Dass die vielen Gedenkfeiern und die enormen Anstrengungen im Bereich der Bildung wenig Bedeutung haben, ist mir im Februar noch einmal verdeutlicht worden. Der Lokalzeitung Trierischer Volksfreund entnahm ich, dass im Raum Trier eine "Sammelstelle" für Menschen existiert. Es handelt sich dabei um die so genannte Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LUfA). Im Deutschlandfunk wurde letztes Jahr eine lange Reportage darüber gesendet, in denen Insassen - so muss man sie wohl nennen - über die grauenhaften, haftähnlichen

Bedingungen und den psychischen Druck berichteten. Wie bereits oben gesagt, hat sich im Alltagsgebrauch in Trier anscheinend der Begriff "Sammelstelle" für diese Einrichtung eingebürgert. Besser kennen tut man das Wort wohl aus dem Geschichtsunterricht. Falls über die Aufgaben der Trierer Einrichtung Illusionen bestehen, möchte ich einfach den Trierischen Volksfreund vom 28. Juni 2002 zitieren (das Zentrum befand sich früher in Ingelheim am Rhein und zog im März 2003 nach Trier um): ",Ausreisezentrum Ingelheim` - was für Außenstehende nach einer Sammelstelle für Urlaubswillige klingt, ist in Wirklichkeit das glatte Gegenteil. Wer in der Ingelheimer LUfA untergebracht ist, will eigentlich nicht raus aus Deutschland, soll aber. Es sind Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können, weil sie ihre Identität verschleiert, ihren Pass versteckt oder ein falsches Herkunftsland angegeben haben. Die im April 1999 als ,Serviceangebot für die Kommunen` (Mainzer Innenministerium) eingerichtete LUfA soll die Flüchtlinge nun ,durch eine Kombination von ausländerrechtlicher Beratung und psychosozialer Betreuung` dazu bringen, freiwillig das Land zu verlassen." Damit ist eigentlich alles gesagt.

Rheinland-Pfalz wird übrigens von einer Koalition aus SPD und FDP regiert. Die Asylpolitik untersteht Innenminister Walter Zuber (SPD). Wer glaubt, die politisch korrekten Politiker seien auch in Bezug auf lebende Menschen politisch korrekt, der lese die Antwort Herrn Zubers vom 24. April 2004 auf eine kleine Anfrage der rheinland-pfälzischen Grünen und achte auf die Sprache: "Seit Inbetriebnahme der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige im Jahr 1999 konnte in rund 43% der Fälle die Identität geklärt werden. Davon sind 15 Personen freiwillig ausgereist (rund 23% der geklärten Fälle), 9 Personen abgeschoben worden (rund 14% der geklärten Fälle) und 8 Personen in ein aufnahmebereites Drittland weitergewandert (rund 12% der geklärten Fälle). Bei weiteren 20 Personen (rund 30% der geklärten Fälle) konnte nach Feststellung der Identität der Aufenthaltsstatus verändert bzw. verbessert werden, so dass diese Personen aus der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige entlassen werden konnten."

Carl Mosel,

Mannheim

Einige Fehlstellen

Betr.: Drogenpolitik und Drogenkontrolle, ak 488-491

High, und danke, dass es euch gibt!

Meiner Meinung nach wurde im Bericht zu wenig auf die CheMieVieh-Verknüpfungen eingegangen - und auch was sich in Sachen Widerstand gegen die Drogenpolitik bewegt hat. (Auch) hat der Autor die wirklichen Ereignisse in Sachen Nikotinverbot- und Verfolgung irgendwie nicht mitbekommen. Übrigens eine der negativen Auswirkungen der so genannten Legalisierungsbewegungen! Welche zur Zeit des Darmstädter Kessels wohl ihren Höhepunkt hatten. Lang, lang ist's her. Doch dies einfach alles unter den Teppich kehren und auch was sich in den letzten Jahren für Organisationen gegründet haben? (Kein Hinweis auf den Verein für Drogenpolitik z.B.) Solange diese Gesellschaft ihr Recht auf Rausch weiterhin dermaßen dekadent vorlebt, ist sie von vornherein disqualifiziert, andere zu verurteilen oder zu verfolgen.

PK

Peinlich

Betr.: Anzeige S. 2, ak 492

Liebe ak-Macher,

ich habe mich lange gefragt, warum mir die Anzeige mit dem Foto der Scharfschützin der Roten Armee und dem Dank für die Befreiung im letzten ak so sauer aufgestoßen ist. Da erinnerte ich mich, dass man sich im ak vor einigen Jahren mal über eine ähnliche Anzeige vom Arbeiterbund zu Recht böse lustig gemacht hat. Eigentlich sollte die Zeit solch platter Agitprop-Nummern im Stile von "Weg mit, Auf zum, Hoch mit" endlich in der Restlinken vorbei sein. Ich halte diese Formen linker Heldenverehrung jedenfalls für ziemlich geschmacklos, weil sie faktisch die verhöhnen, die gegen den Faschismus gekämpft haben. Was dies für Frauen in der Sowjetunion bedeutete, kann man im Buch von Swetlana Alexijewitsch "Der Krieg hat kein weibliches Gesicht" nachlesen. Diese Interviews sind deshalb so erschütternd, weil sie zeigen, was der Krieg - auch wenn er die Befreiung vom Faschismus bedeutet hat - aus ihnen gemacht und in ihnen angerichtet hat.

Darüber hinaus zeigen die Gespräche, dass diese Frauen später in der Sowjetunion mit ihren Taten nicht nur totgeschwiegen, sondern von großen Teilen der Bevölkerung sogar abgelehnt wurden. Viele Soldatinnen und Partisaninnen wurden nach der Rückkehr aus dem Krieg später vielmehr gesellschaftlich gebrandmarkt und haben deshalb jahrzehntelang geschwiegen. Umso peinlicher wirkt deshalb diese Anzeige zum Gedenken an die Zerschlagung des deutschen Faschismus im ak. Bei vielen Linken scheint es immer noch die Einschätzung zu geben: Revolutionärer/linker Krieg gleich Guter Krieg. Gerade die Erfahrungen der Frauen in dem Buch zeigen aber, dass der Kampf mit der Waffe gegen den Faschismus nötig war, er sie gleichzeitig aber für den Rest ihres Lebens gezeichnet hat.

Mit den besten Grüßen,

PR

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:29

Indymedia proudly presents

Das Indymedia-Kino Duisburg zeigt am 5. April den Film "Corporate Media lies" (USA, 2003, englisch). Der Film analysiert die Mittel der Medien, mit denen sie die öffentliche Meinung bestimmen. Es zeigt, wie die Proteste im August 2003 in Portland (USA) dargestellt wurden und stellt sie den Aufnahmen von Indymedia-AktivistInnen entgegen. Am 19. April wird der Film "KTS bleibt!" (BRD, 2004, 58 min) zu sehen sein. Er zeigt die Geschichte des selbstverwalteten autonomen Zentrum KTS, dem in Freiburg im Februar 2004 die Räumlichkeiten gekündigt wurden. Kurz vor der Räumung entsteht wie aus dem Nichts eine breite Mobilisierung für den Erhalt dieses Freiraums, dessen Einfluss weit in die politische Landschaft Freiburgs reicht.

Duisburg, 5.4.05 und 19.4.05, jeweils 20.30 Uhr, im Djäzz (Börsenstr.11 / 47051 Duisburg), Eintritt frei. Weitere Infos: www.indykino-du.de.be

Dritte Welt im 2. Weltkrieg

Zu den Befreiern der Welt vom deutschen und italienischen Faschismus gehörten u.a. Kolonialsoldaten aus allen Teilen Afrikas, Inder, Juden und Araber aus Palästina, Mexikaner, Aborigines, Maoris und Afroamerikaner. Die Krieg führenden Mächte missbrauchten Millionen Kolonialisierte als Zwangsarbeiter und Zwangsprostituierte. Weite Teile der Dritten Welt waren Schlachtfelder und blieben nach Kriegsende verwüstet zurück. Die Millionen Kriegstoten und die Kriegsschäden in der Dritten Welt wurden vergessen, verdrängt und verschwiegen. Das Buch des Rheinischen JournalistInnenbüros "Unsere Opfer zählen nicht" erinnert daran. Auf der Grundlage langjähriger Recherchen und Interviews mit Veteranen, ZeitzeugInnen und HistorikerInnen in 30 Ländern gibt es einen Überblick über die Folgen des Zweiten Weltkriegs in der Dritten Welt.

Köln, 5.4.05, 20 Uhr, Vorstellung des Buches: "Unsere Opfer zählen nicht", laif-Fotogalerie, Merowinger Str. 5-7 (Hinterhof)

Häusliche Gewalt

Wie implizit oder explizit lässt sich Häusliche Gewalt thematisieren und darstellen? Damit beschäftigt sich die Ausstellung "Madonna", die noch bis zum 21. April im Kunsthaus Dresden zu sehen ist. Beteiligt sind u.a. Margit Czenki, Andrea Fraser, Mathilde ter Heijne, Mujeres sin Rostro, Anna Nizio und Nomeda. Zudem gibt es verschiedene Veranstaltungen zum Thema. Am 7.4. geht es um die Verknüpfung von Rassismus und Gender. Es werden die Zwänge von Integration und Alltag von Frauen mit migrantischem Hintergrund thematisiert. "We are your emancipation" ist vielleicht einer der wichtigsten Diskussionspunkte. Mit dabei sind Heike Kleffner von der Mobilen Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt und Frauen von den Mujeres sin Rostro/Legalisierungskampagne (Berlin).

Dresden, bis 21.4: Ausstellung "Madonna", 7.4.: Veranstaltung zu Rassismus und Gender, Kunsthaus Dresden, Rähnitzgasse 8, www.kunsthausdresden.de

Das andere Afrika

Zumeist geraten die Ereignisse in Afrika nur ins Blickfeld, wenn über Kriege, Flüchtlinge oder Hungerkatastrophen berichtet wird. Nur selten wird ein anderes Bild gezeigt: Frauen und Männer, die trotz Gewalt, Diktatur, Korruption und Raubbau an der Natur nicht resignieren. Sie wenden sich gegen die massive Unterstützung der Despoten durch die Industrieländer und organisieren sich mitten im Krieg. Wie zum Beispiel im Kongo: Drei Tage nach dem Einmarsch ruandischer Truppen in die kongolesische Provinz Nordkivu protestierten am 6.12.04 Tausende Frauen in der Provinzhauptstadt Bukavu gegen die militärische Intervention. Vom 17. - 30. April veranstaltet der Verein Connection e.V. eine Veranstaltungsreihe, in der solche Ansätze bekannter gemacht werden sollen. Referent ist Emanuel Matondo, Mitglied der Angolanischen Antimilitaristischen Menschenrechtsinitiative und des Dritte Welt Journalisten Netzwerkes.

Nottuln, 18.4., Landshut, 19.4., Mainz, 22.5, Bergisch-Gladbach, 25.4., Eberswalde 26.4., Frankfurt/M., 27.4., weitere Termine und Infos unter www.Connection-eV.de/Afrika

15 Jahre Le Sabot

In Zeiten, in denen viele linke Buchläden im Schatten der großen Ketten ums Überleben kämpfen, gehört es sich, gebührend zu feiern, wenn einer dieser selten gewordenen Spezies ein Jubiläum hat. In Bonn kann mensch nun sein Glas auf 15 Jahre Buchladen Le Sabot erheben. Gefeiert wird am 23.4. im Kult 41. Raul Zelik liest aus seinen Romanen; im Anschluss findet ein Konzert und eine Soli-Party statt. Tagsüber runden Bücherflohmarkt und die Ausstellung "Im Kontrapunkt der Welten: Verwandeln und Wandern" von Leon Tsvasman das Programm ab.

Bonn, 23.4.05, 15 Jahre Buchladen Le Sabot, Kult 41, Hochstadenring 41, www.lesabot.de

Kriegsverbrecher unterm Edelweiß

Seit 1958 veranstaltet der "Kameradenkreis der Gebirgstruppe" jährlich ein Pfingstreffen auf dem Hohen Brendten, einem Berg in der beschaulichen Ortschaft Mittenwald an der deutsch-österreichischen Grenze. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und lokaler Prominenz treffen sich dort Angehörige der 1. Gebirgsjägerdivision der Wehrmacht und Soldaten der Bundeswehr. Die Gebirgsjägerdivision war eine Eliteeinheit des nationalsozialistischen Deutschlands und an einer Vielzahl von Kriegsverbrechen beteiligt. Seit 2002 gibt es Protestaktionen gegen diese ungebrochene Traditionspflege. Auch 2005 werden die Proteste fortgesetzt. Am 27.4. referiert Stephan Stracke, Mitherausgeber des Buches "Mörder unterm Edelweiss" in Kamen über die Verbrechen der Gebirgsjäger, den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen und den Widerstand gegen ihre Traditionspflege.

Kamen, 27.4., 19.30 Uhr, GAL-Zentrum, Güldentröge 18 (Hinterhof), www.antifa-united.de.vu

Sturm & Klang 2005

Unter dem Titel "Sturm & Klang" findet am 30. April 2005 ein globalisierungskritisches Festival in Reutlingen statt. Organisiert ist es von Leuten aus dem Umfeld von attac und dem Social Forum. Die Themen der Workshops sind: "Sozial spalten und national mobilisieren - die Deutschland AG", "gender matters -Feministische Kriegskritik", "Alles, was recht(s) ist" (Globalisierung und Neo-Nazismus) und "Multikultur ade?" (Einwanderungsdiskurs nach dem Mord an Van Gogh). Informationen unter www.cafe-nepomuk.de

Reutlingen, 30.4.05, Globalisierungskritisches Festival, Haus der Jugend, Unter den Linden 23, Anmeldung: sturmundklang@gmx.de

37. Da geht noch was!

Spendenkampagne 2004/2005

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:38

Statistische Vergleiche mit dem Vorjahr sind beliebt, aber selten erfreulich: Die Erwerbslosenzahlen sind auf Rekordniveau gestiegen, gleichzeitig gibt es immer mehr Arme, und auch die Einkommen der meisten noch einigermaßen Abgesicherten sinken, gemessen an der Kaufkraft. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend können wir, die kleine und chronisch unterfinanzierte ak-Redaktion, Positives vermelden. Zwar kann auch bei uns von "Aufschwung" keine Rede sein, immerhin aber von Stabilisierung auf Vorjahresniveau. Fast jedenfalls. Die Zahl der SpenderInnen ist sogar leicht angestiegen: 178 Einzelspenden (gegenüber 173 zum gleichen Zeitpunkt 2004) sind im Rahmen unserer derzeitigen Kampagne bei uns eingegangen. Eine ermutigende Zahl! Allerdings fehlen uns zum Erreichen unseres Spendenziels immer noch gut 3.700 Euro. Das müsste doch zu schaffen sein?!

Bis zum Erscheinen der nächsten ak-Ausgabe wollen wir unsere Spendensammlung abschließen. Es wäre schön, wenn unseren LeserInnen dann genau an dieser Stelle die Überschrift entgegen lacht: "Spendenziel erreicht!" Damit wäre nicht nur die Arbeit des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. sowie das Erscheinen von elf ak- und zwei Fantômas-Ausgaben für das laufende Jahr gesichert. Wir werten die finanzielle Unterstützung auch als Ansporn bei der Arbeit - und als Verpflichtung, besser zu werden. Im übrigen sei noch einmal darauf hingewiesen, dass nicht nur wir etwas zurückgeben, sondern auch das Finanzamt: Denn Spenden für den Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. sind steuerlich absetzbar. Also zückt den Stift und schnappt euch den Überweisungsträger! Wir sagen schon jetzt herzlichen Dank.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 23 2001 0020 0788 86 02

38. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:50

Technische Pannen drohen langsam zum Dauerthema unserer Berichte aus dem Redaktionsleben zu werden. Nach dem kompletten Zusammenbruch unseres E-Mail-Verkehrs während der letzten ak-Produktion sind wir mit einer zerbissenen Telefonschnur diesmal noch gut davongekommen. Verantwortlich für den Schaden ist das von einer hier nicht namentlich genannten Redakteurin mitgebrachte Hündchen Frida; gerade mal acht Wochen alt, muss Frida erst noch lernen, dass sie nicht zur Gattung der Nagetiere gehört. Weniger amüsant war, dass wir auf unseren grippekranken Chef vom Dienst verzichten mussten. Immerhin wissen wir nach einer Woche "führungslosen" Durcheinanders seine geduldige Koordinierungstätigkeit um so mehr zu schätzen.

Trotz reduzierter Belegschaft kann sich das Ergebnis unserer Arbeit sehen lassen, finden wir. Da ist zum einen die ak-typische Mischung diverser Rubriken und Themen. Während der Bereich Internationales diesmal relativ kurz geraten ist, haben wir erfreulicherweise drei antimilitaristische Artikel im Blatt. Neben den üblichen Standards wie Gender, Geschichte, Kultur sowie Wirtschaft und Soziales ist es "die Linke", mit der wir uns in dieser Ausgabe besonders ausführlich beschäftigen. Die Bezugnahmen auf Gramsci und Sartre erscheinen uns, obwohl natürlich theoretisch anspruchsvoll, auch für Laien verständlich - und praxisrelevant. Die Artikel zum 8. Mai in Berlin und zum Mayday in Hamburg dienen direkt der Mobilisierung: zwei Gelegenheiten, bei denen sich die radikale Linke bemerkbar machen wird. In Hamburg soll dabei auch der Spaßfaktor nicht zu übersehen sein.

Neben diesen thematischen Akzentsetzungen haben wir noch zwei "echte" Schwerpunkte im Blatt. Zum einen geht es um die zunehmende Bedeutung von Frauen in ehedem fast ausschließlich männerbündlerischen rechtsextremen Zusammenhängen. "Rechte Frauen sind keine eingeschüchterten Mäuschen", sagt Renate Bitzan vom Forschungsnetzwerk Frauen & Rechtsextremismus.

Die vierseitige Beilage zur bevorstehenden BUKO "Von innerer und äußerer Landnahme" schließt diese Ausgabe ab. Von Mitgliedern der ak-Redaktion und der ak-Technik erstellt, sind diese vier Seiten ein Stück praktischer Solidarität mit der BUKO; weitere 30.000 Exemplare der Beilage sollen in den nächsten Wochen gesondert verteilt werden. Eine ähnliche Arbeitsteilung sollte im Prinzip auch mit anderen PartnerInnen wiederholbar sein.

ak-Redaktion

39. Rechte Musikerinnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/musik.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:musik

Auch im Musik- und RechtsRock-Bereich sind Frauen seit den 1990er-Jahren vermehrt aktiv, bilden jedoch nach wie vor eine Minderheit in der männerdominierten RechtsRock-Szene. Sie schaffen sich darüber ein weiteres Forum, ihre extrem rechten Positionen zu verbreiten und sich Anerkennung in der Szene zu verschaffen.

Wir wollten ganz einfach auch als Mädels etwas auf die Beine stellen und nicht nur Anhängsel unserer Freunde sein." "Außerdem sind wir der Meinung, dass man durch Musik seine Überzeugung sehr gut zum Ausdruck bringen kann.", sagen die Frauen der Leipziger Band Ostara. Sie sind eine der vier bekannten Frauenbands in der Bundesrepublik seit Beginn der 1990er-Jahre: Wallküren, Lokis Horden, Ostara und Froidenspender.

Diese Frauenbands, in der RechtsRock-Szene auch "Frauencombo", "Mädelband" oder "Reneekapelle" genannt, bestehen nicht ausschließlich aus Frauen: es sind gemischtgeschlechtliche Bands, bei denen Frauen die Hauptprotagonistinnen sind und instrumental von Männern unterstützt werden. Befragt nach dem Grund für ihr musikalisches Engagement, sagt die Sängerin der Band Wallküren in einem Interview: "Wir wollten auch mal sehen, wie unsere männlichen Kollegen darauf reagieren." Die Kommentare der "männlichen Kollegen" schwanken zwischen positivem Feedback: "endlich mal eine weibliche Stimme in der Szene" , abschätzigen Bemerkungen: "leider noch zu selten, dass Frauen Musik machen, aber man kann sich ja vielleicht denken warum" und eindeutig frauenfeindlichen Statements: "Das Frauen hinter den Herd und nicht hinters Mikrofon gehören, beweist uns diese Veröffentlichung der ‚Band' Wallküren!"

Die Wallküren singen hauptsächlich über ihren "Kampf für Deutschland". Die Motivation ihrer musikalischen Aktivitäten wird klar benannt: "unser Marsch bewegt die Massen und es reihen sich Millionen ein". Sie fordern in ihren Texten ausschließlich den gemeinsamen politischen Kampf von Männern und Frauen. In dem Song "Unter einer Fahne" heißt es: "Zusammen werden wir kämpfen unter einer Fahne. Zusammen werden wir sterben unter der deutschen Fahne [...]". Sie bejahen den gemeinsamen Kampf für eine homogene Volksgemeinschaft nach nationalsozialistischem Vorbild und sehen sich daran als kämpfende Skingirls beteiligt.

Die Delmenhorster Frauenband Froidenspender ist Anfang der 1990er-Jahre erstmalig aufgetreten. Ihre erste CD wurde in RechtsRock-Magazinen mit positiven Kritiken bedacht. Weniger begeistert waren einige Frauen der extremen Rechten, die sowohl den Band- als auch den CD-Namen als "zu primitiv" kritisierten. Dabei lehnt Froidenspender selbst "unnatürliche Frauen" und "Schlampen" in der Szene ab. Viele Frauen könnten sich nur über Sex "Respekt" verschaffen. Froidenspender kritisiert Gewalt gegen Frauen. Allerdings kommen die Frauen über szenetypische Ausblendungen nicht hinaus. Nicht die Gewalt der ‚eigenen' Männer wird thematisiert und kritisiert, sondern ideologischen Feinden zugeschrieben. In dem Lied "Traummann" skizzieren sie einen Mann, der dem Klischee eines Linken entspricht und singen "Ich blickte ihn an und sag zu diesem Schwein, ich trete dir die Eier ein".

Neben diesen Frauenbands gibt es zwei Liedermacherinnen, wenn man von dem gemischtgeschlechtlichen Duo Eichenlaub absieht: Annett Moeck und Swantje Swanhwit. Die aus Schweden stammende "nationale Liedermacherin Annett Moeck" ist NPD-Mitglied und sorgte bereits öfter für das musikalische Begleitprogramm der NPD. Ihre erste CD "Eine Mutter klagt an" erschien 2001, ist in das extrem rechte Klischee des Protestes einzuordnen: "Otto-Normal-Bürger, ein Bürger, eine Mutter wie ich" wehren sich gegen Dinge, die ihnen nicht gefallen. Moecks Texte sind geprägt von vielen Facetten der extremen Rechten: Rassismus, Ethnopluralismus und Nationalismus. Sie verbreitet damit aktiv extrem rechte Ideologien.

Die Balladensängerin Swantje Swanhwit alias Iris-Kathrin Fischer nutzt im Gegensatz zu Moeck mythische Musikelemente. Ihre neuheidnische, esoterisch wirkende Musik ist geprägt von ihrer hohen Sopranstimme und wird von Blockflöten untermalt. Sie besingt Bilder elfenhafter Gestalten, die Met trinkend durch blühende Sommerlandschaften tänzeln. Diese Traumwelten bewegen sich fernab der modernen Gesellschaft und beschwören die archaische Vorstellung einer heilen Welt, in der Götter und Menschen vereint in Frieden mit der Natur leben. Swanhwit hat Kontakte zum harten Kern der neonazistischen Szene und war 1995

Mitbegründerin des extrem rechten Heidenkreis Hamburg e.V.. Zudem bewegt sie sich in "neurechten" Kreisen wie dem Synergon, dem deutschen Ableger des europäischen Netzwerkes Synergies Européenes.

Gemeinsam ist den hier vorgestellten rechten Musikerinnen, dass Frauen in ihren Texten eine große Rolle spielen. Im Gegensatz zu Männer-Bands, in denen Frauen überproportional als Objekte sexualisierter Handlungen dargestellt werden, sehen sich weibliche Musikerinnen in großem Maße als politisch Gleichberechtigte. D.h., sie sehen sich nur selten als Anhängsel von Männern. Die extrem rechten Musikerinnen propagieren vorwiegend Bilder von selbstbewussten, für nationalsozialistische Ideale einstehenden Frauen. Durch die absolute Unterrepräsentiertheit der Musikerinnen im RechtsRock bleibt allerdings mehr als fraglich, ob deren Darstellungen von Frauen Einfluss auf das Geschlechterverhältnis in der Szene haben.

Die Musikerinnen können unserer Meinung nach trotzdem als Bestandteil der zunehmenden Frauenorganisierung in der extremen Rechten betrachtet werden. Sie transportieren die Inhalte, die denen der politischen und frauenbezogenen Ausrichtung der Frauengruppen und -organisationen entsprechen.

Kirsten Döring, Renate Feldmann

40. Das Thema: Rechte Frauen

CD-Datei: daten/aksuche/ak493/thema.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:493:thema

Eigentlich eine gute Nachricht zum Weltfrauentag: Immer mehr Frauen organisieren sich, gründen Fanzines, halten Redebeiträge auf Demos, haben Klamottenlabels, veröffentlichen CDs und spielen in Bands, aber es sind - und das ist die schlechte Nachricht - rechte Frauen. Zwar ist die extreme Rechte nach wie vor stark von Männern dominiert, doch auch immer mehr Frauen werden für die "nationale Sache" aktiv. Rechtsextreme Frauen sind keine Anhängsel von Neonazi-Männern, wie häufig unterstellt, sondern als politische Akteurinnen ernst zu nehmen und zu bekämpfen. Auch für eine feministische Theorie und Praxis ist es wichtig, sich mit dem Komplex "Frauen und Rechtsextremismus" zu beschäftigen. So gibt es durchaus Andockstellen zwischen feministischen Themen und den Themen rechter Frauen. Der folgende Schwerpunkt ist in Zusammenarbeit mit Frauen vom Antifaschistischen Frauennetzwerk und dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus entstanden. Von den Autorinnen ist Anfang des Jahres im Unrast-Verlag das Buch "Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten" (reihe antifaschistische texte, 142 S., 14 Euro) erschienen.